Lothar Gothe/Rainer Kippe

AUFBRUCH

5 Jahre Kampf des SSK: von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter

Vorwort zur 2. Auflage

"Aufbruch" wurde vor zwei Jahren geschrieben, als der SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen e.V.) sein Verbot und die Streichung aller öffentlicher Gelder überlebt hatte. Entgegen aller Voraussagen war es gelungen, mit der Firma "Wir packen an" eine selbständige, unabhängige Existenzgrundlage zu schaffen. Es war ein beinah utopischer Versuch, doch schon vor zwei Jahren war klar, daß er geklappt hatte:"Arbeitsunfähige" Menschen ernährten sich im SSK durch eigene Arbeit, sie waren in der Lage, die wirkliche Unabhängigkeit zu schaffen, nämlich die wirtschaftliche. Nach der harten und verzweifelten Zeit des Aufbaus der Firma zeigte es sich aber, daß das alte Selbstverständnis die Wirklichkeit des SSK nicht mehr faßte und seine Weiterentwicklung behinderte. Die Arbeitsorganisation entwickelte eine eigene Kraft, die ganz neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten eröffnete. In der gemeinsamen täglichen Arbeit hat Pädagogik - auch sozialistische- keinen Raum, die jetzt nicht mehr erforderliche Rücksichtnahme auf Behörden ergab ein weitaus größeres Maß an politischer Bewegungsfreiheit und damit neue Aufgaben.
Seit einem Jahr heißt der SSK Sozialistische Selbsthilfe Köln, die Arbeitsorganisation hat sich eine eigene demokratische und sozialistische Ordnung geschaffen, die ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der herrschenden Gesellschaftsordnung sieht. Das zeigt sich für die Bevölkerung von Köln besonders im öffentlichen Auftreten des neuen SSK: Im Kampf gegen den Abriß der alten Häuser, die mit ihren billigen Mieten unverzichtbarer Lebensraum der armen Leute sind, erleben wir heuteeine breite Zustimmung im "einfachen" Volk. (siehe:Dokumentation: Sozialer Wohnungsbau).
In diesen wenigen Sätzen sind wir nicht eingegangen auf die schweren inneren Auseinandersetzungen, die vielfältigen Hemmnisse, die zu überwinden waren oder es noch sind. Das wird zu gegebener Zeit in entsprechenden Veröffentlichungen geschehen müssen. Aufbruch berichtet die Geschichte der Sozialpädagogischen Sondermaßnahme Köln bis zu dem Punkt, als die Wandlung auch im Selbstverständnis eingesetzt hatte.

Köln, 24.11.76

»Der SSK erfüllt eine wichtige und notwendige Aufgabe, der die Behörden hilflos gegenüberstehen.«

Heinrich Böll

Lothar Gothe / Rainer Kippe

AUFBRUCH

5 Jahre Kampf des SSK:
von der Projektgruppe für
geflohene Fürsorgezöglinge
über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe
verelendeter junger Arbeiter

Institut für Neue Arbeit
Düsseldorfer Str. 74
51063 Köln

Kiepenheuer & Witsch

3. Auflage
Lizenzausgabe

Sozialstaat von unten erlebt

Die Sozialhilfe löst ein, was der Sozialstaat als Anspruch erhebt: Jedem Bürger dieses Staates wird ein menschenwürdiges Leben garantiert. Der Staat hat dazu ein gewaltiges System von sozialen Leistungen aufgebaut: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Invaliditätsversicherung, Kriegsopfer-, Hinterbliebenen- und Arbeitslosenversicherung. Alle diese Einzelsysteme sichern jeweils Millionen Menschen vor dem Abstieg in Not und Elend. Aber keines dieser Einzelsysteme und auch nicht sie alle zusammen können den totalen Anspruch des Sozialstaates, bedingungslos jedem zu helfen, einlösen. Sie sind alle eben Versicherungen und kommen deshalb nur für ihre Mitglieder auf, und das auch nur entsprechend ihren gezahlten Leistungen. Keine dieser Versicherungen erhebt daher den Anspruch, Not und Elend in diesem Land zu beseitigen, sie tragen nur zur Linderung von Not und Elend bei.
Deshalb greift der Staat dort ein, wo Menschen in Not geraten, die nirgends einen Anspruch auf Unterstützung anmelden können. Sein Instrument, das auch ihnen ein menschenwürdiges Leben sichern soll, ist die Sozialhilfe.
Auf ihr ruht folglich das ganze Gebäude des Sozialstaates, auf sie allein muß sich letztlich sein Anspruch stützen. Sein Versprechen gilt unterschiedslos jedem Bürger. Aber betroffen sind nicht alle. Denn die höheren Klassen haben sich anders vor Elend geschützt: Die Reichen durch ihr Vermögen, die Angehörigen gehobener Berufe durch Pensionsansprüche, Beziehungen, Familien, Lebensversicherungen, Eigentumswohnungen und höhere Bildung. Fortschritt ist der Sozialstaat also nur für Arbeiter. Deren Lage allein hat sich durch die Sozialhilfe einschneidend geändert, an sie allein ist also im Grunde das Sozialversprechen gerichtet. Und deshalb sind es auch fast ausschließlich Arbeiter, die die Sozialhilfe tatsächlich in Anspruch nehmen.
Aller Fortschritt gegenüber der frühen Industriegesellschaft, aller Fortschritt gegenüber den Ländern der dritten Welt reduziert sich im Kern auf die Sozialhilfe. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt der Humanität dieser Gesellschaft. Deshalb wird sie auch zum Prüfstein für diese Gesell-

schaftsordnung. Die Struktur, die Anwendung und Auswirkung der Sozialhilfe geben deutlicher und unbestechlicher Auskunft über die Verhältnisse in der Bundesrepublik als ein anderer staatlicher Bereich.
Alle bürgerlichen Freiheiten, der Parlamentarismus, die Rechtsordnung, Kultur und Wirtschaftsordnung fußen auf dem Prinzip, daß keiner zugrunde gerichtet werden darf.
Vor fünf Jahren hat sich in Köln der Verein Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e. V. gegründet. Er entstand wie viele andere Gruppen, weil es damals offenkundig geworden war, daß die Sozialhilfe den Anspruch des Sozialstaates nicht überall verwirklichte. Einmal waren da die Erziehungsheime, in denen Zigtausende von bedürftigen Arbeiterkindern untergebracht waren. Als deren Verhältnisse ans Licht der Öffentlichkeit kamen, mußte man bestürzt erkennen, daß diese Sozialeinrichtungen geradezu das Gegenteil dessen taten, was ihre erklärte Aufgabe war: Den Jugendlichen wurde nicht geholfen, sondern sie wurden offen zugrunde gerichtet. Unter dem Mantel der Sozialstaatlichkeit hatten sich Verhältnisse verborgen gehalten, die offenes Elend aufrechterhielten und erzeugten. Heimlich und im Dunkeln war der Dschungel der Vergangenheit weiter gewuchert. Zu dieser Feststellung gesellte sich eine weitere, die ebenso erschreckend war: Nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Gruppen und Schichten fristeten in der Stadt ein Dasein in Not und Elend, ohne daß sie von der Sozialhilfe zur Kenntnis genommen wurden. Folglich ohne jede Hoffnung auf Hilfe.
Es gab damals schon mehr als 1000 Kinder und Jugendliche in der Stadt, die auf der Straße lebten, schlecht ernährt, krank und verzweifelt. Illegal, von der Polizei gejagt, weil sie aus Erziehungsheimen, Gefängnissen, Irrenanstalten oder Elternhäusern geflohen waren, in denen sie zugrunde gingen. Die Lage dieser Jugendlichen war hoffnungslos. Niemand kümmerte sich um sie, keiner vertrat ihre Interessen, es gab weder Institutionen noch einzelne Bürger, die für ihre Menschenrechte eintraten oder auch nur auf ihre Lage hinwiesen. Nicht einmal in den Statistiken tauchten sie auf.
Deshalb gründete sich der SSK. Er wurde ihr Fürsprecher, ihr Anwalt und sorgte selbst für praktische Hilfe so gut er konnte. 5 Jahre lang kämpfte der SSK dafür, daß ihnen wenigstens die Existenz der Sozial-

hilfe zugebilligt wurde. Wir holten die Jugendlichen ans Licht der Öffentlichkeit und gingen mit ihnen in die Amtsstuben der Sozialverwaltung, um ihr Recht zu fordern. Wir mußten erleben, daß man uns dafür fast wie Staatsfeinde behandelte, uns bedrohte und verfolgte. Wir mußten erkennen, daß es sogar verboten war, die Hilfe selbst zu organisieren, die der Staat verweigerte.

Wir waren bald entschlossen, hier den Sozialstaat an seinem Anspruch zu packen und die Sozialhilfe zu ihrer Einlösung zu treiben. Unsere Arbeit wurde um so ausdauernder und unerbittlicher, je deutlicher wir erkannten, daß die obdachlosen Jugendlichen nur ein kleiner Teil derer sind, die entgegen aller Selbstdarstellung dieses Staates in offenem Elend leben. In 5 Jahren Arbeit und Kampf für die Menschenrechte der obdachlosen Jugendlichen haben wir den Sozialstaat auf dem Prüfstand gehabt.

Der SSK hat bis heute eine tiefgreifende und breite Wirkung gehabt. Da es nicht gelang, ihn zu beseitigen, waren die Institutionen immer wieder zu Eingeständnissen gezwungen. Inzwischen hat sich die Lage der obdachlosen Jugendlichen in Köln genauso weit verändert wie die Lage der Arbeiter vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Der Kampf des SSK hat bewirkt, daß in Köln die historische Entwicklung des Sozialstaats im kleinen und zeitgerafft noch einmal ablief: Vom offenen Elend über die offizielle Feststellung, daß auch obdachlose Jugendliche Menschen sind, die man nicht einfach verrecken lassen darf, bis zu der durch Ratsbeschluß und Verwaltungsvertrag feierlich ausgesprochenen Anerkennung ihres Anspruchs auf Sozialhilfe.

An dem Versuch der Stadt Köln, diesen Anspruch einzulösen, haben wir das wahre Gesicht dieses Sozialstaates und die tatsächliche Funktion der Sozialhilfe kennengelernt. Der SSK war dreiviertel Jahr lang die einzige offizielle Instanz, die den soeben anerkannten Hilfsanspruch der obdachlosen Jugendlichen einzulösen versuchte. Dreiviertel Jahr lang nahmen wir allein sämtliche Funktionen staatlicher und institutioneller Jugendhilfe in diesem Bereich wahr. Die rechtlichen und materiellen Möglichkeiten der Jugendhilfe haben wir bis zum letzten ausgeschöpft. Dabei haben wir deren Grenze, Strukturen und Ergebnisse unverhüllt erkannt.

Unser Versuch, die Sozialhilfe in einem kleinen Teilbereich konsequent im Sinne des Sozialstaatsanspruches anzuwenden, hat nach einem knappen Jahr die Kölner Sozialverwaltung in den Zusammenbruch getrieben. In Köln mußte der Sozialstaat den öffentlichen Bankrott erklären, schon als er sich zum Minimum an Hilfe für nur tausend Arbeiterkinder gezwungen sah. Ihm blieb keine andere als die polizeistaatliche Abwehrreaktion: Verbot des SSK, der nicht bereit war, sich an der Wirklichkeit und nicht am Anspruch des Sozialstaates zu orientieren. Die obdachlosen Jugendlichen sind in Köln nach wie vor als bedürftige Bürger anerkannt, es gibt teure Einrichtungen und Verwaltungen für sie. Aber sie erhalten Hilfe in der Form, in der die Sozialhilfe allgemein gegeben wird: einschüchternd und zerstörend. Zudem sind es nur wenige Auserwählte, die sie überhaupt erhalten.

Der SSK hat die Konsequenz daraus endgültig gezogen. Er entwickelte sich zu einer selbständigen Organisation der verelendeten Jugendlichen, strebt keine Sozialhilfe mehr an, organisiert den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit. Er ist so in der Lage, unbehindert und ohne Illusion diesen »Sozialstaat« anzugreifen und die Grundrechte für die Menschen im Elend zu erkämpfen.

Den hier umrissenen Prozeß stellen wir in unserem Buch vor, indem wir die Entwicklung der Arbeit des SSK nachvollziehen. Wir versuchen dann, auf der Grundlage unserer Erfahrungen und unserer augenblicklichen Organisationsform Perspektiven zu entwickeln für eine breite Organisierung der Menschen, die hinter der Fassade des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu einem Leben in Not, Elend und Verzweiflung verdammt sind.

Wir gewinnen daraus kein Programm für eine Arbeiterpartei, keine Strategie für die Revolution, auch nicht die Festlegung eines endgültig richtigen Weges für einen grundlegenden Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Aber nach 5 Jahren gemeinsamen Kampfes mit Teilen der Arbeiterjugendlichen sind wir sicher, daß wir in die richtige Richtung gehen. Der Weg des SSK war nicht vorbestimmt durch theoretische, wissenschaftliche und historisch abgeleitete politische oder pädagogische Konzepte. Gefühle und Instinkte sind wesentliche Faktoren in seiner Arbeit gewe-

sen, vieles kam aus dem Unbewußten. Aber immer war der SSK festgelegt durch die Tatsache, daß wir – die Studenten, Sozialarbeiter – in unmittelbarer Nähe oder zusammen mit den obdachlosen Jugendlichen lebten. So nah, daß wir ihre tatsächlichen Bedürfnisse zur Kenntnis nehmen mußten und daß wir es nie ganz wegmanipulieren konnten, wenn sie unsere Vorstellungen und Pläne ablehnten. Sehr vorsichtig können wir deshalb bei unserer Arbeit im SSK von Arbeiterkontrolle sprechen.

Das Zunehmen oder Abnehmen dieser Kontrolle hat sich zu dem entscheidenden Maßstab entwickelt, an dem die SSK-Gruppe ihre Schritte ausrichtet. Denn aus der Gemeinschaft mit den Jugendlichen kam unsere Kraft, unsere innere Ruhe und unser Durchhaltevermögen. Das aber macht es uns auch unmöglich, mal mit Distanz über unseren Dingen zu stehen. Nach wie vor sind wir Partei – Teil eines Prozesses. Auch dieses Buch spiegelt ihn.

DEZ. 69. № 2

ab 30 Pfg.

ANA & BELA

KOELNISCHES VOLKSBLATT

Schläger, Räufer und Sadisten leit
ein Kölner Heim:
„ICH SCHLAG DICH TOT"
Don Bosco Heim
Jüglinge des Don Bosco. – Hein
aus: Tag für Tag spielen si
den Mauern des Don Bosco-He
sams Szenen ab. Eine Garde v
ern regiert mit Brachialgewalt
30 bis 50 Jüglinge in dem Kathol
en Aufnahmeheim.
Passanten der Großen Telegraphen
wurden oft stutzig, wenn sie mitt
in der Kölner Innenstadt plötzlich
vor einer tristen abgerissenen Fass
de standen und entdeckten, daß alle
Fenster stark vergittert waren.
Demnach brauchte es viel Phantasie,
zu ahnen, was drinnen vorgeht.
Seit Jahren konnten die Beteiligten
die barbarischen Zustände in Don Bos
co.-Heim verborgen halten, und fast
ungehindert betreibt bis jetzt eine
Clique von Kreisbern auf ihre Art Be
trauung Jugendlicher.
Erzogen wird mit Faustschlägen, Fuß-
tritten und Essensentzug, Kreisber
bedienen sich der Insassen. In Dienst
wird gesoffen. Das Essen ist erbärm
lich.Seife ist Mangelware.
Immer wieder gelingt es einzelnen
Jüglingen oder kleinen Gruppen, aus
dem KZ auszubrechen. Jetzt haben sich
einige entschlossen, über die Gründe
ihrer Flucht zu berichten.Es wird
ein Skandal sichtbar,der die Ausmaße
der Klingelpütteffäre annehmen
droht.

SSK-Ursprung: Aus der Studentenrevolte entsteht die Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge

1968/69 geriet vieles in Bewegung. Die Universitäten wurden von der sogenannten Studentenrevolte erschüttert, und in diesen Strudel hineingerissen wurden auch andere gesellschaftliche Bereiche. Kaum betroffen zeigten sich allein die Arbeiter in den Betrieben, auf die sich die Studenten um so mehr konzentrierten, je näher das Scheitern der Studentenrevolte rückte. Weil diese Arbeiter desinteressiert blieben oder gar offene Feindschaft zeigten, suchten die Studenten andere bereitwillige Zuhörer und Mitkämpfer.

Das war der Punkt, an dem sich zum ersten Mal in der Bundesrepublik für große Schichten verelendeter Menschen eine gewisse Hoffnung auftat. Auch wenn die Studenten tatsächlich Ziele verfolgten, die weniger von den Interessen dieser Elendschichten, sondern vielmehr von ihren eigenen bestimmt waren, entstand doch eine gewisse Hoffnung für die Armen, Elenden und Verzweifelten. Denn bis dahin hatte niemand ihr Schicksal zur Kenntnis genommen, sie lebten im Dunkel. Mit großer Vehemenz griffen die Studenten Mißstände an, zerrten die Zustände ans Licht der Öffentlichkeit, stellten Forderungen auf und griffen staatliche Aktionen an. Überall entstanden Gruppen, die sich der Obdachlosen, Gastarbeiter, Strafgefangenen oder Fürsorgezöglinge annahmen. Ihre Proteste und Aktionen hatten bei den Behörden Erfolg, allein ihre Versuche zur Organisierung dieser Menschen mißlangen schließlich weit und breit.

So zogen sich die Studenten endlich auch hier wieder zurück, der große Aufbruch zerrieb sich am mühsamen Alltag, sie gingen zurück in die Hochschule, gründeten kommunistische Parteien, resignierten, machten doch Karriere oder endeten als Ausgeflippte in der Hippie-Pop-Bohème. Das Gastspiel war kurz und endete so jämmerlich, wie es großsprecherisch begonnen hatte. Dennoch hatte es den Betroffenen genützt: Denn auf die Aktionen der Studenten waren Presseveröffentlichungen über die »Mißstände« gefolgt, diesen wiederum wissenschaftliche Untersuchungen, immer breiter wurde die Bewegung, die den Staat selbst wegen der Existenz dieses Elends angriff. Und schließlich

begannen auch die politischen Instanzen zu resignieren: Es entstand eine allgemeine und weitreichende Reformbewegung, die bis heute anhält.

Die Gründung des SSK

Die Studentenproteste hatten auch in Köln die Verantwortlichen für die Heimerziehung im Landschaftsverband Rheinland wachgerüttelt. Eine große Furcht vor kommenden Aktionen machte sich breit. Die grauenhaften Zustände in vielen Heimen machten schnelles Handeln erforderlich. Auf der einen Seite war man entschlossen, linken Aktionen mit nötiger Härte entgegenzutreten, auf der anderen Seite war man sich schnell darüber im Klaren, daß gewisse Reformen unaufschiebbar waren, um die breite Öffentlichkeit zu beruhigen. Deshalb wurde bereits vorsorglich die Einrichtung von ein oder zwei Wohngemeinschaften für Jugendliche der öffentlichen Erziehung ins Auge gefaßt und prinzipiell genehmigt.
Das allein konnte jedoch nicht genügen. Man mußte einen Weg finden, um genügend Einfluß auf die protestierenden Studenten zu gewinnen, um sie mit Versprechungen hinzuhalten und sie von einem direkten Angriff auf die Erziehungsheime abzuhalten.
Dem Landschaftsverband bot sich dafür eine Gruppe von jungen Erziehern und Sozialarbeitern an, die alle mit den Zuständen in den Heimen unzufrieden waren und für moderne Erziehungseinrichtungen und -methoden eintraten. Denn nur in Wohngemeinschaften hatten sie eine Chance, aus der erniedrigenden Rolle von Gefängniswärtern herauszukommen und die Erkenntnisse der Pädagogik und Psychoanalyse anzuwenden, nach denen sie ausgebildet worden waren. Diese Gruppe wurde nun als offizieller Verhandlungspartner des Landesjugendamtes für die Gründung von Wohngemeinschaften in Aussicht genommen. Sie gründete einen Verein und nannte sich: »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK). Als Gegenleistung für ihre neuen schikken Arbeitsplätze und eine führende Rolle bei der Reform der Heimerziehung mußten sie aber die geplanten Heimaktionen der linken Studenten verhindern. Das ging nur, wenn sie sich von Anfang an an die

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND

5. LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG 1969 - 1974

LANDESJUGENDWOHLFAHRTSAUSSCHUSS

Niederschrift

über die 3. Sitzung am 8. April 1970 in Köln, Landeshaus

LVDir'in Dr. Beurmann berichtet:

In der letzten Sitzung des Unterausschusses am 25.3.1970 sei man davon ausgegangen, daß für alle Minderjährigen Fahndung und Rückführung erfolge, für die der SSK keine geeignete Unterkunft nachweisen könne. Bereits einen Tag nach der Sitzung, am Gründonnerstag, dem 26.3.1970, habe sich eine neue Situation ergeben. Herr May vom SSK habe das Landesjugendamt wissen lassen, daß der linke Flügel des SSK in Verbindung mit anderen linksradikalen Studenten versuchen wollte, ein erneutes go-in im Landeshaus zu unternehmen. Die Urheber dieser Demonstration beabsichtigten, mit einer Gruppe von "Rockern" Verbindung aufzunehmen, um der Demonstration größere Durchschlagskraft zu geben. Herr May bot an, die vom SSK betreuten, z.Zt. noch in den Räumen der "Etage" untergebrachten 19 Jugendlichen aus dieser Aktion herauszuhalten und sie für 14 Tage in einem vom Internationalen Jugendgemeinschaftsdienst Bonn unterhaltenen Ferienheim auf einer Nordseeinsel unterzubringen. LR Dr. Jans habe ihres Wissens über diese Frage mit Herrn Scheve telefonisch gesprochen. Man sei der Meinung gewesen, daß diese Lösung nicht möglich sei. Die Minderjährigen seien dann vom

Spitze der APO-Bewegung setzten. Sie schafften das auch durch linkes, progressives Gerede und einige kleine Hilfen für entflohene Jugendliche, die sie scheinbar hinter dem Rücken der Behörden durchführten. Mit diesem Agentenstück, das in der Methode an die Verschwörung des amerikanischen Geheimdienstes CIA erinnert, ist es den Jugendbehörden tatsächlich gelungen, bis zum Ende der Protestbewegung alle Aktionen gegen Erziehungsheime zu unterwandern und in NRW vollständig zu verhindern.

Wie die Behörden selbst diesen »Dienst« der Erzieher und Sozialarbeiter einschätzten, kann man einem Dokument entnehmen, das uns später in die Hände gefallen ist. Als es nach einiger Zeit doch zu Aktionen aus den eigenen Reihen gekommen war und die Mißstände in einem Kölner Erziehungsheim angeprangert wurden, in dem der Gründer und Wortführer des »Behörden-SSK« gearbeitet hat, wurde dieser von den Behörden als Mitschuldiger hingestellt und es wurde ihm jede weitere An-

[illegible]

5 Köln 1
Rathenauplatz 6
tel 21 24 13

9.6.1970

An den
Herrn Sozialdezernenten
der Stadt Köln
Herrn Dr. Burger

5 Köln 1
Schauenstr. 1 b

Senat von Berlin
Eing. 10. JUNI 1970
Dezernat V

Sehr geehrter Herr Dr. Burger!

Ich habe keine Bedenken, mich – da es sein muß: schriftlich – in aller Deutlichkeit zu Äußern über die Vorfälle, die zur Diskriminierung meiner Person geführt haben.

Daß ich mich, beginnend im Juli 1969, – weit mehr als üblich – in meinem Beruf engagiert habe, hat, soweit ich sehe, zwei Ursachen:

1 die hautnahe Erfahrung der Folgen einer unverantwortlichen 'Pädagogik', z.B. im (damaligen) Don-Bosco-Heim, und

2 die (wie sich inzwischen herausgestellt hat: richtige) Einschätzung des paedagogisch relevanten Potentials der studentischen APO in Köln als lediglich politisch-revolutionärer Aktivität.

Das Ziel meines Engagements war: antiautoritäre (und öffentliche) Initiativen zu fördern, um einerseits optimale Angebote für abdeckbare Jugendliche zu schaffen (wie in meiner Konzeption erwähnten 'Maßnahmen, welchen sich der Jugendliche nicht entzieht') und andrerseits zugleich die drohende APO-FS-Offensive noch vor ihrem Ausbruch in Köln insoweit unter Kontrolle zu bringen, daß sorgfältige paedagogische Arbeit geleistet würde. Über die Notwendigkeit dieser letztgenannten Intention fanden wiederholt Gespräche im Landesjugendamt statt, die schließlich zur Gründung des SSK führten, einem Zusammenschluß von Sozialarbeitern und Studenten.

Bedauerlicherweise konnten sich die Behörden nicht entschließen, die von der Fraktion der Sozialarbeiter vorgeschlagene Taktik zu übernehmen: anstatt in Verhandlungen mit den Sozialarbeitern auf Neuerungs-Vorschläge einzugehen, und dem demonstrativen Druck der Studentengruppen Widerstand zu leisten, lehnten die Behörden in Verhandlungen mit den Sozialarbeitern ab, was sie schließlich unter dem Druck etwa eines Sit-In oder eines provokanten Flugblattes konzedierten. (So konnte im SSK die Ideologie der 'Nichts-ohne-Druck'-These die Fraktion der Sozialarbeiter majorisieren. Damit war im Selbstverständnis des SSK der Anspruch auf sorgfältige paedagogische Arbeit verloren gegangen; die Sozialarbeiter waren genötigt, sich aus dem SSK zurückzuziehen; ihr Zusammenschluß in der ASA belegt, daß ihr Engagement primär ein paedagogisches Engagement ist).

WNl. 24.6.1970

Rudolf May

ABSCHRIFT

5 Köln 1
Rathenauplatz 6
tel.24 74 13

9.6.70

An den
Herrn Sozialdezernenten
der Stadt Köln
Herrn Dr. Burger

5 K ö l n 1
Schaevenstr. 1 b

Sehr geehrter Herr Dr. Burger!

Ich habe keine Bedenken, mich - da es sein muß; schriftlich - in aller Öffentlichkeit zu äußern über die Vorfälle, die zur Diskriminierung meiner Person geführt haben. Daß ich mich, beginnend im Juli 1969 - weit mehr als üblich - in meinem Beruf engagiert habe, hat, soweit ich sehe, zwei Ursachen:

1. die hautnahe Erfahrung der Folgen einer unverantwortlichen'Paedagogik' z.B. im(damaligen) Don-Bosco-Heim, und
2. die (wie sich inzwischen herausgestellt hat: richtige) Einschätzung des paedagogisch relevanten Potentials der studentischen APO in Köln als lediglich politisch-revolutionärer Aktivität.

Das Ziel meines Engagements war: private (und öffentliche) Initiativen zu fördern, um einerseits optimale Angebote für obdachlose Jugendliche zu schaffen (jene in Meiner Konzeption erwähnten Maßnahmen, welche sich der Jugendliche nicht entzieht) und andererseits zugleich die drohende APO-FE-Offensive noch vor ihrem Ausbruch in Köln insoweit unter Kontrolle zu bringen, daß sorgfältige paedagogische Arbeit geleistet würde. Über die Notwendigkeit dieser letztgenannten Intention fanden wiederholt Gespräche im Landesjugendamt statt, die schließlich zur Gründung des SSK führten, einem Zusammenschluß von Sozialarbeitern und Studenten.
Bedauerlicherweise konnten sich die Behörden nicht entschließen, die von der Fraktion der Sozialarbeiter vorgeschlagene Taktik zu übernehmen: anstatt in Verhandlungen mit den Sozialarbeitern auf Neuerungs-Vorschläge einzugehen, und dem demonstrativen Druck der Studentengruppen Widerstand zu leisten, lehnten die Behörden in Verhandlungen mit den Sozialarbeitern ab, was sie schließlich unter dem Druck etwa eines Go-In oder eines provokanten Flugblattes konzedierten.(So konnte im SSK die Ideologie der 'Nichts-ohne-Druck'-These die Fraktion der Sozialarbeiter majorisieren. Damit war im Selbstverständnis des SSK der Anspruch auf sorgfältige paedagogische Arbeit verloren gegangen; die Sozialarbeiter waren genötigt, sich aus dem SSK zurückzuziehen; ihr Zusammenschluß in der ASA belegt, daß ihr Engagement primär ein paedagogisches Engagement ist.)
Ob im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Motivierung der APO-Gruppen zu effektiver paedagogischer Arbeit noch erfolgen kann, ist fraglich.
Daß meine Position, scheinbar zwischen den Fronten, Ihnen Anlaß zu Mißverständnissen geben konnte, ist eigentlich nicht zu verstehen. Noch weniger, daß mir künftig jede verantwortliche paedagogische Arbeit in Köln verschlossen bleiben soll.
Bevor ich mich endgültig als "persona non grata" verstehen kann, würde ich ge noch einmal mit Ihnen über die verbleibenden Möglichkeiten sprechen.
Ich bitte Sie, mir einen Termin vorzuschlagen.

freundlichen Gruß

(R. May)

stellung als Erzieher verweigert. In dem hier abgedruckten Brief beschwert er sich beim Kölner Sozialdezernenten über die schlechte Behandlung und den Undank der Behörden. Bei dieser Gelegenheit erzählt er ganz unverblümt, daß die SSK-Gründung die Folge von konspirativen Gesprächen im Landesjugendamt war. Besonders beklagt er sich darüber, daß die Behörden der »Sozialarbeiterfraktion« die Zugeständnisse versagten, die sie den Studenten dann auf Druck hin machten.

Die ANA&BELA-Gruppe

Noch am Ende der Protestbewegung war in Köln eine Zeitung entstanden, die es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, über Behördenwillkür, Mietwucher, Zeitungslügen, Polizeiterror und Unterdrückung am Arbeitsplatz zu berichten. Sie hieß ANA&BELA »Kölnisches Volksblatt«. Die ANA&BELA wollte den Zuckerguß abkratzen, den die offiziellen Organe, Zeitungen und Verwaltungen über die soziale Wirklichkeit gegossen hatten. Sie wollte die Lügen entlarven, aber vor allem den Betroffenen helfen, sich selbst zur Wehr zu setzen. Die Mitarbeiter dieser Zeitung verstanden sich nicht als Redakteure im üblichen Sinne. Sie waren entschlossen, selbst gegen Unterdrückung, Einschüchterung und Korruption vorzugehen. Die ANA&BELA setzte nicht oben an in den Wolken irgendeiner linken Theorie, sie setzte unten an, bei den Lebensverhältnissen der kleinen Leute. Die ANA&BELA war der erste Versuch, zum Elend der unteren Volksschichten vorzudringen, um es herauszuholen ins öffentliche Bewußtsein.
Die ANA&BELA griff die Zustände im Don-Bosco-Heim, einem Aufnahmeheim im Zentrum von Köln, auf, in das Jungen eingeliefert wurden, die von der Polizei aufgegriffen worden waren. Die Jungen vegetierten da oft monatelang hinter Gittern. Sie wurden sadistisch mißhandelt, von einigen Erziehern sogar sexuell mißbraucht. In einer Fabrikhalle, die zum Heim gehörte, mußten sie den ganzen Tag lang für einige Pfennige Lohn Kugelschreiber herstellen.
Allen Behörden waren die Zustände in diesem Heim bekannt, aber keine war dagegen eingeschritten. Verschiedene Journalisten wußten

WARUM ANA&

Jeden Morgen müssen in Köln Hunderttausende in die Fabriken und Büros gehen. Acht, neun oder zehn Stunden lang müssen sie arbeiten und parieren, müssen sie die großen und kleinen Schikanen ertragen. Dafür bekommen sie Geld.
Aber 15 000 Kölner können sich dafür nicht einmal eine Wohnung leisten. Sie sind obdachlos. Und noch viel mehr Kölner kämpfen dagegen an, es zu werden:
Wenn sie zu viele Kinder haben, wenn sie die Raten nicht mehr bezahlen können, wenn einer in der Familie bestraft wird, wenn einer schwer krank wird, wenn der Betrieb schließt oder Kurzarbeit einführt, wenn einer mit 40 für den Betrieb zu alt ist. Wer den Anforderungen nicht mehr genügt, der wird abserviert.
In den Krankenhäusern sterben die Leute auf Gängen und in Badezimmern. Gefängnisse, Trinkerheilanstalten und Irrenhäuser sind überfüllt.
Kinder müssen zwischen Autos spielen, weil es für sie keine Kindergärten und Spielplätze gibt. Wenn sie etwas größer werden, gibt es für sie Sonderschulen und Erziehungsheime. Später, wenn sie alt sind, reicht die Rente nicht aus, um den Platz in einem Altenheim zu bezahlen.

DIE GROSSEN ZEITUNGEN:

DIE WELT DER "OBEREN ZEHNTAUSEND"

Die Zeitungen hier berichten über eine andere Welt. Sie reden von Politik und Leistungssport, von Kultur und Kunst, von Stars und von den "Oberen Zehntausend". Von den KLEINEN LEUTEN reden sie, wenn sie einen Bankraub machen oder Selbstmord, wenn sie ihre Frau umbringen oder ihre Kinder zusammenschlagen. Dann finden sie auch immer einige bedauernde Worte für die unglücklichen Zustände, in denen der Täter lebte und aufgewachsen ist. Aber das schlägt sich dann bei Gericht noch nicht mal im Strafmaß nieder.

A&B: DIE ASOZIALE WIRKLICHKEIT

Die Wirklichkeit, in der die meisten von uns leben, wird verschwiegen. Die sogenannten "einfachen Leute", in der Mehrheit die Arbeiter also, kommen nicht zu Wort. Ihre Darstellungen interessieren die Redakteure nicht. Sie fragen auch nicht danach. Ihre Schreibtische sind zu weit weg von den Schikanier-Betrieben und den Parier-Büros. Gefragt wird der Oberstadtdirektor oder der Polizeipräsident, der Amtsgerichtsrat oder der Professor, der Künstler und der Kardinal, der Unternehmer und der Direktor.

Weil die gewöhnliche Tagespresse sich meistens nach der Meinung der Herrschaften richtet, die sowieso immer die von ihnen Abhängigen nach ihrer Pfeife tanzen lassen wollen, weil die gewöhnlichen Zeitungen den weitaus größten Teil der Mitbürger mundtot macht,
DESHALB GIBT ES DIE ZEITUNG ANA&BELA !

ANA&BELA berichtet, was in der großen Presse verschwiegen wird: von den Verhältnissen, in denen die meisten Menschen leben müssen, die Menschen, die bisher zum Schweigen verurteilt waren. Die Berichte der ANA&BELA stammen aus Köln und Umgebung. Deshalb heißt sie

" KOELNISCHES VOLKSBLATT "

ANA&BELA berichtet nicht nur von Mißständen, sie zeigt auch deren Hintergründe und nennt die Ursachen dieser Mißstände und die Verantwortlichen in den Behörden und Parlamenten.
ANA&BELA läßt die Betroffenen selbst

Abonnement !

davon, aber keine Zeitung hatte über diesen Mißstand berichtet. Auch alle Gruppen und Grüppchen, die bisher in Köln mit entlaufenen Fürsorgezöglingen zu tun gehabt hatten, machten um das Heim einen Bogen.
Getragen von der Empörung der Bürger, unterstützt von Presse, Rundfunk und Fernsehen, rollte jetzt auf die Behörden und ihre Heime die Protestwelle zu, der sie bis dahin mit soviel Geschick entgangen waren. Um die Bewegung wieder in den Griff zu kriegen, hängten sich die Sozialarbeiter und Erzieher des »Behörden-SSK« verzweifelt an die ANA&BELA-Leute an, da sie fürchten mußten, die Bewegung könnte über sie und ihre Projekte hinwegrollen. Schließlich waren sie sogar bereit, die ANA&BELA-Leute in den SSK aufzunehmen.
Unter dem Druck drohender Aktionen wurde nun sehr rasch einer großen Zahl von Jugendlichen, die sich im Untergrund versteckt hielten, der Aufenthalt in Köln erlaubt. Das erste Wohnkollektiv, über dessen Einrichtung die SSK-Sozialarbeiter mit den Behörden nun schon Dreivierteljahr ergebnislos verhandelt hatten, wurde im Januar 1970 von ANA&BELA-Leuten einfach eingerichtet und der Öffentlichkeit als SSK-Projekt und als erste Wohngemeinschaft ehemaliger Fürsorgezöglinge in Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

Obdachlose Jugendliche

Mit der Aktion gegen das Don-Bosco-Heim hatte die ANA&BELA-Gruppe dem SSK das Tor aufgestoßen zur Verwirklichung seiner schon lange vertretenen pädagogischen Forderung. Mit der Einrichtung des Wohnkollektivs Friedrich-Karl-Straße über die Köpfe der Behörden hinweg und mit der Zustimmung der Behörden zu diesem Modell hatte die ANA&BELA-Gruppe die Forderung des SSK nach einer Erziehung in Freiheit ohne Einsperren und ohne Zwang im Grundsatz schon verwirklicht. Die Lösung für das Elend der Heimerziehung, die damals überall diskutiert wurde und an der die besten und engagiertesten Kräfte der Pädagogik arbeiteten, war damit Wirklichkeit geworden. Jetzt konnte es nur noch die Aufgabe der Pädagogen sein, dieses Modell im-

mer weiter auszubreiten bis hin zu dem Punkt, wo es an die Stelle der alten, stinkenden Zwingburgen treten würde. Die Sozialarbeiter erwarteten nun mit vollem Recht, daß die Polit-Trupps, für die sie uns immer gehalten hatten, die Szene wieder frei machen würden für die »qualifizierte pädagogische Arbeit«.

Als wir nicht aus dem SSK verschwanden, witterten sie Verrat. Zwangsläufig begannen sie zu vermuten, daß hier mit den Jugendlichen ein politisches Süppchen gekocht werden sollte. Damit waren sie sich wieder einig mit den Vertretern der Behörden, die hinter jeder Kritik immer schon Umsturz gewittert hatten. Fassungslos mußten die »Fachleute« verfolgen, wie wir, statt unsere Kräfte nun für den Aufbau des Wohnkollektivs zur Verfügung zu stellen oder uns auf andere Gebiete zu verlegen, immer mehr Jugendliche in den SSK hinein schleppten, die von Tag zu Tag in größeren Scharen zu uns kamen.

Während ein Sozialarbeiter fachkundig den Aufbau des Kollektivs mit den ersten Jugendlichen leitete, Hausrat kaufte und Musikanlagen, Arbeitsplätze suchte und Pflegegeldanträge schrieb, kamen zu uns immer neue Jugendliche, mit denen wir auf die Behörden zogen, für die wir Papiere und Geld forderten, für die wir Pennstellen und Jobs suchen mußten. Während im Wohnkollektiv die Aufarbeitung der persönlichen Probleme der einzelnen Jugendlichen begann und auf Gruppensitzungen die Alltagsprobleme besprochen wurden genauso wie die Beziehungen der Kollektivmitglieder untereinander, wuchs der Druck der neuen Jugendlichen auf uns immer mehr, und in uns kam das Gefühl hoch, daß die Zahl der bedürftigen Jugendlichen unendlich sei. Dieses Gefühl verdichtete sich allmählich zu einer bestürzenden Feststellung: HIER IN DER STADT LEBTE EINE GANZE BEVÖLKERUNGSGRUPPE, DIE ES OFFIZIELL GAR NICHT GAB!

Ein Alptraum war Wirklichkeit. So, als hätte sich über Nacht heimlich ein Negerstamm hier eingeschlichen, der nirgends registriert ist, ohne Papiere, ohne Arbeit, ohne Wohnung illegal im Untergrund lebt von Betteln, Schnorren, Klauen und Prostitution.

Ab und zu erwischt die Polizei einen von ihnen, sperrt ihn ein und schiebt ihn wieder in den Kongo ab. Doch für jeden, den sie eingefangen haben, sind bereits wieder zwei neue eingesickert.

Das ist heute die Realität!!

Es waren keine Neger, keine Chinesen, überhaupt keine Ausländer, sondern es waren deutsche Kinder und Jugendliche, die hier so vegetierten. Kinder und Jugendliche aus den unteren Bevölkerungsklassen, die geflohen waren aus Internierungslagern, die man als Erziehungsheime bezeichnete, oder aus Elternhäusern, in denen das Elend über die Schwelle gedrungen war.
Registriert waren sie offensichtlich nicht als Einwohner dieser Stadt, denn sie waren anderswo registriert, als Heiminsassen oder als Kinder ihrer Eltern (so wie die Neger Kongobürger wären). Und das blieben sie auch, selbst wenn sie Monate und Jahre im Untergrund verbrachten. Deshalb war es nicht verwunderlich, daß es keine Stelle und Einrichtung gab, die auf die Notsituation dieser Gruppe antwortete. Nein, es war dem einzelnen Bürger sogar gesetzlich verboten, dieser Not zu begegnen: wer mit ihnen zu tun bekam, war verpflichtet, die Polizei einzuschalten, damit diese ihrer Pflicht zur Rückführung Genüge tun konnte. Genauso, als seien sie wilde Tiere, die aus einem Käfig ausgebrochen waren. Dementsprechend lautet auch ihre offizielle Bezeichnung – aus dem Reich der Tiere entliehen: Streuner! Niemand interessierte sich für die Gründe ihrer Flucht, für die Verhältnisse, aus denen sie geflohen waren, niemand überprüfte ihre Berichte, nach denen sie aus unmenschlichen und menschenrechtswidrigen Verhältnissen kamen. Als gehörten sie zu einem andern Hoheitsgebiet, als sei die offizielle Untersuchung ihrer vorherigen Lebensverhältnisse eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten.
Wir begannen, diese Jugendlichen als eine eigenständige soziale Gruppe zu begreifen und gaben ihr einen Namen: obdachlose Jugendliche. Wir stellten uns unter den Druck, jedem Jugendlichen zu helfen, der zu uns kam. Wir wurden eine Art Agentur für Penn- und Eßstellen, für Jobs und Papiere. Wir machten uns zum Anwalt dieser Gruppe und schlugen für sie einen Platz im Gestrüpp des öffentlichen Bewußtseins. Hinweggefegt war die Vorstellung, man könnte den Jugendlichen durch die Einrichtung von Wohngemeinschaften helfen. Niemand konnte so viele Wohngemeinschaften einrichten, wie für diese Jugendliche erforderlich waren. Niemand hatte die Wohnungen dafür, niemand die Sozialarbeiter, niemand das Geld. Unter unseren Fingern zerrannen alle pädagogi-

schen Modelle und alle jugendpolitischen Theorien. Der Druck der Jugendlichen formte unsere Gruppe zu einem Instrument für die Durchsetzung der elementaren, grundlegenden Rechte für einen ganzen Bevölkerungsteil. Weil wir uns der Wirklichkeit der Jugendlichen aussetzten, wurden wir herausgestoßen aus dem Gebäude der herrschenden Anschauungen und Denkkategorien. Die pädagogischen und politischen Modelle der Reform- und Revolutionsbewegung um uns herum erwiesen sich als ein System von Filtern und Kanälen, über die die Kraft der Verhältnisse abgeleitet wird auf die Mühlen der Theorie und die Berieselungsfelder der Schulen und Systeme. Mit der Lage der obdachlosen Jugendlichen vor Augen erschien uns jede Beschränkung auf eine kleine, ausgewählte Gruppe von Jugendlichen als ein Verrat an der Gesamtheit aller Bedürftigen. In diesem Augenblick wurde der SSK neu geboren, als eine selbständige, sozialpolitische Bewegung, losgelöst von den bisherigen Kriterien für politische revolutionäre oder gesellschaftsverändernde Pädagogik. Der SSK entstand als eine eigene politische und pädagogische Kraft, unabhängig und außerhalb von dem, was pädagogisch und politisch etabliert ist.

Das Urkontaktzentrum

Als alle Plätze in Wohnungen besetzt waren und alle Beziehungen ausgeschöpft waren, ließen wir die neu ankommenden Jugendlichen in den Räumen des »Kontaktzentrums kritischer Christen«, einer Organisation des politischen Nachtgebets, Köln, schlafen.
Die Existenz des einzelnen Jugendlichen im Kontaktzentrum hing von einer vagen mündlichen Zusage des Landesjugendamtes ab, niemanden festhalten zu wollen, der mit dem SSK ins Landesjugendamt kommt. Die Existenz des Kontaktzentrums selbst hing ab von dem Ansehen, das die gebildeten Kreise des »Politischen Nachtgebets« unter den feinen Leuten in Köln genießen.
Jeder weiß, daß diese Garantien nur hauchdünn sind und daß sie die Gruppe nur für einige Wochen sichern können, wahrscheinlich nur für Tage. In dieser Situation totaler Unsicherheit aber zeigen die meisten

Jugendlichen überhaupt keine Unsicherheit, sondern strahlen fast ein Gefühl der Ruhe und Gelassenheit aus. In diesem Asyl, unter elendsten Bedingungen, erfahren viele Jugendliche das erste Mal in ihrem Leben so etwas wie Geborgenheit und Sicherheit. Die Geborgenheit kommt nicht aus einer Polstergarnitur und die Sicherheit nicht aus einer Lebensstellung: Die Geborgenheit kommt aus dem Gefühl, nicht allein zu sein mit seinem Schicksal. Die Sicherheit kommt aus der Erfahrung der eigenen Kraft, die sich in dem gemeinsamen Auftreten bei den Behörden und vor der Presse zeigt.

Im Kontaktzentrum kritischer Christen in der Engelbertstraße in Köln bahnte sich eine Demonstration der Situation obdachloser Jugendlicher in Köln an. Das konnte für die Landesbehörden außerordentlich gefährlich werden. Einmal kamen mit den obdachlosen Jugendlichen jedesmal die Zustände in den Erziehungsheimen zur Sprache und damit wurde eine unangenehme Diskussion wieder angeheizt, die bundesweit gerade etwas abgeklungen war. Aber diese Diskussion konnte man durchstehen, wie sich gezeigt hatte. Weit gefährlicher war, daß die Öffentlichkeit allmählich erfuhr, daß es eine ständig wachsende Zahl von Jugendlichen gab, für die die Behörden zwar zuständig waren, für die sie aber nichts taten, weil sie überhaupt keine Einrichtungen für sie hatten.

Um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, nahmen die Jugendämter zunächst den behördentreuen Teil des SSK in Anspruch. Man machte den Sozialarbeitern kurzerhand klar, daß es für den SSK keine geförderten Wohngemeinschaften mehr geben würde, wenn das Kontaktzentrum weiter bestehen bleibt. Man drohte sogar, die gesamte Zusammenarbeit mit dem SSK einzustellen. Das brachte auch die erste Wohngemeinschaft in Gefahr. Auf der andern Seite erklärte das Landesjugendamt zum ersten Mal öffentlich in der Presse, daß Wohngemeinschaften eine förderungswürdige Sache seien und drückte seine Bereitschaft aus, auf diesem Sektor auch weiterhin mit dem SSK zusammenzuarbeiten. Hinter dem Rücken der Jugendlichen und der anderen SSK-Mitglieder wurden Pläne ausgehandelt, wie man die Jugendlichen möglichst ohne Aufsehen auf verschiedene Wohnheime, in Familien etc. verteilen könnte. Einzeln sollten den Jugendlichen die Angebote unterbreitet werden.

In dieser Situation bewiesen die Jugendlichen zum erstenmal, daß sie fähig sind, als Gruppe zu reagieren und daß sie nicht käuflich sind. Obwohl für die meisten Jugendlichen eine deutliche Verbesserung gegenüber ihrer früheren Situation aus diesem Kuhhandel herausgesprungen wäre, lehnten es alle Jugendlichen einmütig ab, auf diese Angebote einzugehen. Sie erklärten, zusammenbleiben zu wollen und forderten ein Haus.

Es wurde für die Behörden unübersehbar, daß die frühere ANA&BELA-Gruppe gemeinsam mit den Jugendlichen im SSK eine Kraft bildete, die durch Kabinettspolitik nicht mehr unter Kontrolle zu bringen war. Daraufhin wurde eine schärfere Gangart angeschlagen. Die Massenflucht von 14 Jugendlichen aus dem Erziehungsheim Erlenhof wurde zum Anlaß genommen, ein Verfahren gegen mehrere SSK-Mitglieder wegen Kindesentführung einzuleiten. Das Innenministerium wurde eingeschaltet, und die Ermittlungen übernahm das Landeskriminalamt. Das Ordnungsamt und das Gesundheitsamt drohten, die Räume zu schließen. Der Druck auf die Mitglieder des Vereins »ETAGE Kontaktzentrum kritischer Christen« wuchs gleichzeitig. Immer schärfer wurden sie ermahnt, daß nun auch der Spielraum selbst der fortschrittlichsten und tolerantesten Beamten verbraucht war.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung, sich die Kräfte in diesem Augenblick noch mal vor Augen zu führen:

Das Landesjugendamt wollte die Heime retten und mit ihnen die ganze öffentliche Erziehung, deshalb durfte es nichts geben, was dem Leben außerhalb des Heimes irgendeine Chance gibt, insbesondere kein Kontaktzentrum. Dafür war das Landesjugendamt bereit, Konzessionen zu machen in bezug auf die Durchführung der öffentlichen Erziehung. Hinter dem LJA stehen damals schon geschlossen die Ministerien und die Regierung. Das *Stadtjugendamt* und damit die Stadt Köln hatte die Jugendlichen, für die es keine geeigneten Einrichtungen gab, ständig am Hals. Es spürte, daß der schwarze Peter leicht bei ihm hängen bleiben konnte und versuchte deshalb, so lange wie möglich abzuducken.

Die *Sozialarbeiter im SSK* wollen fortschrittliche pädagogische Modelle, mit denen sie das Erlernte anwenden können. An der Lage der gesamten Schicht der obdachlosen Jugendlichen sind sie nicht interessiert,

weil man ihrer Meinung nach die Verhältnisse im großen Rahmen ohnehin nicht ändern kann.

Die *ANA&BELA-Gruppe* kämpft für die Rechte der obdachlosen Jugendlichen überhaupt. Wohngemeinschaften und Legalisierung einzelner Fälle sind für sie nur notwendige Nebenprodukte, Zwischenerfolge in einem Kampf, dessen Rahmen weiter gezogen ist, in dem es um die Rechte der Arbeiterjugend und um deren gesellschaftlichen Bewegungsraum überhaupt geht. Die Verwirklichung und der materielle Ausdruck dieser Forderung und Ziel des Kampfes ist das Kontaktzentrum als anerkannte Einrichtung der Jugendhilfe.

Eine *linke Fraktion der ANA&BELA-Gruppe*, das spätere »Aktiv R 16« will eigentlich mit Lehrlingen arbeiten und nimmt die Zöglinge als Ersatz. Es definiert sie zu Lehrlingen um. »Lehrlingskollektive« aus Fürsorgezöglingen als Grundstock einer Organisation für junge Arbeiter. Für sie sind POLITISCHE, nicht pädagogische Wohngemeinschaften das Ziel, nur darin unterscheiden sie sich von den Sozialarbeitern. Das Kontaktzentrum ist für sie das Mittel im Kampf um solche politischen Wohngemeinschaften. Sie bekämpfen die Behörden und die Sozialarbeiter total.

Die *Jugendlichen* stehen zur ANA&BELA-Gruppe im SSK insgesamt. Sie haben ihre Kraft erfahren und wollen im SSK zusammenbleiben.

Als die Schließung des Kontaktzentrums nicht mehr hinauszuzögern ist, geht der SSK mit allen Jugendlichen in eine leerstehende Schule, dann in ein leerstehendes Wohnheim, immer mit Duldung der Behörden. Dann fordert das Landesjugendamt die Auflösung der Gruppe.

Das Ende scheint unausweichlich. Die linke Fraktion fordert eine Kampfdemonstration zum Landesjugendamt als dramatischen Abgang. Der SSK antwortet mit der Besetzung eines leerstehenden Hauses der Stadt Köln in der Roßstr. 16 im Arbeiterviertel in Ehrenfeld. Die Bevölkerung solidarisiert sich mit Spenden und aller Art von Unterstützung. Die Presse zieht vorsichtig mit, was *diese* Gruppe betrifft. Die Behörden müssen erneut zurückweichen, sie können die Gruppe so nicht antasten.

Der SSK hat einen Sieg errungen, aber er war nur möglich, weil in der Öffentlichkeit Jugendliche, Studenten, Sozialarbeiter, Linke und Ge-

SSK-Zöglinge besorgten sich gestern selbst eine Unterkunft

Hier hoffen die vom SSK betreuten entwichenen Fürsorgezöglinge endlich eine Bleibe gefunden zu haben. Noch weiß die Stadt Köln als Besitzer des Hauses nichts von ihren Gästen. Bilder: Ingeborg Spielmann

Not lehrt legen: Mit Besen und Putzeimer rückten die Fürsorgezöglinge an, um sich das seit vier Jahren leerstehende Haus wohnlich zu machen.

Ein leeres Haus besetzt

Erst mal gründlich aufgeräumt

Von unserem Mitarbeiter Michael Wesener

Die vom SSK — Soziale Sondermaßnahmen Köln — betreuten entwichenen Fürsorgezöglinge, die nur bis gestern im Robert-Görlinger-Haus in Köln-Dünnwald untergebracht werden konnten und auf keinen Fall zurück ins Heim wollen, haben wieder eine Bleibe gefunden, von der sie hoffen, daß sie nun dort seßhaft werden können. Ein leerstehendes im Besitz der Stadt Köln befindliches Haus in der Ehrenfelder Roßstraße wurde besetzt und in wenigen Stunden mit Besen und Handwerkszeug von den Jungen wieder halbwegs wohnlich gemacht.

Kölner Stadt-Anzeiger 11.4.70

mäßigte, Pädagogen und Politiker eine Einheit waren. Die Roßstraße ist aber auch der Endpunkt der Aktion, die mit dem Don-Bosco-Heim begonnen hat. Darüber hinaus geht nichts mehr. Als *Kontaktzentrum* ist die Roßstraße nicht durchzusetzen, weil die Notwendigkeit eines Kontaktzentrums für obdachlose Jugendliche erst in den Köpfen eines Teils des SSK ist, aber noch nicht in den Köpfen der Leute. Als *Wohngemeinschaft* wird sie nun zu einem Zankapfel zwischen »Pädagogen« und »Politikern«. Die »Politiker« beherrschen die Szene im Haus. Als die »Pädagogen« merken, daß sie die »Politiker« nicht aus dem Haus und dem SSK hinausdrängen können, treten sie aus dem SSK aus und kommen nun in ihrer Eigenschaft als städtische Angestellte im Auftrag der Behörde, um das Haus zu liquidieren. Ohne Verbindung mit der Masse der obdachlosen Jugendlichen auf der Straße lassen sich die Jugendlichen schließlich auseinandertreiben und in eine neue Wohngemeinschaft der ETAGE e. V. »Kritische Christen« übersiedeln.

Die Methode der "Gegenmanipulation"

Wie die Roßstraße 16 auf geschickte und unauffällige Weise von der Stadt Köln geräumt worden ist.

Der folgende Ausschnitt aus dem Protokoll der Landesjugendwohlfahrtsausschußsitzung vom 21. 4. 70 zeigt, wie die Stadt mit gezieltem Einsatz von "Sozialarbeit" eine unerwünschte Polizeiaktion umging. Es berichtet vor dem Ausschuß der damalige Kölner Sozialdezernent Burger:

über den neuesten Sand in Köln berichtet Herr Burger. Er geht auf die einzelnen Stationen der Wohngemeinschaft des SSK nach Verlassen der "Etage" in Köln ein, deren letzte die Besetzung des Hauses in der Roßstraße darstellt. Entgegen der Auffassung des Landesjugendamtes, diese Unterkunft notfalls unter Zuhilfenahme der Polizei aufzulösen, habe er sich entschlossen, eine Gegenmanipulation zu versuchen und die Jugendlichen durch die Hereingabe von 5 Sozialarbeitern der Stadt zu überzeugen. Dieses Experiment laufe z.Zt. noch. Herr Burger betont, daß er geglaubt habe, die Räumung nicht vertreten zu können, da die öffentliche Meinung fast völlig auf Seiten der Jugendlichen stand. Seiner Auffassung nach ist eine aktivere Pressepolitik des Landschaftsverbandes erforderlich, die bislier noch nicht besonders gut gelungen sei. Die Stadt Köln hat der Presse Alternativen aufgezeigt, was vielleicht z.Zt. aussichtsreicher erscheint, jedoch fortgesetzt werden müßte. Er betont, daß die Jugendlichen sehr geschickt offeriert hätten und daß die Presse noch völlig auf Seiten der Jugendlichen stehe. Den SSK bezeichnet er als ein schillerndes Gebilde, das zum Teil aus progressiven Sozialpädagogen, zum Teil aus Studenten mit radikalen Positionen bestehe, deren Ziel es sei, die Behörden unter Druck zu halten. Es gelte jetzt, weitere Angebote zu machen, d.h. weitere Wohngemeinschaften zu ermöglichen und die Behörden in eine bessere Position zu bringen.

Wie die "Gegenmanipulation" des Herrn Burger konkret aussah, zeigt die nachfolgend abgedruckte Abrechnung des Sozialarbeiters Husmann über sein Handgeld. Er gab in 3 Wochen fast 30 000,- DM für ca. 15 Jugendliche aus, einzelne erhielten 2 500,- DM und mehr, wenn sie in der Roßstraße auszogen und sich in ein Hotel einquartierten. Auf diese Weise wurde der Zusammenhalt der Jugendlichen zerstört, ihre Gruppe aufgelöst, bis der Rest umgesiedelt werden konnte.

-51-

511/Ka.

STADT KÖLN
Eing. 16. JULI 1970
Dezernat V

13.7.1970
R 92 - 226

Betr.: Abrechnung von Barvorschüssen;
hier: Betreuung von Minderjährigen, die das Haus Roßstr. 16 besetzt hatten oder während der Besetzung des Hauses dort Unterschlupf

1. Am 10.4.1970 besetzten aus Heimen und Elternhäusern entwichene Jugendliche unter Führung von linksextremistischen Gruppen ein nicht bewohntes städtisches Haus.

Mit anderen Verwaltungsangehörigen wurde Herrn Husmann von Herrn Beigeordneten Burger der Auftrag erteilt, für diese Minderjährigen eine ihnen angepaßte Hilfemöglichkeit zu erarbeiten.

Neben Betreuungs- und Verpflegungskosten war es erforderlich, den ausnahmslos mittellosen Minderjährigen Mittel zur Einkleidung, zur Vermittlung von Unterkünften und Hilfe zum Lebensunterhalt zur Verfügung zu stellen, damit sie die Möglichkeit hatten, bis zum Erhalt von Arbeitspapieren und zur selbständigen Gestaltung ihrer Lebensinteressen ein menschenwürdiges Leben zu führen.

2. Herr Husmann rechnet 2 Summen ab, die sich wie folgt beziffern:

	20.698,23 DM
	7.224,96 DM
	27.923,18 DM
Die erste Aufstellung über enthält auf Blatt 10 einen Additionsfehler; hier muß es heißen: 64,90 DM, nicht 64,88 DM.	7.224,96 DM
Die Gesamtsumme beträgt somit	7.224,98 DM.

Die namentliche Aufschlüsselung - Ziffer II. 2. der Aufstellung enthält folgende Rechenfehler:

Damit der Räumungsplan durchgeführt werden konnte, mußte die Stadt für den Rest der Jugendlichen eine vor der Öffentlichkeit überzeugende Lösung präsentieren können. Dazu verhalf ihr Frau Dr. Höflich von der "ETAGE e.V.", welche die Jugendlichen in einer Großwohngemeinschaft in der Constantinstraße übernahm, die ein paar Wochen später dann wieder geschlossen wurde.

Dezernat V/Gu. 27. 4. 1970

Herrn Beigeordneten Burger

Betr.: Unterbringungsmöglichkeiten für Wohngemeinschaften

Um die Situation in der Roßstraße in angemessener Form auflösen zu können, erscheint es erforderlich, auf den Vorschlag von Frau Dr. Höflich, zunächst einmal sogenannte Vorkollektive zu schaffen, zurückzugreifen. Außerdem wird der Verein "Etage" sein Vorhaben, eine Wohngemeinschaft für Jugendliche in öffentlicher Erziehung zu unterhalten, nur dann durchführen können, wenn ihm eine hierfür geeignete Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Da es kaum möglich sein dürfte, eine solche Wohnung privat anzumieten, müßten die Wohnung wohl oder übel aus städtischem Besitz bereitgestellt werden.

Die »Pädagogen« gründen jetzt ihren Verein ASA, Arbeitsgemeinschaft soziale Arbeit, dessen Aufgabe nur noch die Einrichtung von Wohngemeinschaften ist.
Die »Politiker« gründen das Aktiv R 16, so benannt nach der Roßstr. 16, das politische Lehrlingskollektive macht.
Der SSK ist an dieser Auseinandersetzung nicht mehr beteiligt. Er ist durch Erlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales verboten. Er ist zwar nicht zur kriminellen Organisation erklärt, aber keine Behörde darf mehr mit ihm verhandeln. Die Pädagogen in der ASA und in der ETAGE richten jetzt ein Wohnkollektiv ein, als pädagogische Modelle gestützt auf die Behörden und gefeiert von den Lokalzeitungen.
R16 richtet ein »Lehrlingskollektiv« ein, gestützt auf den ASTA der Studentenschaft und gefeiert in linken Publikationen.
Einig sind sich beide Gruppen – »Pädagogen« und »Politiker« – in der Verhetzung des SSK. Die »Pädagogen« in der ASA und ETAGE sagen: »Der SSK benutzt die Jugendlichen als Objekte zur Durchsetzung von politischen Zielen«. Die »Politiker« in R16 sagen: »Der SSK ist pädagogisch, ist der Handlanger der Behörden. Er verhindert den politischen Kampf«.
Zurück bleiben eine Handvoll Leute, ein paar Jugendliche und das Konzept eines Kontaktzentrums für obdachlose Jugendliche als Dreh- und Angelpunkt eines Kampfes für die Interessen der verelendeten Arbeiterjugend.

Auszug aus der Konzeption eines Kontaktzentrums für obdachlose Jugendliche:

Zur Situation:

Täglich halten sich in Köln mindestens 1 000 Jugendliche auf, die obdachlos sind. Diese Jugendlichen sind aus ihren Familien, Arbeitsstellen, Schulen und Erziehungsheimen geflohen. Sie sind gezwungen, in der Illegalität zu leben, weil sie entweder keine Papiere haben oder weil sie polizeilich gesucht werden. Ohne Papiere bekommen sie keine Arbeit; ohne Arbeit keine Wohnung. Diese Jugendlichen sind also gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. Bleiben sie vereinzelt und auf sich gestellt, bedeutet Selbsthilfe durchweg Kriminalisierung.

Die politische Funktion des SSK-Kontaktzentrums

Die Arbeit des SSK ist auf zwei Ebenen zu beurteilen. Die eine ist, die in diesem Gesellschaftssystem durchgeführten und beabsichtigten Reformen zu beeinflussen und voranzutreiben, so daß die Möglichkeit der Betroffenen (Arbeiterschaft) zu emanzipatorischen Prozessen möglichst groß wird. Dieser Teil der Arbeit rechtfertigt sich auf der zweiten Ebene, vor einer langfristigen Perspektive: Vor der grundsätzlichen Veränderung dieses politischen Systems, die erst eine wirkliche Jugendhilfe möglich macht. Die Notwendigkeit dazu wird klar, wenn grundlegende "Mißstände" als Existenzbedingungen für die heutige Gesellschaftsform erkannt sind. Diese zweite Ebene ist auch bestimmend für die Konzeption von Modellen für Jugendhilfe, die hier und jetzt realisiert werden sollen. Von daher erklärt sich, daß sie auch diskutiert werden müssen vor dem Hintergrund der politischen Funktion der bestehenden Einrichtungen.

Die politische Funktion der staatlichen Fürsorgeerziehung ist deutlich die Disziplinierung der Arbeiterschaft, der Schutz der Reproduktion von angepaßten und verwertbaren Arbeitern. Diese Aufgabe wird erfüllt, indem ein Teil der Arbeiterjugend exemplarisch bestraft und sozial vernichtet wird dafür, daß er die Normen der Verwertbarkeit nicht mehr erfüllte. Dabei kommt es in erster Linie nicht darauf an, die Heiminsassen selbst zur Anpassung zu zwingen. Ihr Schicksal wird vielmehr dazu benutzt, die noch angepaßte Arbeiterschaft zu bedrohen, damit sie bei der Stange bleibt. Insofern ist die Tatsache, daß die Heime Kriminelle produzieren ein notwendiges und nutzbares Ergebnis.

Diese politische Funktion steht jedoch in krassem Gegensatz zu der Selbstdarstellung dieses gesellschaftlichen Systems ("Sozial- und Wohlfahrtsstaat") und zu dem Anspruch der Sozialbehörden. Daher besteht ein starkes Bedürfnis nach Verschleierung. Die Folge ist ein andauernder Reformierungsprozess, der durch die Arbeit von sozialistischen Gruppen erheblich beschleunigt werden müßte. Es zeigt sich aber, daß diese Reformen an einer bestimmten Grenze deutlich gestoppt wurden, nämlich da, wo sie sich offenbar für die herrschenden Produktionsverhältnisse negativ auswirken, nämlich da, wo sie die Bedrohung spürbar abschwächten.

Aus dem systemimmanenten Widerspruch erklärt sich das Vorgehen der Behörden. Bestimmte neue Erziehungsmodelle werden gestattet, andere unterbunden. Gestattet wurden einige Kollektive, die der Sozialbürokratie als Alibi dienten und als Beweis ihrer Reformwilligkeit. Um die Erfolgschancen so gering wie möglich zu halten, stellt man sie unter sehr ungünstige Bedingungen, nahm man ihre Träger unter besonders scharfe Kontrolle. In den Heimen wurden kleine materielle Verbesserungen aneinandergereiht. Auswüchse wurden beseitigt, es gibt etwas mehr Taschengeld, der Ausgang wird großzügiger gehandhabt. Die Relikte aus frühkapitalistischer Zeit werden den heutigen Bedingungen angepaßt, indem sie direkte physische Gewalt durch sublimere, deshalb umso wirksamere Gewaltformen nach und nach ersetzt.

Diese unerwünschte Begleiterscheinung der Modernisierung von Erziehungsheimen muß an anderer Stelle wieder unschädlich gemacht werden, da auf die Notwendigkeit der sozialen Vernichtung nicht verzichtet werden kann. Da die Heime, seit sie stärker ans Licht der Öffentlichkeit gerückt sind, diese Aufgabe nicht mehr voll erfüllen können, setzt eine Funktionsverlagerung von einem Teil der Disziplinierungsmaschinerie auf einen anderen ein, Wo das Heim seinen Funktionen nicht mehr gerecht wird, tritt das Jugendgefängnis an seine Stelle.

Nicht mehr Gitter oder die Faustschläge von Erziehern verhindern vorrangig die Flucht, sondern immer mehr die Unmöglichkeit für den geflohenen Zögling, draußen existieren zu können. Wer dennoch flieht, muß in Kauf nehmen, sich auf krimineller Basis zu ernähren. Der Versuch, das zu umgehen, bedeutet für den Jugendlichen einen unglaublichen Kraftaufwand und führt doch früher oder später in die Hände der Polizei und bestenfalls ins Heim zurück. Der große Teil der geflohenen Heiminsassen wird in die Kriminalität gezwungen, er findet sich in Gefängnissen und Jugendgefängnissen wieder. Die Möglichkeit der Flucht erweist sich als Scheinfreiheit. Das Jugendgefängnis füllt die entstehende Lücke im Vernichtungsmechanismus des Erziehungsheimes wieder auf.

Voraussetzung dafür ist aber, daß die geflohenen Heiminsassen keine Möglichkeit haben, aus dem illegalen Untergrund heraus ein neues Leben zu beginnen. Ihr Elend muß groß genug bleiben, um sie in die Kriminalität zu zwingen, damit selbstverständlich der Polizist an die Stelle des Erziehers treten kann.

Deshalb gibt es keine Jugendhilfe für obdachlose Jugendliche, deshalb tun die Behörden nichts für diese Jugendlichen, deshalb zerstören sie alle Versuche freier Gruppen, dort Sozialarbeit zu machen. Deshalb rangiert diese Gruppe von Jugendlichen nicht mehr als Jugend, die ein "Recht auf Erziehung" hat, sondern sie wird einfach in die große Gruppe von Kriminellen eingeordnet und entsprechend behandelt. Für eine Gruppe von Jugendlichen werden somit alle Jugendschutzbestimmungen einfach aufgehoben.

Die Behörden können auf dieses Vorgehen nicht verzichten. Das bestätigt ihre Reaktion auf den Versuch des SSK, ein Kontaktzentrum für obdachlose Jugendliche aufzubauen. In diesen Plan liegt der Kern des Konflikts mit den Behörden.

Andererseits bestätigt das, daß langfristig hier die größte Erfolgsaussicht für den Aufbau einer wirksamen Jugendhilfe liegt. An dieser Stelle ist die politische Funktion der Arbeit der Institutionen am wirksamsten zu treffen, hier ist ein offener Widerspruch im hiesigen staatlichen Erziehungssystem.

In der heutigen Situation aber muß die Durchsetzung von Jugendhilfe für obdachlose Jugendliche sich auswirken als Abbau der Bedrohung, der die Arbeiterschaft unterliegt.

Der SSK entwickelt sich zu einem eigenen Weg zwischen Pädagogik und Politik

Hausbesetzung im Villenvorort Marienburg

Im Winter 71 hatte sich wieder eine SSK-Gruppe gebildet. Das Buch *Ausschuß* mit Protokollen und Berichten aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen war erschienen; es fanden sich neue Freunde und Interessenten ein, und die Zahl der in einzelnen Wohnungen untergebrachten Jugendlichen wuchs. Das Kontaktzentrum wurde als unsere zentrale Forderung bekannt. Der SSK entwickelte sich auch im öffentlichen Bewußtsein zum Interessenvertreter der obdachlosen Jugendlichen.Im Winter kamen wir wieder an die Grenzen unserer Kräfte, wir wußten nicht mehr, wohin mit den Jugendlichen, die ständig neu kamen. Wir holten das Berliner Theater »Zentrifuge« nach Köln, das ein Stück über den Weg eines Fürsorgezöglings in den Knast, zum Teil mit SSK-Material, aufführte. Bei den Aufführungen in der Universität und in der Stadt kam es zu großen Diskussionen, die wir dazu benutzten, auf die Lage der obdachlosen Jugendlichen, das Projekt Kontaktzentrum und unsere »Hochdrucksituation« hinzuweisen. Wir drohten öffentlich damit, daß wir durch die ausbleibende behördliche Unterstützung zu ständigen Hausbesetzungen getrieben würden und riefen dazu auf.
Im März fand dann die Hausbesetzung statt. Wir hatten eine seit Jahren leerstehende Villa im feinsten Kölner Stadtteil Marienburg ausgesucht. Das Haus stand leer, weil kein einfaches Volk dort einziehen sollte. Der erste Versuch, es zu besetzen, scheiterte, weil der Plan offenbar nach einer Diskussion im Republikanischen Club verraten worden war. Die Polizei hatte deshalb bei unserer Ankunft das Gebäude bereits abgeriegelt. Doch die Bundesvermögensverwaltung erklärte sich bereit, uns das Haus zu vermieten. Zum abgemachten Termin teilte uns der Leiter dieser Behörde aber mit: »Leider kann man das Haus doch nicht an den SSK geben«. Eine Konferenz am Vortage habe die Angelegenheit auf höchster Ebene diskutiert (5 verschiedene Präsidenten) und sich entschlossen, das Haus für Aussiedler aus Polen zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Köln habe nämlich erklärt, für obdachlose Jugendliche gäbe es

Apr.71 № 8

ab 30 Pfg.

ANA & BELA

KOELNISCHES VOLKSBLATT

DIE ASOZIALEN VON MARIENBURG

POLIZEEINSATZ ZUM SCHUTZ LEERER VILLEN !

Am 17.3.71 besetzte eine Initiativgruppe zur Unterstützung obdachloser Jugendlicher eine leerstehende Villa in Köln-Marienburg. Dieses Haus, Pferdmengesstraße 2a, steht wie eine Reihe andere Villen leer und verrottet langsam. ANA&BELA-Flugblatt: "Die Initiativgruppe hält diesen Zustand für unverantwortlich, da bekannt ist, daß in Köln allein 1700 Obdachlose in Notunterkünften vegetieren. Weiter halten sich hier über 1000 Jugendliche auf, die keine Wohnung haben und durch die Verhältnisse, in denen sie leben, gezwungen werden, sich zu kriminalisieren. Obwohl diese Jugendlichen, die von zu Hause oder aus Erziehungsheimen geflohen sind, einen gesetzlichen Anspruch auf pädagogische Betreuung haben, unternehmen die zuständigen Behörden nichts, sondern überlassen sie der Polizei."

Die Besetzer verbarrikadierten das Haus von innen und erklärten Anwohnern und versammelten Gründe und Ziele ihrer Aktion. Währenddessen wurde vor dem Haus eine wahre Streitmacht von Polizisten zusammengezogen. Der Einsatzleiter stellte ein Ultimatum. Als es abgelaufen war, zeigte sich aber Unsicherheit bei der Polizei. Der Einsatzleiter zu einem Besetzer: " Ich könnte auch heulen, wenn ich hier die leeren Häuser sehe und daran denke, wie die Kinder in den Obdachlosenunterkünften aufwachsen müssen."

Die Befehlshaber verfielen auf einen Trick: sie riefen die Feuerwehr, damit die gewaltsam den Zutritt zum Haus verschaffte. Schließlich rückte die Feuerwehr an, erkannte verärgert, was man von ihr verlangte und hörte sich erst mal die Argumente der Besetzer an. Dann verweigerte sie den Befehl und zog ab. Der Menge bot sich dann ein ungewohntes Bild: Polizisten zertrümmerten mit Spitzhacken die Eingangstür, um dafür zu sorgen, daß ein unbewohntes Haus auch weiterhin leerstehen muß. Die Besetzer wurden abgeführt und ihre Personalien aufgenommen. Den meisten von ihnen wurde inzwischen schon eine Anzeige wegen schweren Hausfriedensbruch (Höchststrafe: 6 Monate Gefängnis) zugestellt.

Die Initiativgruppe um SSK und ANA&Bela hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht zum ersten Mal mit dem Haus zu tun. Nachdem am Freitag, dem 12.3. die Polizei eine Besetzung verhindert hatte, ging sie darauf ein, um eine Anmietung des Hauses zu verhandeln.

Aus dem Inhalt:

S. 3 MIETWUCHER
S. 4 ZELLENHAUS - ALTERNATIVE
TERROR DES GESUNDHEITLANDS
S. 6 LANDFRIEDENSBRUCHPROZESS
S. 8 KEWS-BRAND-HINTERGRÜNDE

SCHIEBUNG ?

Eigentümer des Hauses ist die Bundesrepublik, es wird verwaltet von der Bundesvermögensstelle bei der Oberfinanzdirektion. Das Grundstück gehört einem Konsul H.J. Cramer, Pferdmengesstr. 3. Beide sind seit neheu 3 Jahren "erbitterte" Prozessgegner: Das Grundstück war nach dem Krieg von den Besatzungsmächten beschlagnahmt worden, 1956 wurde auf Kosten der Bundesrepublik das Haus gebaut. 1968 gaben die Engländer das Grundstück frei. Regierungspräsident Heidecke, wohnhaft Pferdmengesstr. 23, gab in seiner Eigenschaft als Enteignungsbehörde das Grundstück an seinen

keinen Bedarf, der sei durch städtische Einrichtungen gedeckt. Man bedankte sich bei uns, da durch uns das Haus für öffentliche Zwecke verfügbar geworden sei. Am folgenden Tag besetzten wir das Haus und verbarrikadierten es von innen. Jugendliche nahmen wir nicht mit, um sie nicht zu gefährden. Es wurde ein heißer Tag. Eine Hundertschaft rückte an, wagte aber nicht gleich, das Haus zu stürmen. Die Feuerwehr verweigerte unter unserem Beifall den Befehl, die Tür aufzubrechen, die Bevölkerung war auf unserer Seite. Am Abend, nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Polizeileitung, brach die Polizei die Tür auf und nahm uns alle vorläufig fest.

Wir erklärten in der Stadt, so lange weiter Häuser zu besetzen, bis für obdachlose Jugendliche etwas getan würde. Die Reaktionen zeigten, daß die Bevölkerung auf unserer Seite war, die Behörden waren in höchster Erregung.

Es zeigte sich bald, daß der Druck vor allem für die Sozialverwaltung zu groß wurde. Über Mittelsmänner ließ der Jugendamtsleiter ein vertrauliches Gespräch mit uns arrangieren. Er zeigte sich als sehr nachgiebig, gab dem Kontaktzentrum nun auf einmal doch »gewisse Chancen«. Am Ende blieb alles offen, wir wußten aber, daß die Behörden am Ende waren. Später erfuhren wir, daß die Hausbesetzung zu einer Anfrage im Jugendwohlfahrtsausschuß geführt hatte, die von der Verwaltung klare Auskünfte über die Situation der obdachlosen Jugendlichen in Köln verlangte. Der Jugendamtsleiter bezifferte deren Zahl in der Antwort auf 24, entsprechend der Plätze im Aufnahmeheim. Diese jämmerliche Kaschierung der völligen Untätigkeit der Sozialverwaltung hat der Ausschuß wohl als äußerst peinlich empfunden. Er beschloß damals einen Maßnahmenkatalog, mit dem die Verwaltung unverzüglich geeignete Schritte zur Verbesserung der Lage der obdachlosen Jugendlichen einleiten sollte.

Der Jugendamtsleiter hatte den Kontakt mit uns gesucht, weil er genauso wie andere Behörden und der Stadtrat sah, daß sich die Existenz der obdachlosen Jugendlichen nicht länger verheimlichen ließ. Er wußte deshalb auch, daß er irgendwelche Einrichtungen schaffen mußte, und er wußte besser als jeder andere, daß das Jugendamt selbst dazu nicht in der Lage war. Als praktizierender Katholik hatte er lernen müs-

D.O.St.
- 51 -

14. 4. 1971

Schreiben: ab:_____

Zur Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am

Nichtöffentliche Sitzung gemäß § 5 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Jugendwohlfahrtsgesetz und § 7 Abs. 2 der Satzung des Jugendamtes

Zu Punkt .....: Beantwortung von Anfragen

In der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am 22. 3. 1971 bat Herr Stv. Dr. Klein (SPD) aufgrund der Vorkommnisse in der Pferdmengesstraße um einen Bericht über die Lage der obdachlosen Jugendlichen in Köln.

Seitz etwa 1 1/2 Jahren wird von bestimmten engagierten Personenkreisen und auch in der Presse immer wieder von im Stadtgebiet [illegible] umherstreunenden Jugendlichen gesprochen. Die angegebene [illegible] schwankt zwischen 600 und 1000.

Am 19. 3. 1971 fand im Anschluß an eine Pressenotiz in der [illegible] Rundschau vom gleichen Tage im Gebäude des Landschaftsverbandes Rheinland eine Besprechung unter dem Vorsitz von [illegible], die für die öffentliche Erziehung im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland zuständig ist, statt. Hierbei wurde u. a. festgestellt, daß im letzten Halbjahr etwa [illegible] Kinder und Jugendliche aus Heimen der öffentlichen Erziehung des Landschaftsverbandes Rheinland entwichen, größtenteils aber wieder zurückgeführt worden sind.

Aus der Sicht des Jugendamtes der Stadt Köln ist folgendes festzuhalten:

I. 1. Die Zuführungsstelle des Jugendamtes Köln bemüht sich zur
x/ 40 Zeit, 42 Kinder und Jugendliche, die aus öffentlicher Erziehung entwichen sind, zurückzuführen, und zwar:

aus dem Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland:

Freiw.Erziehungshilfe =x/ 7 männl., x/ 10 weibl. Jugendliche,
Fürsorgeerziehung =x/ 12 männl., x/ 12 weibl. Jugendliche,

aus dem Bereich des niedersächsischen Landesjugendamtes Hannover:

Fürsorgeerziehung =x/ 1 männl. Jugendlicher.

2. Weitere etwa 35 Jugendliche, für die eine [illegible] der öffentlichen [illegible] Heimen nicht [illegible] bekannt oder von den Eltern [illegible] wird.

Bei den zu Ziffer 1 und teilweise auch den zu Ziffer [illegible] Jugendlichen kann nicht [illegible] daß es sich um Umherstreunende handelt, [illegible]

x) Stand: 24. 5. 71

9	11
6	14

besondere bei den Jugendlichen, für die Fürsorgeerziehung angeordnet worden ist, damit gerechnet werden, daß ein Großteil der Jugendlichen seitens der Eltern der Durchführung der Maßnahme vorenthalten werden.

3. Von den Sachbearbeitern des Modellversuchs "Nachgehende Betreuung" sind zur Zeit 33 Jugendliche der öffentlichen Erziehung erfaßt, die jedoch nicht alle den Vorstellungen des Jugendamtes und Landesjugendamtes entsprechend in ihre sozialen Umfelder integriert sind bzw. integriert werden können; von ausgesprochen obdachlosen umherstreunenden Jugendlichen kann nur bei etwa 15 % (= etwa 5 Jugendlichen die Rede sein.

4. Unter Erziehungsbeistandschaft des Jugendamtes und der freien Verbände stehen 233 Jugendliche. Darüber hinaus werden weitere 20 Jugendliche, die nicht unter Erziehungsbeistandschaft stehen, durch die hauptamtlichen Erziehungsbeistände des Jugendamtes Köln betreut. Von diesen ca. 250 unter ständiger Betreuung stehenden Jugendlichen sind nur wenige - ca. 5 % (= 10 - 15) als streunend in Erscheinung getreten.

In den 4 Aufnahmeheimen (städt. Anlauf- und Aufnahmeheim; Luise-Peltzer-Haus, Köln-Deutz; Reichenspergerhaus, Köln-Lindenthal; Notburgahaus, Machabäerstr.) befinden sich zur Zeit folgende Jugendliche:

Landschaftsverband Rheinland x/	
Freiwillige Erziehungshilfe:	2 männliche, 5 weibliche
Fürsorgeerziehung:	- männliche, 3 weibliche
Öffentliche Erziehung anderer Träger	
Freiwillige Erziehungshilfe:	1 männlicher, - weibliche
Kölner Jugendliche, für die Maßnahmen einschl. solcher der öffentlichen Erziehung geplant sind:	8 5 männliche, 9 19 weibliche
Jugendliche, die nicht aus dem Bereich des Jugendamtes Köln stammen, für die zur Zeit keine Maßnahmen bestehen:	2 - männliche, 6 5 weibliche
Von auswärtigen Jugendämtern eingewiesen:	1 männlicher, 5 - weibliche
	9 männliche, 32 weibliche

Demzufolge sind als umherstreunend zahlenmäßig etwa 20 - 25 Jugendliche (Ziff. 2-4) nachweisbar.

x/ keine Zahlen: Spenel 29.5.75

Anmerkung: In diesem Papier rechnet die Verwaltung den Ratsherren vor, daß es in Köln nur soviel obdachlose Jugendliche geben kann, wie Plätze im Aufnahmeheim, nämlich 20–25.

sen, daß die freien Träger ihn im Stich ließen und die behördenfrommen Gruppen waren zu schwach, um sie für diese Aufgabe aufblasen zu können. So blieb ihm der Weg zum Belzebub SSK nicht erspart. Wie auswegslos die Lage des Jugendamtes war, sieht man daran, daß die höchsten Stellen das Verbot, mit dem SSK zu verhandeln, für dieses Gespräch außer Kraft setzen mußten. Als der Jugendamtsleiter Kontakt mit uns aufnahm, hatte er sich jedoch schon durch eine neue List rückversichert für den Fall, daß der SSK sich nicht zu einer Zusammenarbeit im Behördensinne »bekehren« ließe. Der SSK wurde ebenso wie alle anderen auf dem Gebiet »arbeitenden« Gruppen zu einer Verhandlungsrunde eingeladen. Die neue Öffnung des Jugendamtes war der Anlaß dazu; das Ziel war, eine Plattform zu entwickeln für ein von allen gemeinsam betriebenes Kontaktzentrum. Eingeladen hatte die ETAGE e. V., dann war da noch die ASA e. V., die immer noch wie die ETAGE ein Kollektiv als Träger führte. Schließlich gehörte noch das Kollektiv R16 dazu, das allerdings nur noch aus 3 Studenten bestand, die ausschließlich theoretisch »arbeiteten«.
Schon zu Beginn der Verhandlungen wurde klar, daß nur der SSK stark genug war, ein Kontaktzentrum zu betreiben. Es stellte sich heraus, daß die andern auch gar nicht vorhatten, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Sie wollten lediglich dann und wann aus dem Kontaktzentrum einen Jugendlichen in ihre Wohngemeinschaft übernehmen. Für dieses »Mitspracherecht« wollten diese Gruppen dann das Recht, mit über das Kontaktzentrum zu entscheiden. Der SSK wies diese Vorschläge als Zumutung zurück. Es blieb den andern Gruppen schließlich nichts anderes übrig, als zu erklären, daß sie den Antrag des SSK auf Einrichtung eines eigenständigen Kontaktzentrums unterstützen.
Heute ist uns klar, das diese geplante Zusammenarbeit ein Versuch des Jugendamtes war, den sich durchsetzenden SSK über die anderen Gruppen im Nachhinein zu steuern oder wenigstens zu kontrollieren. Mindestens die ASA, die noch ein Jahr zuvor in der Presse den SSK als Politgruppe diffamiert hatte, der die Jugendlichen verheizen würde, war wieder einmal als Behördenagent aufgetreten.
An dem Verlauf der Verhandlungen hatten wir wieder gesehen, daß uns mit den Organisationen auf dem pädagogischen Markt nichts verband.

Die Ziele dieser Gruppen und die des SSK gingen weit auseinander: Wir kämpften für die Verbesserung der sozialen Lage der obdachlosen Arbeiterkinder, sie kämpften für ein paar eigene pädagogische Inselchen. Wir setzten vorne die Behörden unter Druck, sie verkauften hinter uns ständig die Interessen der Jugendlichen für den angenehmen Platz an der Sonne geförderter Experimente. Ernsthafte Versuche zur Zusammenarbeit mit solch progressiven Gruppen wie ETAGE und ASA hat der SSK danach nicht mehr unternommen. Das Kapitel war erledigt, ein für allemal.

Der Weg zur inneren Organisation

Nachdem der Versuch zur Zusammenarbeit mit den pädagogischen Gruppen endgültig gescheitert war, begriff sich der SSK selbst klarer als zuvor als politische Organisation, für die die Pädagogik ein Instrument war. Dadurch bekamen die grundsätzlichen Probleme der politischen Organisationen für den SSK eine starke Bedeutung. Da der SSK aus dem pädagogischen Bereich ausgeschieden war, mußte er seine Position im politischen Bereich bestimmen. Deshalb wurde die nächste Zeit bestimmt von politischen Diskussionen, deren Ergebnis ein neuer Weg war, der auch in der zukünftigen Organisationsform seinen Niederschlag fand.
Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage der Bündnispartner, die nur noch unter den politischen Gruppen zu suchen waren. Die meisten neuen Mitglieder, die nach der Hausbesetzung zum SSK gekommen waren, waren Studenten mit politischem Interesse. Für sie war der SSK zunächst eine Gruppe unter vielen: Er war anziehender als andere Gruppen, weil er eine lebendige Praxis durch die Jugendlichen vermittelte. Er war aber auch uninteressanter, weil er die starken theoretischen Bedürfnisse, wie sie bei Studenten vorhanden sind, kaum befriedigte. Er war auch offen. Deshalb bot es sich an, neben dem praktisch-pädagogischen SSK noch einer anderen, theoretisch-politischen Gruppe anzugehören. Vielen erschien der SSK als ein Stückchen Praxis zu dem riesigen Theorieangebot der Parteien, die damals gerade gegründet wurden. Alle diese sozialistischen und kommunistischen Parteien haben ein Bedürfnis, mit Arbeitern in Kontakt zu kommen.

Die Ziele dieser Gruppen und die des SSK gingen weit auseinander: Wir kämpften für die Verbesserung der sozialen Lage der obdachlosen Arbeiterkinder, sie kämpften für ein paar eigene pädagogische Inselchen. Wir setzten vorne die Behörden unter Druck, sie verkauften hinter uns ständig die Interessen der Jugendlichen für den angenehmen Platz an der Sonne geförderter Experimente. Ernsthafte Versuche zur Zusammenarbeit mit solch progressiven Gruppen wie ETAGE und ASA hat der SSK danach nicht mehr unternommen. Das Kapitel war erledigt, ein für allemal.

Der Weg zur inneren Organisation

Nachdem der Versuch zur Zusammenarbeit mit den pädagogischen Gruppen endgültig gescheitert war, begriff sich der SSK selbst klarer als zuvor als politische Organisation, für die die Pädagogik ein Instrument war. Dadurch bekamen die grundsätzlichen Probleme der politischen Organisationen für den SSK eine starke Bedeutung. Da der SSK aus dem pädagogischen Bereich ausgeschieden war, mußte er seine Position im politischen Bereich bestimmen. Deshalb wurde die nächste Zeit bestimmt von politischen Diskussionen, deren Ergebnis ein neuer Weg war, der auch in der zukünftigen Organisationsform seinen Niederschlag fand.
Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage der Bündnispartner, die nur noch unter den politischen Gruppen zu suchen waren. Die meisten neuen Mitglieder, die nach der Hausbesetzung zum SSK gekommen waren, waren Studenten mit politischem Interesse. Für sie war der SSK zunächst eine Gruppe unter vielen: Er war anziehender als andere Gruppen, weil er eine lebendige Praxis durch die Jugendlichen vermittelte. Er war aber auch uninteressanter, weil er die starken theoretischen Bedürfnisse, wie sie bei Studenten vorhanden sind, kaum befriedigte. Er war auch offen. Deshalb bot es sich an, neben dem praktisch-pädagogischen SSK noch einer anderen, theoretisch-politischen Gruppe anzugehören. Vielen erschien der SSK als ein Stückchen Praxis zu dem riesigen Theorieangebot der Parteien, die damals gerade gegründet wurden. Alle diese sozialistischen und kommunistischen Parteien haben ein Bedürfnis, mit Arbeitern in Kontakt zu kommen.

Diese »Arbeiter« sollten wieder einmal die SSK-Jugendlichen abgeben. Das mußte über kurz oder lang dazu führen, daß aus der Zahl der verelendeten Arbeiterjugendlichen diejenigen auserwählt wurden, die es packten, aus eigener Kraft wieder arbeiten zu gehen, also eigentlich ihre Verelendung aus eigener Kraft überwanden.
Da die prinzipiellen Theorien und Grundsätze solcher Parteien nie anzugreifen sind, konnte der SSK auf die Ansichten seiner Mitglieder nicht theoretisch-politisch antworten. Es war aber klar, daß diese Haltung langfristig mit der Praxis des SSK kollidieren mußte, jedem Jugendlichen, der auftauchte, nach Kräften zu helfen. In der großen Gruppe der 40–50 Mitglieder war nur schwer zu kontrollieren, wer was tat, und der SSK hatte solche Kontrollen nie nötig gehabt. Deshalb konnten diese Mitglieder ihre laue und arbeitsfeindliche Haltung lange Zeit im Verborgenen gedeihen lassen. Sie machten sich auch noch scheinbar nützlich, weil sie sich um die Zeitung ANA&BELA kristallisierten und deshalb noch den Schein von SSK-Aktivität hatten.
Zum offenen Konflikt kam es, als die Studenten mit politischem Anspruch das Arbeitsmodell ihrer Zeitungsgruppe auf den ganzen SSK auszudehnen versuchten. Dabei wurde offensichtlich, in welchem Zustand sich der SSK befand. 25 Leute machten Zeitung, Publicrelation, Kontakte etc. – 5 Leute kümmerten sich um die Jugendlichen. Das Konzept für die Arbeit bei der Zeitung war eine straffe Arbeitsteilung in höhere, einflußreichere Arbeiten wie Artikelschreiben, Verhandlungen führen, und niedrige Arbeiten wie Zeitungen verkaufen und Pennstellen besorgen. Es war die hierarchische Struktur einer Partei, und alle die Tätigkeiten, zu denen die Studenten sich drängten, waren genau die Tätigkeiten, die die Kader oder Apparatschiks wahrzunehmen haben. Genau wie zu den in dieser Zeit gegründeten »Arbeiterparteien« war hier auf den höheren Rängen im Apparat ein unerhörtes Gedränge, unten in der Produktion dagegen Funkstille.
Es war kaum zu übersehen, daß sich unter diesen höheren Genossen auch schon Überheblichkeit und Dogmatismus breit machten. Besonders gegenüber den Jugendlichen zeigten sie ein arrogantes Verhalten, wie es an Gymnasien üblich ist oder eben in Kaderparteien. Es war unumgänglich, sich mit der Haltung, die dahinter stand, eingehend auseinanderzusetzen. Dazu erschien im SSK folgendes Papier:

29.1o.1971

INTELLEKTUALISMUS, DIE GRÖßTE GEFAHR FÜR DIE ARBEIT DES SSK!

Die meisten Mitglieder und Freunde des SSK sind Studenten oder Leute, die studiert haben oder solche, die studieren wollen oder es zumindesten gerne täten. Auf jeden Fall aber Angehörige der gebildeten Mittelschicht. Das Muster, an dem sie sich orientieren, ist der Intellektuelle.
Gleich, welche Motivation den Ausschlag gegeben hat, im SSK mitzuarbeiten, es handelt sich bei den SSK-Intellektuellen jedenfalls um solche, die sich in ihrer Rolle unbehaglich fühlen und die der bestehenden Gesellschaftsform, auch Kapitalismus genannt, kritisch gegenüber stehen. Praktisch bedeutet das, daß sie die bestehende Armut und das hier existierende Elend nicht übersehen, sondern sich entschlossen haben, dieses Elend - auch in seinen Ursachen - zu bekämpfen.
Auch kann man wohl voraussetzen, daß die SSK-Intellektuellen kritisch sind gegenüber den bestehenden kommunistischen Parteien, da es andernfalls keinen Grund gäbe, statt in den SSK nicht dort einzutreten.
Gemeinsam haben diese Intellektuellen, daß sie sich erstens in ihren angestammten Verhältnissen (etwa Studium) nicht wohlfühlen und zweitens, daß sie an dem in ihr Bewußtsein dringenden Elend großer Teile der Bevölkerung zu leiden begonnen haben, daß sie drittens spüren, daß ihre eigene innere Unzufriedenheit mit der Existenz dieses Elends zusammenhängt.
Das Ziel ihres Zusammenschlusses im SSK kann demnach nur sein, daß sie anfangen wollen, im Dienste der Armen zu arbeiten. Im Dienste der Armen zu arbeiten bedeutet mehrerelei: Zunächst notwendigerweise die materielle Situation der Armen verbessern. Das bereits erfordert Kampf. Dann die Fesseln, die den Armen angelegt sind, zu zerstören. Das bedeutet sicher Kampf. Und schließlich, die Ursachen, Gründe und Verantwortlichen für das Elend anzuprangern und auch praktisch anzugreifen. Das ist Kampf.
Kurz: In den SSK kommt ein Intellektueller, weil er seine eigene privilegierte Situation angesichts des herrschenden Elends nicht mehr ohne weiteres hinnehmen kann.
AUF GUT DEUTSCH NENNT MAN DAS: SCHLECHTES GEWISSEN ! !
Es ist nur natürlich, daß man versucht, sein schlechtes Gewissen loszuwerden. Auch ist es natürlich, daß man das mit so wenig Aufwand wie möglich und Mühe und vor allem Gefähr-

dung, Risiko tun will. Der Konflikt, in den man als Intellektueller gerät, sieht so aus: Einerseits muß man was tun, was einem das Gefühl gibt, daß es einem nicht mehr ganz so unverdient besser geht als der Mehrheit des Volkes und besonders als den Armen, andererseits will man auch nichts von dem, was man hat, riskieren, d.h.man will es umgehen, die herrschenden Normen zu verletzen oder gar die bestehenden Gesetze. Eben weil man auf die Vorteile der eigenen Verhältnisse, die durch diese Gesetze geschützt sind, nicht verzichten will.
Das beinahe schon vorgegebene Verhältnis zur Arbeit im Dienst der Armen ist daher eine laue, kompromißlerische Haltung, die sich im Grunde nicht an einer rational begründeten Taktik orientiert, sondern an der eigenen Angst. Und für jedes Schwanzeinkneifen werden scheinbar vernünftige Argumente gesucht, und es kommt dahin, daß die ganze "Arbeit" schließlich nicht mehr über intelligenz-interne Auseinandersetzungen hinausgeht und daß die Armen über diesem Prozess geradezu vergessen werden. Dieses ist die konkreteste und greifbarste Gefahr für den SSK, auch wenn er bereits weniger als andere Intellektuellengruppen davon betroffen ist.
ABER NORMEN UND GESETZE MÜSSEN WIR VERLETZEN, WENN SICH DIE SITUATION DER ARMEN VERBESSERN SOLL !!
Noch etwas anderes ist kennzeichnend für die Intellektuellen: DER FÜHRUNGSANSPRUCH GEGENÜBER DEM VOLK !!
Der ist auch bei den meisten Linken nicht aufgegeben worden. Was sie von den bürgerlichen Int.unterscheidet ist, daß sie nicht mehr davon ausgehen, daß SIE, die INTELLIGENTSIA, es ist, die die Welt im Innersten zusammenhält. Daß sie die Geschichte und Entwicklung der Menschheit gemacht haben, daß ihre Ideen der Ursprung dafür waren. Die linken Intellektuellen sehen ein, daß die Arbeiter die Kraft sind, die allein den Fortschritt bringen kann. Daher biedern sie sich verbal an, ordnen sich auch verbal unter, erklären den Führungsanspruch der Arbeiter und haben doch in Wirklichkeit bereits das Konzept gemacht, dem die Arbeiter folgen müssen, und fordern sie mit gleichem Atem auf, dieses anzuerkennen und sich ihm unterzuordnen. Das ist die Aufforderung zu erneuter Unterordnung.
Das Entlarvende an dieser Sache ist, daß sich jeder ausrechnen kann,daß auch in den kommunistischen Organisationen der Intellektuellen nur sie die Führung wahrnehmen können, da sie auf sie zugeschnitten ist. Ja, sie ist so zugeschnitten, daß sie die Führung auch nicht verlieren können. Vom Arbeiter verlangen sie dieselbe Unterordnung, wo sie die Modelle kompensatorischer Erziehung vom Arbeitskinde verlangen.

PARTEI

Die Ursache für diesen Betrug und zugegebernermaßen Selbstbetrug der Intellektuellen ist nicht schwer herauszufinden:
Es ist dieselbe Angst vor der historischen Kraft der Arbeiterklasse, die auch das Denken und Handeln bürgerlicher Intellektueller bestimmt, die persönliche Furcht um die Rolle, die Privilegien, die Vorzüge, die die INTELLIGENZ in dieser Gesellschaft genießt. Die Angst, daß diese weggenommen, verwischt und zerschlagen werden könnten, von den primitiven, brutalen Arbeitern und daß sie dann dastehen würden als ärmliche, unbrauchbare, aufgedunsene Schmarotzer, als aufgeblasene Phasendrescher, Wichtigtuer, daß dann herauskommt, daß ihre "ARBEIT" nichts war, als die Unterdrückung anderer.
Dieser Führungsanspruch stützt sich auf den TOTALEN THEORETISCHEN ANSPRUCH, DIE UNIVERSALEN ABSTRAKTEN FORDERUNGEN, die die linken Intellektuellen aufstellen als Vorbedingung dafür, daß es sinnvoll ist, 1.daß sie selbst aktiv werden, 2. daß andere es tun. Als Ergebnis dieser Haltung kann man beobachten, daß es in der BRD zwar seit geraumer Zeit beachtliche Zahl von Intellektuellen gibt, die sich äußerst radikal und konsequent zum Sozialismus bekennen (schriftlich und mündlich), daß aber andererseits dadurch im Volk nicht das geringste an Mut und Zuversicht erzeugt worden ist. Das muß aber jedem Marxisten zu denken geben: der Grund dafür kann nur sein, daß nicht nur die Armen diesen gigantischen Verbalkampf nicht als ihren ansehen, sondern daß er das auch nicht IST!
Das alles, diese nunmehr schon so lange andauernde Redeschlacht, diese Berge von ausgedroschenem Stroh, hat tatsächlich mit den Armen nichts zu tun, außer daß sie das Material für diese Abhandlung bilden. Die Probleme, die da in Wahrheit abgehandelt werden, sind nicht die der Armen, die Bedürfnisse, die durch diese Papers und Diskussionen befriedigt werden, nicht die ihren. Für sie ist das alles Unterdrückung, weil sie aber nicht zu der Unterdrückung gehört, die man hier ertragen muß, sind die Armen ihr gegenüber in der glücklichen Lage, sie ignorieren zu können. Denn über ihre Interessen trampeln sie hinweg, die eigensüchtigen, egoistischen Papiere, Diskussionen, Organisationen. Weil sie nicht den Effekt bringen, den jede Arbeit im Dienste der Armen bringen muß: Schutz für die schutzlosen Armen, Erleichterung der scharfen materiellen Situation.
Nach Mao-Tse-Tung ist nur der Schluß möglich, was die Ursachen für diese Haltung der Intellektuellen angeht: Sie wollen nicht die Lage der Armen und Arbeiter verbessern, wollen sich nicht unterordnen, wollen ihre Privilegien nicht auf-

geben, wollen nicht im Dienste des Proletariats arbeiten. Das bedeutet aber, daß das Ergebnis ihrer Bemühungen gegen die Armen gerichtet ist, daß es die Unterdrückung aufrecht erhält und sogar verfestigt.
Die METHODEN DER INTELLEKTUELLEN setzt das "reine Denken" an die höchste Stelle. Auch bei den Linken. Sie gehen vom Abstrakten ins Konkrete, sie bauen das Haus von oben. Die Tat ist die Ausführung des Gedankens, ihre Denkmuster sind gradlinig, eckig, logisch. Die Logik ist ihre heilige Kuh, sie geht über alles. Daher ist die Methode vieler marxistischer Intellektueller in Wirklichkeit die der Theologie. Sie haben ein Weltbild, in dem die Dinge in Gut und Böse sortiert sind, sie beurteilen die Dinge nach den Kategorien Richtig oder Falsch. Ihre Artikel, Bücher und Abhandlungen beginnen immer damit, daß der Grundwiderspruch referiert wird, um dann zu erklären, daß es folglich auf ihrem Gebiete genau so sein muß. Dazu suchen Sie dann Gründe zusammen, ziehen sie notfalls an den Haaren herbei, sie belegen dann die vorweggenommene Behauptung, auch das behandelte Problem entstamme dem Grundwiderspruch (was eigentlich nicht?). Sie reden, handeln, schreiben, als wären sie im Besitz der einen und einzigen Wahrheit. Deshalb reden sie zu allem, wissen über alles Bescheid, bedenken alles mit ihren Kommentaren, und dabei scheint immer wieder etwas endgültiges durch, das EWIGE, das garantiert, daß auch diese Sache nun ein für allemal geklärt ist.
DIESE IHRE "LOGIK" IST DER TOD DER PRAXIS !
Es gibt keine Entwicklungen in ihren Gedanken, Reden und Aufsätzen, keine Bewegung, keinen Prozess. Ihre Methode ist nicht die Dialektik, sie bringen nicht die in den Dingen und Erscheinungen wohnenden Widersprüche in Prozeß, d.i. Fortschritt, sie klären keine konkrete Frage, sie kommen nie zu einem wirklichen praktischen Schritt, sie sind versteinert, erstarrt, in einer kalten, unsinnlichen, trockenen Welt, die künstlich ist. Die Welt der "einfachen Leute", der Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger und Armen versteht sie nicht und hört nicht zu. Das einzige, was diese Leute dem endlosen Geschwätz der Intellektuellenhorden entnehmen können, ist der Herrschaftsanspruch, den sie erheben.
Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die "ARBEIT" der intellektuellen Sozialisten fast ausschließlich aus Fraktionskämpfen besteht, die ihnen allerdings die Möglichkeit bieten, ihre ÖDE durch Scheinbewegungen zu beleben.

Bei der Kritik konnte es allerdings nicht bleiben. Es war klar, daß diese Verhältnisse dem SSK über kurz oder lang die Luft abdrehen mußten. Es war schon abzusehen, wann der letzte Jugendliche die Sitzungen verlassen haben würde. Die Haltung der Studenten war in höchstem Maße aggressiv, sie versuchten, sich den ganzen SSK zu unterwerfen. Alles, was der SSK bis dahin an Verbindlichkeit im Dienste der verelendeten Arbeiterjugendlichen gebracht hatte, drohte sich aufzulösen. Der Anspruch des SSK, einen Weg aus dem Elend zu zeigen, verschwand.

Wir konnten nicht theoretisch abstrakt den Weg zeigen, der zu gehen war. Unsere Analysen reichten nicht bis in die Zukunft. Wir kannten aber aus eigener hinreichender Erfahrung die grundlegende Bedingung für eine Arbeit im Dienst der Verelendeten: Alle Arbeit muß an der materiellen Situation der Verelendeten ansetzen. Jede Organisation muß damit beginnen, die einfachsten, direktesten Bedürfnisse der Verelendeten zu befriedigen, das hieß: Essen, Schlafen, Arbeit, Sicherheit vor Polizei, Jugendamt und Eltern; Trost und persönliche Hilfe in Verzweiflung. Das waren die Voraussetzungen dafür, daß Jugendliche beim SSK überhaupt leben konnten. Das mußten deshalb auch die Probleme sein, die ganz zuerst, allgemein und verbindlich zu lösen waren von jedem, der SSK-Arbeit betreiben wollte, und zwar soweit seine Kräfte reichten.

Diese Arbeit sollte in kleinen Gruppen – Zellen – geleistet werden. Die Zelle als unterste Stufe des SSK garantierte, daß die Entscheidungen aus der Basis wuchsen, aus dem Leben und Kämpfen in enger Gemeinschaft mit den Jugendlichen. Die Zellen garantierten, daß die Entscheidungen und Projekte nicht über die Köpfe der Jugendlichen hinweg entstanden, daß alles, was geschah, seine Nützlichkeit unmittelbar an der Verbesserung der Lage der Jugendlichen in den Zellen erweisen mußte. Das Zellenmodell wurde bewußt als egalitäres Modell von unten gegen das Kadermodell der Arbeiterparteien von oben gesetzt. Das Zellenmodell stand gegen das Arbeitsteilungsmodell.

In der Frage der zukünftigen Organisationsform des SSK trafen alle Konflikte und Probleme zusammen. Mehr und mehr begriff man sie auch als grundsätzliche Entscheidung über den weiteren Weg des SSK.

Aus der Argumentation der Studenten:

"... im Gegenteil wird verlangt, daß jedes Mitglied des Vereins sich möglichst rege politisch betätigt, um so ein Forum zu schaffen, auf dem er oder der Verein SSK zur gegebenen Zeit die Interessen der Jugendlichen vertreten oder über seine Tätigkeit berichten kann.
Daraus folgert, daß die Vereinstätigkeit nicht auf Momentanerfolge hinzielt. Eine Änderung der öffentlichen Erziehung bzw. ihrer Auswirkungen ist nur mit einer langfristigen Strategie und intensivem Bemühen über mehrere Jahre hinweg zu erreichen. Also muß jedes Mitglied und jeder Mitarbeiter des Vereins SSK für sich selbst klar darüber sein, daß ein Kräfteverschleiß durch Aufnahme von Jugendlichen und ä. nicht im Interesse der Jugendlichen liegt, da sich nämlich der Hintergrund, von dem sich dieses Einzelschicksal abhebt, nicht ändert."

Aus dem Zellenpapier: "Anregung für eine arbeitsfähige Organisierung des SSK.
...In jeder Zelle arbeiten 5-7 Mitglieder. Jugendliche werden gleichberechtigt aufgenommen. Die Zellen sind in ihrer Arbeit weitgehend autonom.
Die Arbeit umfaßt: das Aufnehmen und die Unterbringung von Jugendlichen, oder Hilfe für andere Bedürftige. Die Vertretung gegenüber Eltern, Behörden etc., den mit der Zellenarbeit zusammenhängenden Schriftverkehr, die Reflektion der Fälle und der politischen Sozialarbeit überhaupt (Reflektion der Fälle), politische Agitation, Dokumentation und Publikation.
Die einzelnen Zellen sind aufgrund der kleinen Zahl der Mitglieder in der Lage, verbindlich zu arbeiten, da sich keiner der Arbeit entziehen kann, ohne andere direkt und offen zu belasten.
..Zentrale Arbeiten des SSK werden von einem Rat wahrgenommen, der sich zusammensetzt aus je einem Vertreter jeder Zelle."

Deshalb zog sich die Diskussion über Monate hin und wurde zum Schluß mit äußerster Schärfe geführt. Die endgültige Abstimmung war kurz vor Weihnachten und brachte einen unerwarteten Sieg des Zellenmodells. Um eine erneute Abspaltung zu verhindern, beließ man die

ANA&BELA-Gruppe im SSK und gab ihr den Status einer eigenen Zelle. Die übrigen Mitglieder bildeten drei Zellen.
In der Zukunft erwies sich die Zellenorganisation als tragfähiger Ansatz zu einer Organisation der obdachlosen Jugendlichen, die sowohl deren sozial-politische Interessen als Elendsschicht als auch die Probleme und Bedürfnisse des einzelnen Jugendlichen auffangen und ausdrücken konnte. Für die ANA&BELA-Gruppe begann damit der Prozeß der langsamen Auflösung, die ein Jahr später auch formell besiegelt und von den letzten Gruppenmitgliedern bestätigt wurde.
Die Zellenorganisation markiert die Ablösung des SSK von den politischen Parteien und den geistigen Bewegungen, die diesen zugrundelagen. Sie ist nach der pädagogischen die politische Emanzipation des SSK und die Grundlage für einen eigenständigen neuen Weg zur Befreiung der verelendeten Arbeiter.

Die Arbeit des Zellen-SSK

Im folgenden Jahr breitete sich der Ansatz zur Zellenorganisation behutsam aus, nahm Konturen an und verfestigte sich zu einer Organisation.
Nach innen war sie dadurch bestimmt, daß jetzt die konkreten Bedürfnisse der Jugendlichen oben auf der Tagesordnung standen, daß sich die Diskussionen nach und nach in Themen, Stil und Ergebnissen völlig veränderten. Zuerst wurden auf den Zellensitzungen die Probleme der Jugendlichen behandelt, wie Unterbringung, »Durchdrehen«, Gericht, Eltern etc. Gemeinsam wurden sie besprochen, bis Lösungen zustande gekommen waren. Das nahm den Hauptteil der Sitzungen in Anspruch. »Höhere« Probleme kamen lange Zeit fast gar nicht mehr oder nur am Rande zum Zuge. Nach außen zeigte diese Struktur vor allem eine große Offenheit und Integrationsfähigkeit. Bestimmte theoretische Positionen wurden nicht mehr verlangt, auch nicht eine festgelegte Form von Mitarbeit. Das führte bald dazu, daß sich ein großer Kreis von Interessenten und Sympathisanten um den Kern-SSK bildete, der weit in die Stadt hineinreichte. Schließlich war der Mitarbeitsrahmen so locker,

daß die Frage, ob einer offiziell Mitglied im SSK war, überhaupt nicht mehr auftrat. Die Grenze zwischen Mitglied, Mitarbeiter und Sympathisant verwischte sich völlig.
Auf diese Weise vergrößerte sich der SSK ständig, sowohl was die Zahl der Mitarbeiter betraf als auch die der Jugendlichen. Ein Netz von Verbindungen und Kontakten knüpfte sich über die ganze Stadt. Alle Kölner, die am Problem der obdachlosen Jugendlichen irgendwie interessiert waren, hatten mit dem SSK zu tun; ebenso alle, die aus irgendwelchen Gründen obdachlose Jugendliche bei sich aufgenommen hatten.
Eine ganze »Szene« goß sich in den SSK hinein oder schwappte bis an seinen Rand. Das fiel zusammen mit der entstehenden »Zusammenarbeit« mit dem Jugendamt. Deshalb wurde der SSK zu einer Problemlösungszentrale für diese »Szene«. Ob Familien einen Jugendlichen aufnehmen und »legalisieren« wollten oder ob Studenten oder »Undergroundwohngemeinschaften« Papiere für Jugendliche brauchten, die bei ihnen wohnten, ob Eltern ihr Kind suchten oder ob die Polizei einen geschnappt hatte, den es zu befreien galt, der SSK wurde von dieser oder jener Seite fast immer eingeschaltet.
Streng an der Situation des einzelnen Jugendlichen orientiert und radikal auf Durchsetzung von dessen Interessen eingestellt, wurde der SSK ein Begriff für die Jugendlichen und ein Anziehungspunkt für Erwachsene mit den unterschiedlichsten Motivationen, Vorstellungen und Haltungen und auch mit den unterschiedlichsten sozialen Rangordnungen.
Als politische Kraft nach außen hin verhielt sich der SSK sehr vorsichtig und duckte ab. Den Behördenspitzen gegenüber pochte er immer wieder auf Beschleunigung der Verhandlungen um das Kontaktzentrum, an ihrer Basis entfachte er einen immer schärferen Grabenkampf um sogenannte »Einzelfälle«. Unzählige Einzeldiskussionen, Schreiben, Beschwerden, Besuche in Amtsstuben, Belästigung von Vorgesetzten, Anzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden klopften die Behördenbasis langsam mürbe. Immer und überall tauchte der SSK auf, die Beamten sahen sich unverhofft auch da mit dem SSK konfrontiert, wo sie zuerst mit einzelnen Bürgern zu tun hatten und immer prallten sie gegen die Unnachgiebigkeit der SSK-Leute bei der Vertretung der Grundrechte

der Jugendlichen, die mit dem SSK zu tun hatten. Sie sahen schließlich, daß »Rückführungen« bei diesen Jugendlichen nicht durchzusetzen waren. Sie wußten, daß der SSK den, den er nicht legal aufnehmen durfte, illegal betreute. Wo die Argumentation nicht zum Ziel führte, griffen wir zu Tricks und notfalls Lügen. Mit den Instrumenten der Behörden waren wir nicht zu packen.

Die breite Öffnung des SSK ließ ihn auf der einen Seite schnell wachsen, auf der andern Seite aber wurden wir mit dem gesamten Spektrum von Leuten konfrontiert, die zusammen die Szene bildeten, in der obdachlose Jugendliche untertauchen konnten. Zeitweise reichten diese bis in den Kern des SSK hinein. Alle Motivationen, Haltungen und Standpunkte, alle Formen des Zusammenlebens Erwachsener mit obdachlosen Jugendlichen, alle Interessen lernten wir unmittelbar kennen. Das führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen an den verschiedensten Fronten, die insgesamt dem SSK zu einer immer klareren Position verhalfen.

Rauschgift, »sexuelle Befreiung«, Homosexualität mit obdachlosen Jugendlichen und versteckte Formen persönlicher Ausbeutung von obdachlosen Jugendlichen verlangten vom SSK klare Stellungnahmen, als sich eine weitere Entwicklung abzeichnete: Im SSK bildeten sich seit Sommer 72 Wohngemeinschaften, deren Zahl schnell zunahm. Entsprechend der lockeren Organisation des SSK zeigten sie die unterschiedlichsten Formen und Strukturen. Die erste Wohngemeinschaft hatte sich aus der Wohnung zweier SSK-Jugendlicher entwickelt und zeigte so erstaunliche Kraft und Fähigkeiten, daß sie lange Zeit eine entscheidende Stütze des SSK war.

Dort lebten Jugendliche selbständig zusammen, organisiert und gehalten wurde die Wohngemeinschaft von Heinz Faßbender, der selbst Jugendlicher und ehemaliger Heimzögling war.

Einige weitere Wohngemeinschaften waren ursprünglich studentische, in denen fest einige Jugendliche wohnten. Ferner gab es Wohngemeinschaften, die mehr oder weniger zur Pop-Undergroundszene zu rechnen waren und entsprechend eng oder weniger eng mit dem SSK zu tun hatten.

Ihnen gegenüber grenzte sich der SSK ab, als sie begannen, im SSK fest

einen Platz zu besetzen. Damit war verbunden, daß einige allgemeine Probleme und Haltungen ausführlich diskutiert wurden, was zu festgelegten Positionen führte. Eines dieser Probleme war, daß in manchen dieser Wohngemeinschaften Jugendliche und irgendwelche abgebrochene Studenten zusammenlebten, wobei die tatsächliche Basis des Zusammenlebens der gemeinsame Joint war. Es gab viele solcher »Kommunen«, die fast immer zu einem großen Teil aus geflohenen Fürsorgezöglingen bestanden. Bei den Versuchen, mit diesen Wohngemeinschaften zusammenzuarbeiten, stellte sich überdeutlich heraus, daß das gemeinsame Kiffen für die Jugendlichen besonders schwerwiegende Folgen hatte: Die scheinbare Gemeinschaft mit den Studenten und Künstlern verführte sie zu Illusionen, die sie ihre bestehenden existentiellen Probleme vergessen ließen oder verdrängten. Diese Jugendlichen gerieten fast alle unaufhaltsam in die Sterbekammer der Fixerszene. Wütend wurden wir, als wir immer neu erlebten, daß die Erwachsenen nicht die geringste Kraft und Mühe aufbrachten, wenn etwa nach einer Haussuchung Jugendliche festgenommen worden waren. Sie zogen achselzuckend mit ein paar Neuen ihre Joints weiter durch, lebten im Dreck, gammelten in den Tag, bis es ihnen einfiel, ihr Studium zu beenden oder wieder bei den oft wohlhabenden Eltern als brave Kinder unterzukriechen. Wir lernten, daß die Gegenkulturszene ein Tummelplatz für Bürgerkinder war, die dort ihre Jugendsünden begingen auf Kosten der Arbeiterkinder, die dabei sozial, menschlich, gesundheitlich auf der Strecke blieben.

In dieser Zeit entwickelte der SSK eine klare Distanz zu der Rauschgiftszene. Für Betreuer war Kiffen völlig verboten, bei Jugendlichen wurde es bekämpft. Unversöhnlich bekämpften wir aber von da an Dealer und studentische Propheten der »Gegenkultur«.

Genauso wie beim Rauschgift stellte sich auch bei den verschiedensten Bestrebungen zur »sexuellen Emanzipation« heraus, daß die Jugendlichen, die da hineingezogen wurden, am Ende als Opfer auf der Strecke blieben. Deutlich war das bei den vielen Homosexuellen, die Strichjungen bei sich aufnahmen. Auch wenn sie versuchten, ihnen zu Lehre, Schule und geregeltem Leben zu verhelfen, kam fast immer recht schnell der Punkt, wo die Jugendlichen durchdrehten und abhauten. Sie fanden sich dann immer auf dem Strich wieder.

In den Wohngemeinschaften der »Gegenkultur«, die teilweise auch politische Ansprüche erhoben oder in »Arbeiterparteien« mitarbeiteten, war solche Ausbeutung schon versteckter.
Die »Befreiung« erwies sich bei den beteiligten Jugendlichen immer dann als Schädigung, wenn die Wohngemeinschaften auseinandergingen und die Jugendlichen wieder auf sich gestellt in ihre Klasse zurückgestoßen wurden. Oft erlebten wir, wie ein Student ein Mädchen wieder loszuwerden versuchte, mit dem er eine Zeit lang geschlafen und zusammengelebt hatte, und das in denselben Formen tat, wie der Rechtsanwalt »seine« Geliebte los wird. Oder es gab Zusammenbrüche und Verzweiflungstaten, weil der Jugendliche feststellte, daß er in dem Verhältnis zu dem sozial höher stehenden »Betreuer« mehr gesehen hatte, als dieser einzulösen bereit war.
Diese Erfahrungen führten im SSK dazu, daß sexuelle Beziehungen zwischen Betreuern und Jugendlichen grundsätzlich nicht geduldet wurden. Überhaupt führten die Diskussionen darüber dazu, daß das Problem der Abhängigkeit zwischen Betreuern und Jugendlichen mit großer Aufmerksamkeit beobachtet wurde und immer wieder neu in Einzelfragen Lösungen gesucht wurden.
Die gleichzeitig entstehenden Wohngemeinschaften wurden von den Ergebnissen dieser Diskussion nachhaltig beeinflußt. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß die Jugendlichen eigene Wohnungen haben mußten und daß die Unterbringung in Familien oder Studentengruppen die Entwicklung der Jugendlichen blockierte. Die Heinz Faßbender-Wohngemeinschaft hatte das längst praktisch bewiesen.
Sobald wir durch die bestehenden Kontakte und die – wenn auch kümmerlichen Zahlungen des Jugendamtes – materielle Basis dafür hatten, mieteten wir in verkommenen Altbauten Wohnungen an. Ursprünglich waren sie als Notunterkünfte gedacht.
Dort lebten dann Jugendliche weitgehend auf sich gestellt, und das ging gut. Auf der anderen Seite waren durch die Auseinandersetzungen die um den SSK gruppierten Wohngemeinschaften gezwungen, Position gegenüber dem SSK zu beziehen. Das führte dazu, daß wir uns von den einen trennten, die anderen aber ganz in den SSK hineinkamen.
Die größte und wichtigste Wohngemeinschaft war das sogenannte

Ein abbruchreifes Ex-Theater dient als Unterkunft.

Die feuchten Räume haben keinerlei Entlüftung

Der Wohnraum ist kalt und von den Wänden rieselt der Putz

Kölner SSK führte seine Unterbringungsmöglichkeiten für Jugendliche vor

VON BERND STEFFLER

„Der normale Weg ist, daß die Fürsorgezöglinge aus einem Heim flüchten, gefaßt werden, in ein schärferes Heim gesteckt werden und Kontakt zu Kriminellen bekommen und dann vom Knast übernommen werden." Ohne Leidenschaft analysiert Lothar Grothe diesen „normalen Weg". In Wohnkommunen des SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e. V.) soll der verhängnisvolle Kreislauf durchbrochen werden.

Der Zustand der Unterkünfte für die Wohnkommunen ist allerdings in beinahe allen Fällen nicht menschenwürdig. Der SSK, der am Montag mit einer spektakulären Besetzung des Dienstzimmers des Oberbürgermeisters mehr Unterstützung seiner Arbeit forderte, demonstrierte gestern einigen Mitarbeitern des Jugendamtes sowie Günter Herterich (SPD) als einzigem Vertreter des Rates die Schwierigkeiten seiner sozialpädagogischen Arbeit.

Der SSK hat rund 200 Mitglieder, etwa die Hälfte in Köln. Zur Zeit werden in Köln 93 Jugendliche — Durchschnittsalter 15 — von etwa 50 ehrenamtlichen Mitarbeitern in acht Wohngemeinschaften betreut. Die Familienverhältnisse der meisten Zöglinge sind nicht intakt. In der Wohngemeinschaft entwickeln sie gemeinsam ein Familienleben, für das allerdings die äußeren Voraussetzungen meist fehlen. Trotzdem sind die pädagogischen Ergebnisse überraschend gut.

Im ehemaligen Experimentiertheater Coom an der Ecke Luxemburger Universitätsstraße wohnen sieben Jungen, von denen zwei keine Papiere haben. Seit Dezember ist das Stadtjugendamt über diese Wohngemeinschaft informiert. Das Amt hat die Arbeit im Rahmen der Möglichkeiten gefördert. Jetzt soll das Haus aus baulichen Gründen geräumt werden.

Wer die Unterkünfte für Gastarbeiter kennt, der muß sie gegenüber den Zuständen im Haus Luxemburger Straße 148 als Luxuswohnungen bewerten. Der große Wohnraum, das eigentliche „Schmuckstück", ist kalt.

Hier werden schwer erziehbare jugendliche resozialisiert. SSK-Berater Lothar Grothe: „Die Probleme vor allem psychischer Art, die in den Heimen nach dem Motto „Ruhe und Ordnung" unterdrückt wurden, kommen in der Wohngemeinschaft erst zum Ausbruch." Selbstmordversuche, so berichtet er weiter, sind häufig.

„Wir sind die Glückskinder des SSK, weil wir diese Wohnung bekommen haben", erzählt Gudrun Wissel (23), die mit vier Mädchen im Paul-Schneider-Heim der Evangelischen Kirchengemeinde Riehl in der Brehmstraße 3 wohnt. Die Studentin Gudrun Wissel hilft im Heim der Offenen Tür. Jedes Mädchen der Wohngemeinschaft zahlt für die gemeinsame Miete 80 Mark. Anfängliche Schwierigkeiten wurden schnell überwunden. Die Wohnung hat sogar Zentralheizung und Balkon.

Das Haus Riehler Straße 12" soll abgerissen werden. Es gehört, ebenso wie das leerstehende Nachbargebäude, der Stadt. Jahrelang hatte das Jugendamt vergeblich beim Liegenschaftsamt nach leerstehenden Gebäuden gefragt. Erst nachdem der SSK den Nachweis gebracht hatte, daß dieses Haus Eigentum der Stadt ist, konnte ein Nutzungsvertrag geschlossen werden. In frühestens fünf Jahren steht das Geld zum Abbruch des Hauses und Neubau der Straße zur Verfügung.

Zwei Wohngemeinschaften leben in dem Haus. Die Räume sind nicht heizbar, von den Wänden fällt der Putz. Nur zwei Waschbecken kann man noch benutzen. Ein junges Paar hat sich eine schmucke Wohnung geschaffen. Veronika Gaulke (18) und Rainer Milz (20) leben seit einem Jahr zusammen. Vor wenigen Wochen haben sie einen Sohn bekommen.

Der SSK hat selbst nur wenig Möglichkeiten, für die Jugendlichen ausreichende Unterkünfte zu schaffen. Erst kürzlich hat der Makler Hans Großpeter für den Verein ein Haus in der Vorgebirgsstraße gemietet. Die Mitglieder des SSK leisteten aus Privatmitteln dafür eine Bürgschaft von 4 000 Mark. Dieses Beispiel eindruckte Großpeter so, daß er spontan auf seine Maklerprovision verzichtete.

Die „Glückskinder" des SSK: vier Mädchen in einer Neubauwohnung. Mitte: SPD-Stadtverordneter Günter Herterich. Fotos: Herchenbach

Zu Punkt .11...: Aktivitäten sozialpädagogisch tätiger Organisationen im Rahmen der freien Jugendhilfe

Erläuterungen:

Seit 1969 bemühen sich neben den traditionellen Vereinigungen der freien Jugendhilfe in zunehmendem Maße engagierte Personenkreise, u.a. Sozialpädagogen, Psychologen, Soziologen, Juristen und Theologen, sich Jugendlicher, die obdachlos sind und der Hilfe bedürfen, aber aus den unterschiedlichsten Gründen ihre bisherigen Betreuer und Bezugspersonen ablehnen, anzunehmen. Sie versuchen, eine Vertrauensgrundlage zu ihnen herzustellen, um ihnen auf freiwilliger Basis Hilfe geben zu können.

Diese Bürger, die verschiedenartige Zielvorstellungen haben, schlossen sich in unterschiedlichen Gruppierungen zusammen, dies sind: Etage e.V., Arbeitskreis soziale Arbeit e.V. (ASA e.V.) und Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e.V. (SSK e.V.).

Während sich Etage e.V. und ASA e.V. vorwiegend dem Aufbau von Wohngemeinschaften widmen, nimmt sich der SSK e.V. der Jugendlichen an, die aus Heimen, Pflegestellen und Elternhäusern weggelaufen sind und für die aufgrund der komplizierten Problematiken im Einzelfall in engster Zusammenarbeit mit Eltern, ...

Während 1970 zunächst angenommen werden konnte, daß es sich nur um vorübergehende Aktivitäten von verschiedenen Gruppen handelte, hat sich inzwischen herausgestellt, daß sich die Aktivitäten, insbesondere des SSK, vervielfacht haben. Wie bereits vorher kurz erwähnt, beschränken sich z.Z. die Etage e.V. und die ASA e.V. überwiegend auf die Unterhaltung und Einrichtung von Wohngemeinschaften gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland, obwohl auch hier noch darüber hinaus einzelne Minderjährige zeitweise betreut werden.

Der SSK hat seine Aktivitäten und seine Mitgliederzahl in einem z.Z. für die Verwaltung nicht mehr überschaubaren Maße ausgedehnt. Der SSK ist eine über Nordrhein-Westfalen hinaus bekanntgewordene Anlaufstelle für Jugendliche geworden, die aus Heimen, dem Elternhaus, Pflegestellen oder sonstigen Einrichtungen entwichen sind. Allein die Zahl der Minderjährigen, für die öffentliche Erziehung besteht und die sich an den SSK wenden oder dort hingebracht werden, nimmt, soweit das während der letzten Monate zu beobachten ist, ständig zu. Die Folge ist, daß Mitarbeiter des SSK während der letzten Monate durchschnittlich täglich mehrere Minderjährige, die nicht aus Köln stammen, zum Jugendamt begleiten, mit dem Ziel, den Aufenthalt der Minderjährigen in Köln legalisieren zu lassen.

Anmerkung: Bericht der Verwaltung zur 4. Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am 7. 5. 73. Aus diesem Papier läßt sich der Erfolg der Arbeit des Zellen-SSK eindrucksvoll ablesen.

»COOM«, 8 bis 12 Jugendliche, die zusammen mit einem ehemaligen »Szene-Vertreter« als Betreuer in einer Halbruine lebten. Daß die Jugendlichen dort einen ganzen Winter über in ungeheizten Räumen, kaum mit dem Notwendigsten versorgt, zusammenblieben, hatte für den SSK nachhaltige Konsequenzen. Die Prozesse, die in dieser Wohngemeinschaft abliefen, die Zusammenbrüche, Selbstmordversuche, das Chaos, das Leben weit unter dem Existenzminimum und der dennoch weite Strecken über bestehende Zusammenhalt haben uns entscheidend die Augen für die tatsächlichen Bedürfnisse der Jugendlichen geöffnet.

Als es uns im Winter gelang, durch Verbindungen und Drohungen von der Stadt Köln ein zum Abbruch vorgesehenes Haus zu erhalten, profitierten wir bei dessen Einrichtung vom »COOM«. Wir sahen aber auch, daß die einzelnen Wohngemeinschaften und Wohngruppen sich nur in dem größeren Rahmen halten konnten, der sich im SSK durch die Zellenorganisation herausgebildet hatte. Dieser »Organismus« hatte die nötige Offenheit, die Bedürfnisse der Jugendlichen nicht zu unterdrücken, die nötige Beweglichkeit, ihren Problemen Spielraum zu geben, die nötige Perspektive, ihre jeweilige Situation als gemeinschaftlich soziale zu erleben, die nötige Kraft, sich gemeinschaftlich zu wehren. Die Erfahrungen und der Entwicklungsstand der Zellenorganisation-SSK sind in einer Arbeit aus der damaligen Zeit enthalten, aus der wir im folgenden Teile abdrucken.

In dieser Zeit hatte der SSK auch das Kontaktzentrum durchgesetzt. Es zeigte sich aber, als dessen Realisierung vor der Tür stand, daß in der Zellenorganisation Perspektiven enthalten und in Ansätzen verwirklicht waren, die weit über das Kontaktzentrum hinausreichten. Wir ahnten und waren dabei zu begreifen, daß der SSK eine eigene, selbständige, soziale, politische Richtung gefunden hatte, einen Weg zur Organisierung der arbeitslosen und arbeitsunfähigen jungen Arbeiter. Dieser eigene Weg des SSK außerhalb der scheinbaren Alternative »Politik« und »Karitas« wird in den folgenden Texten sichtbar.

Die Auflehnung gegen den drohenden Untergang ist das Hauptmerkmal für den proletarischen Jugendlichen, der "auffällig" geworden ist. Der instinktive Widerstand gegen das Hinuntergedrücktwerden in den Reihen der Opfer ist der einzige Ansatzpunkt für eine revolutionäre proletarische Jugendhilfe. Diesen Widerstand ausschließlich positiv zu sehen und zu behandeln, auch wenn er sich gewöhnlich in Kriminalität äussert, ist die Voraussetzung. Die erste Konsequenz ist, den schwer auf den Jugendlichen lastenden Druck mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln soweit wie möglich abzubauen. Dieser Druck ebnet alle menschlichen Probleme der Jugendlichen ein, indem er soziale darüber türmt. Die sozialen Probleme allein werden als seine menschlichen Probleme angesehen. Niemand fragt ihn, ob er fröhlich oder traurig ist; ihn fragt man, ob er arbeiten geht oder nicht. Der Druck ist so stark, daß sich der Jugendliche selbst schließlich nicht als liebesunfähig erlebt, sondern als arbeitsunfähig; deshalb glaubt er, klauen gehen zu müssen, weil er es nicht schafft, arbeiten zu gehen.
Alle sozialen Probleme der Jugendlichen haben ihre Ursache aber in der Unterdrückung ihrer menschlichen Probleme. Das ist allerdings ein Merkmal für die Situation der gesamten Arbeiterklasse, daß ihre Menschlichkeit nur in dem Maße anerkannt wird, wie sie ihre soziale Funktion als Arbeiter erfüllen. Nur wer einen Krankenschein abgeben kann, wird behandelt. Nur wer eine Arbeit hat, und deshalb eine Wohnung bezahlen kann, wird von Untersuchungshaft verschont - Arbeit macht frei!
Die sozialen Probleme den menschlichen unterzuordnen, ist hier Voraussetzung. Das bedeutet für die Arbeit mit proletarischen Jugendlichen, daß der Jugendliche bedingungslos als Mensch behandelt wird, auch gegen seine soziale und rechtliche Situation, daß seine Menschenrechte radikal über die sozialen gestellt werden. Die erste Hilfe - und zunächst die einzige - die ihm gegeben werden kann, ist ein sozialer Freiraum, eine Zeit, in der sein Leben sozial so abgesichert wird, daß er sich leisten kann, die soziale Bedrohung zu verdrängen und damit bei sich Raum für seine menschliche Not zu gewinnen. Die Folge sind in vielen Fällen psychische Zusammenbrüche, chaotische Lebenszustände, Stimmungs- und Gefühlsausbrüche. Daraus wachsen die Ansätze für eine Bewältigung der Vergangenheit. Sie sind die Chance für den Aufbau einer neuen Persönlichkeit. Die chaotische Phase ist fast immer unumgänglich. Dies erklärt sich aus der Vergangenheit des Jugendlichen. Er lief ja weg, weil er seine persönlichen Bedürfnisse und menschlichen Probleme nicht anbringen konnte, weil er eingeengt wurde durch soziale An-

Unsere Diplomarbeit

forderungen, weil er sich Liebe und Zuneigung über Jahre hinweg erschleichen, stehlen oder erprügeln mußte. Die Vergangenheit der allermeisten Jugendlichen ist ein Stau von ungelösten Problemen, gewalttätig unterdrückten Konflikten und weggedrängten Bedürfnissen. Das alles arbeitete Jahre lang im Untergrund seiner Person, während der Jugendliche auf der Oberfläche an den Normen, Regeln und Anforderungen zunehmend scheiterte, die ihm von außen gesetzt worden sind. Solch ein Prozess treibt ~~es~~ aus sich heraus in den Zusammenbruch, der ebenso wiederum mit Gewalt verhindert wird, dessen Ersatzhandlungen und Ventile als Aggressivität bezeichnet und als Kriminalität bestraft wird. Der Jugendliche wird psychisch - eingesperrt; man nennt ihn bewegungsunfähig, er wird verantwortlich gemacht für das, was ihm angetan wurde.
Das Chaos der streunenden Jugendlichen ist nichts anderes, als die Wehen der Geburt der Persönlichkeit. Diese Geburt ist immer ein Prozess auf Leben und Tod für die Persönlichkeit, die entsteht oder nicht entsteht. Das Streunen zeigt, daß es für proletarische Jugendliche die schärfste Gefahr in sich birgt, die Gefahr der sozialen Vernichtung. Die Chance, ihr zu entgehen, ist sehr gering. Über ihre Größe geben die Kriminalstatistik und die Rückfallquoten Auskunft, außerdem die Landeskrankenhäuser, die Pennerasyle und die Asozialenghettos. Wie das Kind bei der Geburt ist auch der proletarische Jugendliche bei der Geburt der Persönlichkeit in einer in jeder Hinsicht äußerst gefährdeten Lage. Wie die Hebamme oder die Mutter das Kind, muß der Betreuer den Jugendlichen vor der Kälte draußen schützen, vor Hunger, vor allem aber vor den Wölfen. Die sind da, bereit zuzuschnappen. Wie das Kind braucht der Jugendliche das Gefühl, sicher zu sein. Deshalb gibt es gegenüber diesem Prozess für eine proletarische Jugendhilfe eine Haltung: Die Wölfe fern zu halten, auch wenn es Gefahr für die eigene Person birgt. Die Wölfe, das sind die Polizisten, Pfleger, Erzieher, Kontrolleure, die Amtsrichter und die Beamten. Ihr Zugriff wird gelenkt durch Gesetze, Verordnungen, Befehle, Ausführungsbestimmungen, Richtlinien und allgemeine Normen. Sie sind alle darauf gerichtet, die Geburt der Persönlichkeit des proletarischen Jugendlichen zu verhindern. Sie dennoch möglich zu machen bedeutet für den Betreuer selbst Konflikt mit den Wölfen. Dies ist sein Weg unter den herrschenden Verhältnissen, wenn er die Atempause für den Jugendlichen schaffen will: er muß an dessen Stelle die Konflikte mit den Institutionen übernehmen.
Im folgenden werden wir versuchen, darzustellen, welche Bedürfnisse die Jugendlichen haben. Davon ausgehend stellen wir dar, wie diese Bedürfnisse so zu erfüllen sind, daß die Jugendlichen dabei Erlebnisse haben, durch die sie sich sozialisieren.

Chaos-Theorie

A. Aichhorn

Das eine sind die materiellen Bedürfnisse, die wegen der hilflosen Lage der Jugendlichen von uns erfüllt werden müssen: Essen, pennen, rauchen. Das andere sind die immateriellen: Zärtlichkeit, Geborgenheit, Verständnis, Liebe. Fast alle Jugendlichen sind aus Verhältnissen weggelaufen, in denen ihre primären materiellen Bedürfnisse sichergestellt waren. Sie haben sich in eine Situation begeben, in der sie fast alles entbehren mußten, in der alles, was vorher selbstverständlich war, unter dem Einsatz der eigenen Person erkämpft werden muß. Beim SSK geht es ihnen etwas besser, als auf der Straße. Aber der SSK kann ihnen kein sauberes Bett garantieren, keine regelmäßig warme Mahlzeit, keine saubere Wäsche, keine geflickten Hosen. Alles ist notdürftig, immer in Frage gestellt. Dennoch gehen sie nicht zurück, ins gebügelte Bettzeug, bei Mutti zu Hause, an die gefüllten Tröge ins Heim. Sie sind mit ihrer materiellen Lage beim SSK nicht zufrieden, aber sie ertragen sie, weil sie manchmal zum ersten Mal in ihrem Leben menschliche Wärme finden. Weil sie von uns angenommen werden <u>mit</u> ihren Mängeln, eigentlich sogar <u>wegen</u> ihrer Mängel.
Die kümmerliche Sicherung der materiellen Bedürfnisse in der bisherigen SSK-Arbeit ist nicht Absicht, sondern eine Folge der Unterdrückung des Vereins. Positiv daran ist jedoch, daß keine Möglichkeit besteht, auf der Basis des SSK mit materiellen Befriedigungen seelische Not zu verkleistern. Daher treten die seelischen Probleme ungeheuer in den Vordergrund, die anderen werden sekundär. Von daher wird es unwichtig, wie gut einer gegessen hat. Wichtig ist nur, daß er gegessen hat. Wie aber kann die seelische Not bewältigt werden?
Bevor die Jugendlichen zu uns kommen, haben sie in den meisten Fällen im Untergrund mehr oder weniger kollektive Lebensformen aufgebaut oder zumindest gesucht. Dazu werden sie gedrängt, weniger, weil man sich so leichter ernähren kann, vielmehr, weil man das Gefühl hat, nicht allein zu sein, aber trotzdem sein eigener Herr. Im SSK sind Lebensformen geschaffen und zum Teil übernommen worden, die daran anknüpfen. Die Bedingungen dafür, daß die Untergrund-Lebensformen Teil des SSK werden können, sind zunächst nur negativ bestimmt. Diese Bestimmungen richten sich nach einigen grundlegenden Existenzbedingungen, die für unseren Bereich in dieser Gesellschaft nicht abzuschaffen sind. Verlangt wird, daß Rauschgiftkultur nicht als Lebensform von der Gemeinschaft akzeptiert wird und daß Kriminalität nicht die anerkannte Lebensbasis darstellt. Wohlgemerkt, es geht hier nicht um einzelne Vorfälle, sondern um eine grundsätzliche Kollektivhaltung. Darüberhinaus wird diesen Gemeinschaften prinzipiell zugestanden, daß sie in der Lage sind, ihre inneren

Beziehungen selbst zu regeln, ihre eigenen Probleme selbst zu lösen. Von uns aus werden keine weiteren Forderungen herangetragen, und die oben genannten Grenzen werden auch nur als von uns unabhängige Größen gezeigt. Man kann darauf verzichten, auf diese Wohngemeinschaften oder Kleingruppen direkt einzuwirken, weil sie Teile in einem größeren Bezugssystem sind. Jede dieser Kleingruppen ist ein Teil einer Zelle des SSK. Eine Zelle ist eine Gruppe von etwa 8 - 12 festen SSK-Mitarbeitern und ebenso vielen Jugendlichen.
Die Zelle ist verantwortlich für die Lösung aller Einzelprobleme sowie auch für eigene Gruppeninitiativen. Der Zelle wird ebenso zugestanden, ihre Probleme selbst zu regeln. Außerdem entwickelt die Zelle zentrale Initiativen, die sie in den Gesamt-SSK einbringt; Von dort übernimmt sie andererseits zentrale Aufgaben. Der SSK als die Gemeinschaft der Zellen richtet seine Arbeit in Aktivitäten direkt auf die Erweiterung und Verteidigung seines gesellschaftlichen Freiraums. Innerhalb der drei übereinandergelagerten Bereiche von Kleingruppen, Zellen und Gesamt-SSK finden eine Unzahl von Interaktionen statt, sowohl von ihnen nach außen, als auch von außen nach innen, deren spezifische Qualität durch den Bezugsrahmen definiert ist. Dieser Bezugsrahmen gewährleistet einen Schutz davor, daß Methoden, Richtlinien und Vorstellungen von oben nach unten durchgesetzt werden können. Er ist die Form einer neuen Qualität des traditionellen Verhältnisses Erzieher - Zögling.
Das ganze Gebäude, in das die Kleingruppe eingebettet ist, in der der Jugendliche lebt, ist sowohl die Absicherung seines persönlichen Freiraums als auch ein Instrumentarium für die Lösung seiner persönlichen Konflikte.
Abgesichert wird er insofern, als eine Existenz in der Wohngruppe nicht die einzige Alternative zu dem Bestehenden ist: Er weiß, daß er, wenn es dort nicht klappt, nicht wieder ins Ungewisse springen muß, sondern daß er in und mit der Zelle nach einer anderen Möglichkeit suchen kann. Diese Gewißheit nimmt den Zwang, auf alle Fälle mit anderen auskommen zu müssen; sie stoppt die Nötigung, etwas in sich reinzupressen, weil ein aggressiver Ausbruch einen wieder auf die Straße werfen würde. Auf diese Weise ist daher eine Situation geschaffen, in der die Ausbrüche und Zusammenbrüche verkraftet werden können. Die Funktion der Betreuer für die Jugendlichen ist dabei hinsichtlich der inneren Prozesse indirekt. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die Gruppen selbst zusammenzuhalten und den Gruppenprozess weiterzutreiben, nicht übergeordnet als Gruppendynamiker oder als Therapeuten, sondern als Teile der Gruppe selbst. Das Selbstverständnis der Gruppen ist auch nicht therapeutisch, sondern

demokratisch. Alle auftretenden Probleme werden als Gruppenaufgaben betrachtet, sowohl die spezifischen der einzelnen Personen, als auch die sozialpolitischen des Vereins. Das Ziel ist die Veränderung der herrschenden Verhältnisse, die Entwicklung der Existenzfähigkeit und Emanzipation des einzelnen Jugendlichen. Durch den SSK sind Betreuer und Betreute Teil des selben Prozesses. Wenn ein Jugendlicher die Kurve gekriegt hat, ist das gleichzeitig ein politischer Erfolg. Wenn den Behörden gegenüber eine Forderung durchgesetzt werden kann, ist das gleichzeitig eine Verbesserung der persönlichen Situation jedes Jugendlichen. Aus den Auseinandersetzungen um einzelne Fälle entstehen sozialpolitische Forderungen, die die ganzen Gruppen erfassen. Manchmal werden Einzelfälle exemplarisch vom ganzen Verein durchgekämpft. Da die persönlichen Probleme der Jugendlichen und die politischen des SSK untrennbar "ineinander verbergen" sind, ist es möglich, daß Jugendliche und Betreuer gemeinsam kämpfen und zwar so, daß dabei jeder auch seine eigenen konkreten Bedürfnisse vertritt. Jeder hat die Möglichkeit - wenn auch nicht die gleichen Mittel -, auf die Prozesse einzuwirken.
Dabei wird nicht übersehen, daß der Jugendliche und der Betreuer in verschiedenen gesellschaftlichen Positionen sich befindet. Es wird auch nicht angenommen, daß diese im SSK vorhandenen Klassenunterschiede im SSK beseitigt werden könnten. Die Struktur ermöglicht es aber, daß das ständig als Problem bewußt und im Gespräch bleibt, womit eine gewisse Kontrolle verbunden ist. Der politische Anspruch des SSK weist den Betreuern, Studenten, Lehrern und Sozialarbeitern Rollen zu, in denen sie ihre Angehörigkeit zu den höheren Klassen nicht verleugnen, sondern einzusetzen haben im Dienste der gemeinsamen Arbeit mit den Jugendlichen.
Innerhalb dieser Bezüge ist das Verhältnis der "Betreuer" und Jugendlichen in erster Linie bestimmt durch Solidarität.
An dieser Stelle müssen wir zurückgreifen auf die Situation des einzelnen Jugendlichen, der zum SSK kommt. Geflohen aus der Familie oder dem Heim, wo er eingezwängt war, in seiner Entwicklung gehindert, voller angestauter Bedürfnisse, mit bereits vorhandenen Schäden der Persönlichkeit, schweren Verhaltensstörungen, hoher Aggressivität, geringer Frustrationstoleranz, tiefem Mißtrauen, affektiver Entwurzelung. Kommen wir hier zurück zu der Frage: Womit kann sich der Jugendliche identifizieren? Die Struktur des SSK erlaubt es, daß Aufenthaltsorte, Unterbringungen gewechselt werden. Aufgrund der Struktur ergibt sich eine Vielfalt von Kontakten, von Jugendlichen zu Betreuern, sowie auch zu anderen Jugendlichen. Eine Vielzahl von Kleingruppen erweitert das Spektrum, an fünf Tagen finden SSK-Zellen- oder Hausversammlun-

gen statt, informelle und spontane Treffen von Kleingruppen gibt es ständig. Innerhalb dieses Organismus ist der Jugendliche nicht an einen bestimmten Platz, an einen festen Kontakt gebunden. Die persönlichen Kontakte und Beziehungen sind zwischen einzelnen da, jedoch sind sie eingeordnet in den großen Zusammenhang der gemeinsamen SSK-Sache. Deshalb ist jeder persönlichen Beziehung das Ausschließliche genommen. Fest Beziehungen bauen sich auf, der Jugendliche ist jedoch dann nicht unbedingt darauf angewiesen, weil er verschiedene Beziehungen hat, sie auswechseln kann, weil er von verschiedenen Seiten Zuwendungen erhält, weil - wenn ihn ein "Betreuer" angreift - auch einer da ist,der zu ihm hält. Wichtig ist auch, daß die außerpersönlichen Probleme (etwa rechtliche oder materielle) nicht von Einzelgruppen abhängig sind, sondern von Gruppenentscheidungen. Eine Begleiterscheinung davon ist auch, daß eine endgültige Entscheidung selten sofort nach dem Anlaß gefällt werden kann, sondern erst dann, wenn die nächste zuständige Gruppensitzung stattfindet. Die Zwischenzeit hilft, persönlich-emotionale Entscheidungshintergründe abzubauen.
Sicher ist, daß ein Jugendlicher, der neu zum SSK kommt, an einzelnen persönlichen Beziehungen anknüpft. Im Laufe der Zeit wird ein Identifikationsprozess in Gang gesetzt, der sich zunehmend auf die Gruppe, auf die Zelle und auf den SSK richtet. Über den Einzelbeziehungen mit bestimmten Personen bauen sich entsprechend der SSK-Struktur verschiedene Identifikationsebenen auf; es laufen ständig Prozesse ab, auf allen passiert etwas:"Mein Betreuer hat heute im Jugendamt Scheiße gelabert", "In der Niehlerstraße war gestern eine astreine Stimmung", "Auf der Zellensitzung wird heute abend überlegt, wie ich jetzt endlich meine Papiere bekomme", "Der SSK macht nächste Woche ein Go-In ins Jugendamt".
Die Tendenz dieser Struktur ist klar: Die Identifikation mit Personen wird, wenn nicht verhindert, so doch abgelöst, indem eine andere Identität ständig an Gewicht zunimmt: die Gruppenidentität. Daraufhin sind die Strukturen gerichtet, auch in anderer Hinsicht: Es ist grundsätzlich möglich, den Jugendlichen in jeder Ebene in die SSK-Arbeit einzubeziehen. So ist es nicht selten, daß ein Jugendlicher mit längerer SSK-Erfahrung einen Neuen zum Jugendamt begleitet und ihn dort vertritt, daß er Verhandlungen mit Behörden führt, den SSK vertritt.
Entscheidend ist nun nicht allein, daß anstelle der Identifizierung mit dem "Erzieher" die mit der Gruppe tritt, entscheidend ist, ob und wie die Gruppe die eigenen Interessen des Jugendlichen ausdrückt und vertritt, mit welcher Konsequenz das geschieht, ob der Jugendliche Einflußmöglichkeiten auf sie hat.

Das Kontaktzentrum

Seit dem Sommer 72 war klar, daß das Kontaktzentrum genehmigt und Wirklichkeit werden würde. Der Minister für Arbeit und Soziales hatte nach einen Go-In eine Verfügung erlassen, die dem SSK rechtlich eine Sonderposition einräumte: Wir waren nicht verpflichtet, wie alle übrigen Institutionen, »entwichene Minderjährige« festzuhalten oder gegen ihren Willen zurückzuführen.

Mit dem Erlaß wurde unsere Arbeit legal, und das Jugendamt war zur Zusammenarbeit verpflichtet. Es zeigte sich aber, daß trotzdem noch Berge von Schwierigkeiten die Einrichtung verhinderten. Zuerst stellte sich heraus, daß es fast unmöglich war, ohne Eigenkapital ein geeignetes Haus zu besorgen. Das erste – ein ehemaliges Fabrikgelände – ging uns wieder verloren, weil die wiederum notwendigen Sonderentscheidungen vom Landesjugendamt bewußt hinausgezögert wurden. Im Winter erst gelang es, mit Hilfe einflußreicher Freunde und glücklicher Zufälle, ein Haus zu mieten, das allerdings wesentlich schlechter geeignet war als das vorherige Projekt. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt brachte aber außer den formalen Hindernissen noch andere und wichtigere ans Tageslicht: rechtliche und pädagogische. Es erwies sich bald, daß der Ministererlaß allein noch keine ausreichende Arbeitsgrundlage für den SSK sicherte.

Daß der SSK aus der Verpflichtung zum Festhalten und Rückführen herausgenommen war, war zwar bis dahin ein einmaliger Schritt in der Bundesrepublik. Es bedeutete aber nicht, daß die Jugendlichen beim SSK bleiben durften und rechtliche Sicherheit besaßen, denn jeder Polizist, der sie überprüfte, nahm sie selbstverständlich fest. Es bedeutete auch nicht, daß das Jugendamt die Jugendlichen finanziell unterstützte, denn das war von der Erlaubnis der Sorgeberechtigten abhängig. So stellten wir nach einem halben Jahr Zusammenarbeit fest, daß der SSK ca. 80 Jugendliche von der Straße geholt und aufgenommen hatte, daß aber nur für einen Bruchteil von ihnen Sozialhilfe gezahlt wurde. Im Durchschnitt war die Unterstützung des Jugendamtes weniger als 1,– DM täglich pro Jugendlichem. Dazu kam, daß es in den Fällen, in denen

das Jugendamt die Entscheidungsbefugnis hatte, immer wieder zu harten Auseinandersetzungen mit einzelnen Sachbearbeitern kam, weil diese von sich aus auf Rückführung ins Heim bestanden. Wenn schon mal die Genehmigung zum Aufenthalt beim SSK erteilt wurde, dann gewöhnlich unter skandalösen Auflagen. So wurde z. B. durch die Bank verlangt, daß binnen kurzem eine Arbeit nachgewiesen werden mußte, unabhängig davon, ob es eine gab, und unabhängig von der persönlichen Verfassung des Jugendlichen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt – 230,– DM monatlich – wurde auch nur für kurze Zeiträume bewilligt, 14 Tage oder 3 Wochen, so daß der Jugendliche immer wieder beim Jugendamt vorstellig werden mußte, um sich für die vergangenen zwei Wochen zu rechtfertigen, die Erfüllung der Auflagen nachzuweisen etc. Ein großer Teil der Sachbearbeiter zeigte zudem offene Feindschaft dem SSK gegenüber. Sie versuchten, die Betreuer aus dem Zimmer zu weisen, hetzten hinter dem Rücken der Jugendlichen und des SSK Eltern auf, schüchterten die Jugendlichen ein, wo sie sie alleine erwischten, verweigerten ständig notwendige Sonderzahlungen wie z. B. Fahrkarte zu den Eltern usw. Auch als Trägerverein wurden dem SSK besondere Schwierigkeiten gemacht. Er hatte nicht, wie alle anderen freien Träger, Akteneinsicht, im Gegensatz zu den andern Trägern verlangte man von SSK-Betreuern »fachliche Qualifizierung«. Insgesamt wurde der SSK wie ein Zusammenschluß von Asozialen behandelt.

Zu offenem Terror wurde die voll an uns ausgelassene Behördenstruktur schließlich, als der steigenden Zahl der Jugendlichen nicht durch neue Jugendamtsmitarbeiter entsprochen wurde und deshalb in den Fluren lange Warteschlangen entstanden. Teilweise mußten die Jugendlichen einen Tag vergeblich warten, im kalten Flur, ohne ausreichende Sitzgelegenheiten und am nächsten Tag wiederkommen. Auch wenn sie nur einen Krankenschein brauchten – der übrigens vielen verweigert wurde –. Das führte dann zwangsläufig dazu, daß die wartenden Jugendlichen unruhig wurden, daß es laut wurde und auch Aschenbecher oder Bilder beschädigt wurden. Diese Vorkommnisse wurden dann wiederum äußerst ernst von der Amtsleitung an den SSK herangetragen und zu Drohungen benutzt. Im Winter 73 wurde uns klar, daß auf diese Weise eine Zusammenarbeit mit den Jugendbehörden nicht möglich

und nicht auszuhalten war. Es war uns klar, daß eindeutige Absprachen und Verfahrensregelungen geschaffen werden mußten, um das kommende Kontaktzentrum arbeitsfähig zu machen.
Ein Go-In der Jugendlichen, in dem sich der angestaute Druck Luft machte, führte zu der Vereinbarung, daß eine Vollversammlung aller Jugendlichen und Mitarbeiter des SSK und aller Sachbearbeiter und der Leitung des Jugendamtes stattfinden sollte. Dort sollte über die Lage der Jugendlichen grundsätzlich diskutiert werden und über die dementsprechend richtige Behandlung ihrer Probleme. Die Amtsleitung hatte sich entschieden gegen diesen Vorschlag gesperrt, mußte aber schließlich nachgeben, weil die Jugendlichen sonst den Sitzungssaal besetzt halten wollten. Diese Vollversammlung wurde eine tiefgreifende Abrechnung der Jugendlichen und Betreuer des SSK mit der praktizierten behördlichen Jugendhilfe. Bis in Details wurden die erniedrigenden und demütigenden Umstände aufgezeigt, unter denen Hilfe – wenn überhaupt – zu erhalten war. Es wurde überdeutlich, wie die ganze Amtsmaschinerie über die wirklichen Probleme der Jugendlichen hinwegrollte, wie Gesetze, Verordnungen und die Haltung der Beamten sich gegen die Jugendlichen richteten. Das Ende war vor allem für die Amtsleitung peinlich. Sie hatte keinerlei Argumente mehr vorzubringen, keine Rechtfertigung fiel ihr ein für das, was sie täglich betrieb. Und schließlich begannen mehrere Sachbearbeiter – junge und alte –, sich mit dem SSK zu solidarisieren. Diese Versammlung hatte den erklärten sozialen und pädagogischen Bankrott des Jugendamtes zur Folge.
Eine Kommission wurde eingerichtet. 5 Vertreter der Verwaltung, darunter 3 einfache Sachbearbeiter, und 5 Vertreter des SSK, darunter 2 Jugendliche, wurden beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen und ein Konzept für eine Zusammenarbeit zu entwickeln.
Die Kommission verabschiedete schließlich uneingeschränkt das Papier des SSK. Der Amtsleiter reichte es jedoch nicht, wie vorgesehen, an den Rat zur Beschlußfassung weiter, sondern erhob rechtliche Bedenken. Die Sache geriet auf die lange Bank, die Situation für den SSK verschärfte sich aber zusehends. Als seit längerem zugesagte neue Mitarbeiter für die zusammengebrochene Abteilung für ortsfremde Jugendliche

Kölner Presse 17.4.74

Mitglieder des Vereins „Sozialpädagogische Sondermaßnahmen"

drangen ins Rathaus ein

Kölner Stadt-Anzeiger

Ungebetene Gäste in Burauens Zimmer

Kritik an Finanzierung der Betreuung Jugendlicher

Sit-in im Amtszimmer des Oberbürgermeisters: die SSK-Leute saßen auf Sesseln und Boden. Foto: Herchenbach

„Ich dachte, das wäre nur eine Schulklasse"

Betreuer von Fürsorge-Zöglingen besetzten Rathaus – Zum Essen eingeladen

NRZ

OB-Zimmer im Kölner Rathaus besetzt

Jugendliche wollten gegen unzureichende Sozialmaßnahmen „protestieren"

zentrum, das am 1. 8. 1973 eröffnet werden sollte. Er ist ein Einbruch in die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik, eine stellenweise Aufhebung des allgemein herrschenden totalen Elternrechts. Der Jugendliche entscheidet danach letztlich selbst, ob er zurück in die Verhältnisse geht, aus denen er gekommen ist, oder ob er beim SSK bleiben will. Das Jugendamt ist danach dazu verpflichtet, die Entscheidung des Jugendlichen rechtlich und finanziell abzusichern. Dieser Vertrag war eindeutig nicht dem pädagogischen Bereich zugeordnet – wie etwa die Genehmigung zum Betrieb des Kontaktzentrums. Er richtete sich an die soziale Gruppe der obdachlosen Jugendlichen und galt unterschiedslos für jeden, der auf der Straße lag. Er bedeutete, daß die obdachlosen Jugendlichen als hilfsbedürftige Gruppe anerkannt wurden, daß ihnen ein Recht auf Hilfe ihrer Lage entsprechend zugesichert wurde. Sein sozialpolitischer Inhalt und Charakter machte ihn zu einem Vorstoß in der Sozialordnung der Bundesrepublik, der im Bereich der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Die in ihm gefaßte Regelung reicht weit über die gegenwärtigen Verhältnisse und Rechtspraxis und auch weit über beabsichtigte Reformen im neuen Jugendhilferecht hinaus.

Zum ersten Mal waren hier Grundrechte für die soziale Schicht der obdachlosen Jugendlichen durchgesetzt, nicht Sondervergünstigungen für einen kleinen Kreis Auserwählter wie bei den progressiven pädagogischen Modellen.

Mit diesem Vertrag war aber auch ein Sprengsatz in die Verwaltung und in die allgemeine institutionelle Jugendhilfe gelegt. Denn offenkundig war die Kölner Verwaltung nicht in der Lage, auch nur die Hälfte der in Köln lebenden obdachlosen Jugendlichen minimal zu versorgen. Der Vertrag aber galt für alle. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung wurde der Vertrag auch vom Rat beschlossen. Vor der Presse feierten ihn Verwaltungsspitze und Ratsvertreter als große soziale Pioniertat. Der SSK wurde von einer Welle öffentlichen Wohlwollens überspült. Man rühmte unseren jahrelangen harten Einsatz und lobte die Stadt für ihren mutigen Schritt. »EXPRESS« veröffentlichte eine Serie über die Schicksale einzelner Jugendlicher.

Die Folgen des Vertrages waren unmittelbar zu spüren: Beim SSK kamen scharenweise neue Jugendliche an – Wohnungen und Arbeitsplätze waren aber trotz Zusagen seitens der Stadt nicht zu bekommen.

Das 1. mal ARBEIT

Verfahren der Zusammenarbeit zwischen SSK und Jugendamt der Stadt Köln

I. Kontaktaufnahme und vorläufige Abklärung

Nach Eintreffen des Jugendlichen teilt der SSK dem örtlichen Jugendamt unverzüglich unter vollständiger Personalangabe die Aufnahme des Jugendlichen mit. Falls am ersten Tage eine Verbindungsaufnahme tatsächlich unmöglich ist, erfolgt die Mitteilung am Morgen des nächsten Arbeitstages. Das Jugendamt gibt Mitteilung an Heim, Sorgeberechtigten usw., wo sich der Jugendliche befindet und erklärt, daß innerhalb von 48 Stunden ein Gespräch mit dem SSK stattfindet.

Der SSK führt ein Gespräch mit dem Jugendlichen und nimmt ein Protokoll auf. Betreuer u. Jugendlicher sprechen binnen 48 Stunden mit dem zuständigen Sachbearbeiter im Jugendamt, übergeben einen Bericht und sprechen das weitere Vorgehen bezüglich Aufklärung u. etwaiger Maßnahmen für die nächsten 12 Tage ab, zum Beispiel Einholen von Informationen bei den Erziehungsberechtigten, bei Jugend- oder anderen zuständigen Behörden. Wenn im Verlaufe der 14 Tage keine Lösung zustande kommt, die eine Übereinstimmung zwischen Jugendlichen, SSK, Jugendamt u. Erziehungsberechtigten erbringt, wird das Jugendamt spätestens am 14. Tag beim Vormundschaftsgericht einen schriftlichen Antrag stellen, eine vorläufige Regelung für eine Beobachtungszeit von 4 Wochen zu treffen. Auszahlung von 160,-- DM am 3. Tage (40 DM für die ersten 2 Tage, 120,-- DM für weitere 12 Tage).

II. Endgültige Abklärung

Innerhalb der nächsten vier Wochen erfolgt eine gemeinsame Abklärung durch das Jugendamt, den SSK und dem Jugendlichen gem. der vorherigen Absprache. Der SSK erstellt einen schriftlichen Bericht über das Ergebnis der Ermittlungen und macht Vorschläge; für das weitere Vorgehen auf Wunsch von SSK oder Jugendamt kommt der "Fall" in das Teamgespräch. Ein solches Teamgespräch sollte regelmäßig zwischen den zuständigen Mitarbeitern des Jugendamtes, SSK-Betreuern und Jugendlichen stattfinden. Seitens des SSK nehmen an dem Teangespräch bis zu drei für einen Zeitraum von wenigstens drei Monaten zu wählende Mitglieder sowie in Einzelfällen der zuständige Betreuer u. der Jugendliche teil.

Auszahlung am 14. Tage von 120,-- DM für die vergangenen 12 Tage u. Vorauszahlung von 280,-- DM für vier Wochen. Am Ende der 6. Woche Restzahlung von 280,-- DM.

III. Verlängerung

War es nicht möglich, innerhalb der vergangenen 6 Wochen eine endgültige Lösung zu erarbeiten, kann eine Verlängerung der Betreuungszeit um jeweils 14 Tage erfolgen. Zu Beginn der Verlängerung werden 140,-DM ausgezahlt, am Ende der Verlängerung rückwirkend weitere 140 DM.

11.5.

gez. Kessler gez. Walter Dörken

Die Verwaltung geriet bereits binnen kurzem in starke Bedrängnis. Einmal brach das Jugendamt an der Basis völlig zusammen, so daß SSK-Betreuer wesentliche Aufgaben der Sachbearbeiter mit übernahmen, damit die dringlichsten Formalitäten erledigt werden konnten. Anträge und Bewilligungen wurden teilweise von demselben SSK-Betreuer ausgefüllt, der zuständige Sachbearbeiter kam kaum mit den Unterschriften hinterher.
Die Leitung der Sozialverwaltung und vor allen Dingen der Dezernent wurden im folgenden halben Jahr völlig von den Auswirkungen des Vertrages in Anspruch genommen. Gerichte, einflußreiche Eltern, andere Jugendbehörden verlangten »ihre« Jugendlichen zurück, schrieben Beschwerden, weil das Kölner Jugendamt die Amtshilfe verweigerte, zogen schließlich vor Gericht. Innerhalb der Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen war heller Aufruhr. Die Kölner Verwaltungsspitzen gerieten zunehmend unter Beschuß.

Das Kontaktzentrum als Einrichtung der Jugendhilfe

Als am 15. August 1973 das Kontaktzentrum in der Vorgebirgsstraße in Köln eröffnet wurde, war seine genehmigte Konzeption bereits zur Farce geworden. Es begann seine offizielle Arbeit als Einrichtung für 40 Jugendliche, dafür wurden ca. 30 Betreuer eingestellt. In Wirklichkeit arbeiteten diese bereits unter Hochdruck. Am Salierring war inzwischen längst ein ganzes Haus mit 60 Jugendlichen belegt, in unzähligen Wohnungen der Stadt waren Jugendliche untergebracht. Den genehmigten 40 Plätzen standen an die 200 Jugendliche gegenüber, die tatsächlich beim SSK waren.
Das Haus am Salierring war ein ehemaliges Hotel, in dem ursprünglich vom Jugendamt und seit dem Frühjahr vom SSK einige Jugendliche untergebracht waren. Der Hotelier hatte im Mai auf unsere Bitten hin alle Jugendlichen des SSK, die in seinen verschiedenen Absteigen wohnten, in »Hotel Astor« konzentriert. Es war binnen kurzem doppelt überbelegt. Der Besitzer kassierte für jeden Jugendlichen den Hotelsatz von 24,50 DM vom Jugendamt, der SSK bekam für Essen und alle weiteren

Lebenshaltungskosten und Betreuungsaufwand 10,– DM täglich. Um diesen üblen Zustand zu beenden und weil der Hotelbesitzer seine minimalen Leistungen noch reduzierte, beantragten wir eine Anerkennung als zweites »Kontaktzentrum« für das »Hotel Astor«, denn so hätten die Hotelkosten von 40 bis 50 Tausend Mark monatlich auf eine ausgehandelte Miete von monatlich DM 5000,– gesenkt werden können.

Wir hatten gespürt, daß eine Grenze erreicht war, das »Astor« hatte keine Aussicht mehr, als offizielle Einrichtung anerkannt zu werden. Beim ersten Besuch der Heimaufsicht im Kontaktzentrum führten wir auch das »Astor« offiziell als Einrichtung vor und beantragten dessen Anerkennung. Der Landschaftsverband antwortete darauf mit einem Schließungsantrag beim Minister.

Wir erlebten, daß die Zusammenarbeit mit den Behörden auf höherer Ebene an seine Grenze stieß. Das Kölner Jugendamt war seit Abschluß des Vertrages handlungsunfähig und hatte die Kontrolle über den SSK und die Vorgänge im eigenen Haus verloren. Pausenlos brachte der SSK neue Jugendliche an und marschierte so über die verwirrte und in sich zerstrittene Schar der Sachbearbeiter hinweg, während der Dezernent und die Spitze der Verwaltung von den rechtlichen und politischen Folgen des Vertrages überrannt wurden.

Erst als die übergeordnete Behörde Landesjugendamt mit der tatsächlichen Zahl der Jugendlichen konfrontiert wurde, wurde die SSK-Bewegung gestoppt.

Die Reaktion des Landesjugendamtes Ende August 73 traf zusammen mit anderen Bestrebungen auf der politischen Ebene, die sich bereits deutlich auf drastische Einschränkung der SSK-Arbeit oder sein Verbot richteten.

Die »Rundschau« und die CDU waren schon kurz nach Abschluß des Vertrages völlig umgeschwenkt. Als sichtbar wurde, daß der SSK den Vertrag nicht dazu benutzte, die vorhandenen Wohngemeinschaften finanziell abzusichern, sondern dazu immer neue Jugendliche aus dem Untergrund zu holen und den Behörden zu präsentieren, schossen sie sich auf den SSK ein. Die Hilflosigkeit der Verwaltungsspitzen kam ihnen gelegen, konnten sie daran doch die Unfähigkeit der SPD nachweisen und sich als Ordnungskräfte ins rechte Licht setzen.

Die »Rundschau« und die Kirchenzeitung unternahmen in der Folgezeit alles, um die Situation anzuheizen. Mit pausenlosen neuen Angriffen gegen den SSK und die SPD-Verwaltungsspitze versuchten sie, eine eventuelle Lösung der offenen Probleme zu verhindern und die Stadtverwaltung in den Bankrott zu treiben.
Die Kirchenzeitung identifizierte den SSK als linksradikale, anarchistische Organisation, die den Umsturz betreibt und forderte in faschistischer Manier die Bevölkerung zur Selbstjustiz auf: Sie rief nach dem Arzt, »der endlich auf beiden deutschen Augen furchtlos den ideologischen roten Star sticht«.
Andere Behörden gaben der CDU Flankenschutz. Das CDU-beherrschte Liegenschaftsamt rückte keine einzige seiner leerstehenden Wohnungen heraus und blockierte so Abflußmöglichkeiten für die SSK-Häuser. Die Polizei ging nach anfänglichem Stillhalten zunehmend über die mit dem Sozialdezernenten vereinbarte Zusammenarbeit hinweg und führte auf eigene Kappe Jugendliche zurück. Bei geringsten Anlässen ging sie mit Großeinsätzen gegen die SSK-Häuser vor, festgenommene Jugendliche und Kinder wurden wie Schwerverbrecher behandelt und teilweise geprügelt.
Unter dieser Zermürbungstaktik brachen die Sozialverwaltung und die SPD endlich zusammen:
Im August war es zu einer Prügelei mit Polizeibeamten vor dem »Hotel Astor« gekommen. Wieder einmal erschienen Beamte im Haus, angeblich, weil sie zwei jugendliche Radiodiebe suchten. Die Beamten marschierten, ohne sich um die Betreuer zu kümmern, durchs Haus und nahmen schließlich den erstbesten Jugendlichen, der ihnen verdächtig vorkam, fest und schleppten ihn in einen Streifenwagen. Draußen hatten sich Jugendliche gesammelt. Ein Dreizehnjähriger machte eine »freche Bemerkung« und wurde daraufhin auch noch verhaftet und in den Wagen gesteckt. Als ein Betreuer wütend protestierte, bekam er einen Schlag mit der Faust ins Gesicht, er wehrte sich und wurde dann von zwei Beamten am Boden liegend verdroschen. Die Jugendlichen griffen ein, und es entstand eine Prügelei. Währenddessen ergriffen die Kinder im Streifenwagen die Gelegenheit beim Schopf und rissen aus. Das war der Anlaß für einen Großeinsatz der Polizei. Der offizielle Grund war

Kölnische Rundschau

15.5.73

Jugendamt und SSK rauften sich zusammen

Gemeinsame Kommission fand Regelung für Zuschüsse

Kölner Stadt-Anzeiger

18.5.73

CDU: Scharfe Attacke gegen Verwaltung

Schleppende Arbeit vorgeworfen

Kölnische Rundschau

18.7.73

Krawall im Jugendamt

SSK randalierte – Die Polizei mußte geholt werden

Kölnische Rundschau

21.7.73

Hotel Astoria am Sellerring: Ein ganzes Haus für Fürsorgezöglinge genutzt. Foto: Bittig

Betreuung der Zöglinge wird immer kritischer

Die Stadt aber finanziert den SSK weiter – Kripo macht sich Sorgen

Eine riesige Menschenmenge sammelte sich vor dem Hotel Astor, in dem 50 Jugendliche der SSK wohnen. Bild: Schiestel

Straßenschlacht nach Jagd auf Einbrecher!

Polizei: Freunde befreiten Verdächtige

Von GÜNTHER BRAUN

exp Köln — Straßenschlacht vor dem SSK-Quartier am Sallerring! Bei der Jagd nach zwei Einbrechern nahmen Polizeibeamte gestern nachmittag zwei Bewohner des „Hotel Astor" fest. Doch Minuten später entkamen die beiden wieder aus dem Streifenwagen. Ein Polizist, der sie verfolgte, geriet unter die Straßenbahn.

Express 7.8.73

»Gefangenenbefreiung«. Immer mehr Streifenwagen kamen. Als ein Beamter vor eine Straßenbahn lief, wurde eine Hundertschaft eingesetzt. Diesen Beamten hatte man vor ihrem Einsatz gesagt, der SSK hätte einen Kollegen erschlagen. Entsprechend gingen sie dann vor. Jugendliche und auch Betreuer wurden brutal zusammengeschlagen. Im Präsidium wurden die Festgenommenen durch ein Spalier von Polizeibeamten getrieben, durch Schläge und Arschtritte vorwärtsbefördert.

Die Jugendlichen hatten sich schließlich in ohnmächtiger Wut im »Astor« verbarrikadiert. Die Polizei bereitete die Stürmung vor, der Sa-

lierring sah aus wie im Bürgerkrieg. In letzter Minute wurde die Stürmung durch den Hotelbesitzer verhindert, die Aktion hatte aber politisch ihren Zweck erreicht.
Die »Rundschau« klotzte mit Schlagzeilen und Kommentaren, schob in den folgenden Tagen Artikel nach, durch die die Nachbarschaft und die Bevölkerung in Angst und Panik versetzt wurden.
Die CDU griff die so erzeugte Stimmung auf, vor allem die »Rundschau« hatte einer vorher kleinen »Bürgerinitiative« starken Aufwind verschafft. Im Namen der Bevölkerung beantragte sie eine Sondersitzung des Hauptausschusses, um eine Schließung der SSK-Häuser durchzusetzen. Die Parlamentsvertreter wurden aus den Ferien geholt.
Die Sozialverwaltung und die SPD traf das mitten in ihrem verzweifelten Bemühen, praktikable Lösungen für den Vertrag zu finden.
Nach dem ersten Jubel um die Vereinbarung hatte man weitschweifende Pläne gewälzt, die auf eine grundsätzliche Neuorientierung der Arbeit des gesamten Jugendamtes hinausliefen. Der Dezernent reiste inzwischen zu verschiedenen überörtlichen Konferenzen und versuchte dort, ähnliche Initiativen in anderen Städten ins Leben zu rufen, um den Druck der Jugendlichen zu verteilen. Man sah sich als die Reformspitze der Jugendhilfe und benutzte alle Kanäle für den Versuch, den Vertrag vom 11. 5. 1973 bundesweit durchzusetzen.
Wie weitreichend die Pläne und Hoffnungen der Jugendamtsreformer waren, wissen wir heute ganz klar aus einem internen Papier der Sozialverwaltung. Darin werden Überlegungen angestellt, ob das Jugendamt in Zukunft auf FE (Fürsorgeerziehung) und FEH (Freiwillige Erziehungshilfe) ganz verzichten solle und ob geplante und in Vorbereitung befindliche Projekte wie ein städtisches Mädchenaufnahmeheim nicht aufgegeben und die vorhandenen Mittel sowie das Personal in die SSK-Arbeit eingebracht werden sollten. Es ist nicht zu übersehen, daß die Sozialverwaltung und auch wohl die SPD-Mehrheit zu der Zeit glaubten, auf den Knochen des SSK als mutige Reformer ins öffentliche Rampenlicht treten zu können. Anstatt den SSK frühzeitig zu bremsen, ging man offenbar unbekümmert davon aus, daß der SSK selbst nach einer gewissen Zeit »seine Grenzen« erkennen und zur erfolgreichen Zusammenarbeit bereit sein werde.

Dezernat V 10. 8. 1973

Schreiben: ab: Vertraulich

Herrn Oberstadtdirektor

Ich bestätige Ihr Schreiben vom 8. 8. 1973, mit dem Sie mich unter Bezugnahme auf das beigefügte Rechtsgutachten des Rechtsamtes dazu auffordern, die Zusammenarbeit mit dem SSK künftig daran auszurichten.

Bevor ich meine Mitarbeiter anweise, entsprechend der Meinung des Rechtsamtes ab sofort nicht mehr nach der Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem SSK zu verfahren, bitte ich Sie, die Tatsache zu bedenken, daß die genannte Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem SSK durch Dringlichkeitsentscheidung vom 22. 5. 73 und bestätigenden Ratsbeschluß vom 7. 6. 73 ausdrücklich ratifiziert worden ist. Ebenso hat der Jugendwohlfahrtsausschuß die Vereinbarung in seiner Sitzung vom 4. 6. 73 zustimmend zur Kenntnis genommen. Wenn Sie mit dem Rechtsamt der Meinung sind, die Vereinbarung sei rechtswidrig, müssen die genannten Beschlüsse des Rates und seiner Gremien aufgehoben werden.

Zu der Frage der Rechtmäßigkeit der Vereinbarung werde ich in Kürze noch detailliert Stellung nehmen, nachdem eine erste Überprüfung des Gutachtens aus dem Rechtsamt durch den Justitiar meines Dezernats erhebliche Bedenken gegen die rechtliche Haltbarkeit der Begutachtung ergeben hat.

Unbeschadet dieser Rechtsfragen bitte ich Sie eindringlich, zu bedenken, welche Folgen es haben wird, wenn ich entsprechend Ihrer Anweisung die Vereinbarung mit dem SSK unverzüglich aufkündige. Die Reaktionen des SSK sind, wie etwa die Besetzung des OB-Büros und die jüngsten Auseinandersetzungen vor dem Hotel Astor dartun, zumindest insofern vorhersehbar, als unkontrollierbare Großaktionen mit Besetzungen etc. erwartet werden müssen. Ich bitte Sie zu überlegen, ob wir die daraus resultierenden öffentlichen Auseinandersetzungen sachlich und politisch durchstehen können und wollen.

Überdies muß berücksichtigt werden, daß solche praktisch unvermeidbar bevorstehenden spektakulären Auseinandersetzungen an den materiellen Problemen, der Notsituation nun einmal in Köln anwesenden obhutbedürftigen Jugendlichen nicht nur nichts ändern, deren Bewältigung vielmehr erheblich erschweren wird.

Angesichts dieser Problemsituation möchte ich vorschlagen, die angelaufenen parlamentarischen Beratungen und eine für die nächste Woche angesetzte Besprechung bei mir mit dem SSK abzuwarten, ehe ich die Methoden und Inhalte der Zusammenarbeit mit dem SSK ändere.

Brief des Sozialdezernenten Körner

Aus der Hauptausschußsitzung vom 14.8.74

RM Hellmich (CDU) begrüßt die Entscheidung des Oberstadtdirektors, die zeige, daß nicht - wie kritische Beobachter glaubten - die ganze Stadtverwaltung und die entsprechenden Organe Gefangene einer SSK-Situation seien. Diese Entscheidung und das, was RM Wendland namens seiner Fraktion als Konzeption vorgetragen habe, beweise, daß die entscheidenden Stellen in dieser Stadt von dieser Befangenheit noch frei seien.

Diese Unbefangenheit sei aber nicht im Bereich des Beigeordneten Körner gegeben. Dazu hätten die Argumente maßgeblicher Mitarbeiter beigetragen, und auch Beigeordneter Dr. Lehmann-Grube habe von Interessenkollision gesprochen. Wenn der Bürgerschaft eine weitere Zusammenarbeit zugemutet werden solle, müsse auch hier eine saubere Verwaltung gegeben sein. Das für das Abkommen mit dem SSK erstattete Gutachten sei von der Stadtverwaltung erarbeitet worden; seiner Meinung nach unter Interessenkollision, vermutlich sogar unter Verletzung der Beamtenpflichten...~~Man könne nicht~~

...

Er glaube nicht an das Vorliegen eines pädagogischen Konzepts des SSK. Das, was hierüber vorliege, könne man auf den Satz verkürzen, die Gesellschaft müsse den Bedürfnissen des obdachlosen Jugendlichen angepaßt werden, der kraft eigener Entscheidung obdachlos geworden sei. Für ihn ergäben sich hier Assoziationen mit Konzepten aus dem Heidelberger Patientenkollektiv, in denen behauptet werde, daß nicht der Gesunde, sondern der Kranke der Normale sei.

Dr. Meyer (CDU)

Was das pädagogische Konzept des SSK betreffe, so verweise er auf dessen letztes Schreiben, auf Äußerungen der Betreuer und auf eine im Kontaktzentrum Vorgebirgsstraße ausgelegte Broschüre "Die Rote Hilfe".

NRZ

18.9.73

Stadt will in großem Stil obdachlosen Jugendlichen helfen

Alternative zur „Straße“

Von CHRISTA BECKER

Mit einem ungewöhnlichen Schuldbekenntnis betonte SPD-Ratsmitglied Franz Wendland den Willen seiner Fraktion, für obdachlose Jugendliche (etwa 1000 in Köln) mehr zu tun als in bundesdeutschen Großstädten sonst üblich. Nämlich jährlich etwa zwei Millionen Mark für eine unkonventionelle, progressive und unbequeme Form der Jugendhilfe, eine „Alternative zur Straße“, auszugeben. Es sei allerhöchste Zeit, eigentlich schon zu spät, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, erklärte er, und sowohl Rat wie Verwaltung hätten zu lange „das Problem, auf das der Verein SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) immer wieder hingewiesen hätte, auf die leichte Schulter genommen“. Was der Jugendwohlfahrtsausschuß gestern verabschiedete, einmal eine modifizierte Hilfe für den SSK, vor allem aber ein großzügiges eigenes Modell mit einer Kette von Einrichtungen, entspricht in seiner Bedeutung (wenn es auch nicht so teuer ist) durchaus dem 100-Millionen-Programm zur Beseitigung der Obdachlosigkeit.

Kölnische Rundschau

18.9.73

Endlich: Die Stadt will Gegenplan zum SSK

„Körner-Modell“ wurde einstimmig gebilligt

Kölner Stadt-Anzeiger

18.9.73

In der Betreuung auf neuen Wegen

Sonderhilfe für Jugendliche im Ausschuß

Das Ergebnis der Hauptausschußsitzung und der kurz darauf anberaumten Jugendwohlfahrtssitzung: Ein städtisches Modell, das den SSK ablösen soll, wird beschlossen.

Die »Astorprügelei« und die daraufhin von der CDU durchgesetzte Sondersitzung schlugen deshalb wie eine Bombe bei der Sozialverwaltung ein. Hinzu kam, daß der Oberstadtdirektor, von den massiven öffentlichen Angriffen aufgeschreckt, bereits Ende Juli den Sozialdezernenten angewiesen hatte, kurzerhand den Vertrag aufzuheben. Die linke SPD und der Dezernent sperrten sich empört gegen diesen »Dolchstoß«, der SPD-Fraktionsvorsitzende warf dem Oberstadtdirektor noch in der Hauptausschußsitzung »politisch instinktloses Handeln« vor. Auf eindringliche Warnung des Dezernenten hin zog der Oberstadtdirektor seine Anordnung wieder zurück. (Es sei fraglich, ob die Verwaltung die zwangsläufige »Auseinandersetzung mit dem SSK vor der Öffentlichkeit durchstehen könne«, und er brauche etwas Zeit, um den SSK »zu einem brauchbaren Partner aufzubauen«.)
Hektisch begann man in der Sozialverwaltung, eine neue Basis für die begonnene Arbeit zu suchen. Die ursprünglichen Pläne der SPD-Reformer waren durchkreuzt. Die reaktionären Kräfte in Köln bliesen zum Todesstoß gegenüber dem SSK, der SPD-Stadtverwaltung gab man die Verantwortung.
Unbedingt aber wollte man vermeiden, den SSK mit einem spektakulären Schlag zu beseitigen und den Vertrag einfach wieder zu zerreißen. Es war klar, daß in diesem Fall die CDU-Taktik voll aufgehen würde und die SPD als ungeordneter, verantwortungsloser und regierungsunfähiger Chaotenhaufen auf der Strecke geblieben wäre. Man versuchte zuerst beschwörend und dann drohend, den SSK zu einer Vereinbarung über eine Kapazitätsbegrenzung zu bewegen, um dann möglichst in Ruhe und im kleinen Rahmen das Kontaktzentrum als pädagogisch und wissenschaftlich qualifiziertes Modell aufzubauen.
Darauf baute dann auch die SPD-Strategie im Hauptausschuß auf. Ihre Vertreter wiesen auf die im Vertrag festgelegte Mitverantwortung des Jugendamtes hin, auf die noch nicht vorhandenen eigenen Alternativen, die Verweigerungen der etablierten »freien Träger« und darauf, daß der Vertrag vom 11. 5. 73 eine grundsätzliche »Neuorientierung« des Jugendamtes bedeute, die »tiefgreifende Umstellungen erfordert, die nicht angeordnet, sondern angenommen und eingeübt werden müssen«. Es gelang der SPD auf diese Weise, die äußerst erregte Hauptaus-

schußsitzung ohne Gesichtsverlust zu überstehen und Beschlüsse im Sinne der Sozialverwaltung zu erreichen:

1. Die Verwaltung wurde grundsätzlich auf eine eigene Realisierung dieses »neuen Jugendhilfebereichs« festgelegt. Es wurden die Weichen für ein großes beispielloses städtisches Alternativmodell gestellt und Millionen dafür freigemacht. (Auf einer Jugendwohlfahrtssondersitzung am 17. 9. 73 wurde das endgültig besiegelt).
2. Der SSK wurde zu einer Kapazitätsbegrenzung verpflichtet, in dem Maße allerdings, wie die Stadt im Rahmen des eigenen Modells neue Einrichtungen schafft.
3. Darüber hinaus wurde der Vertrag vom 11. 5. in seiner rechtlichen Konsequenz auf den Rahmen des herrschenden Elternrechts gestutzt, so daß die Aufnahme eines Jugendlichen von der Zustimmung der Sorgeberechtigten abhängig wurde.

In der Folgezeit bemühte sich die Sozialverwaltung, an der Spitze der Dezernent, den SSK zu einer Kapazitätsbegrenzung zu zwingen. Die Angriffe der Reaktionäre ließ sie voll auf den SSK prallen, die Polizei wurde in ihren Angriffen unter den Augen des Dezernenten immer brutaler und war bald dabei, die Grundbedingungen für Sozialarbeit überhaupt zu zerschlagen. Der Dezernent nahm das kommentarlos hin, blies sogar mit in das Horn, als die Polizei den SSK in einer Presseerklärung unterschwellig als kriminelle Bande hinstellte. Zwei Kinder des SSK waren auf gemeinsamen Diebeszug mit Zweien aus städtischen Einrichtungen erwischt worden, die Schlagzeilen sprachen entsprechend der Presseerklärung der Polizei von »SSK-Bande«.

Wir sahen, daß die Weichen gestellt waren: Die CDU und die ihr nahestehenden Kreise betrieben die völlige Zerstörung des SSK, die SPD und ihre Reformer brauchten ihn noch als Steigbügelhalter für ihr eigenes »Reformmodell«. Es lag auch in ihrem Interesse, ein spektakuläres Verbot des SSK zu vermeiden, um vor der Bevölkerung nicht das Gesicht zu verlieren.

Deshalb kam es ihr gelegen, als der Minister intervenierte und in einem Erlaß den Vertrag vom 11. 5. 1973 teilweise aufhob. Die Rolle des SSK-Schlächters konnte sie vermeiden, sie wartete ab, bis der schwarze Peter ganz von anderen Instanzen übernommen wurde.

SOZIALPÄDAGOGISCHE SONDERMASSNAHMEN KÖLN e.V.

HILFERUF !!

SSK e.V. 5 Köln 1
VORGEBIRGSTR. 5
Tel.: 31 36 37

FORTSCHRITTLICHER TRÄGER DER FREIEN JUGENDHILFE VOR

VERBOT !

Erziehungsheime + Erziehungsmethoden in der BRD richten sich immer noch gegen die Interessen der Jugendlichen, besonders gegen die aus Arbeiterfamilien. Sie bedeuten Einschüchterung, Bedrohung und bringen oft soziale Vernichtung, wo Ermutigung, Schutz und Hilfe nötig wären.
Seit 4 Jahren kämpft in Köln der **SSK** gegen diese Zustände. Die Verhältnisse sind bekannt, kaum einer verteidigt sie noch, doch nur wenige kämpfen für ihre Veränderung. Seit 4 Jahren hat der **SSK** mit wachsendem Erfolg die Interessen der am schärfsten bedrohten Gruppe Jugendlicher – der sog. "STREUNER" – vertreten. Trotz 2-jährigem Vereinsverbot, trotz strafrechtlicher Verfolgung der Mitglieder, trotz Hetze, behördlicher Hilfeverweigerung und Schikanen hat der **SSK** sich durchgesetzt. In diesem Frühjahr wurden seine Vorstellungen als die richtigen anerkannt und vom Jugendamt der Stadt Köln übernommen, seine Konzeption genehmigt und seine Arbeit offiziell unterstützt.
Es würde eine Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem **SSK** getroffen, die jedem obdachlosen Jugendlichen das Recht auf Hilfe garantiert. Der **SSK** darf jeden aufnehmen und braucht keinen, der Schutz verlangt, auszuliefern an Polizei, Heime oder Eltern.
Da das Elend der obdachlosen Jugendlichen unüberschaubar groß ist, kamen Jugendliche in Massen. Der Druck auf **SSK** und Stadt Köln wuchs.

Der **SSK** ist aber nicht bereit, das Problem wieder zu verdrängen: Er weist keinen ab und nimmt jeden Bedürftigen auf. Jetzt wächst das Problem der Stadt Köln über den Kopf. Die rückschrittlichen Kräfte gewinnen die Oberhand – ein **SSK-Verbot** steht vor der Tür: angedroht vom Kölner Sozialdezernenten im Kölner Stadtanzeiger vom 29.9.75. Für 250 Jugendliche beim **SSK** ist die Zukunft direkt abgeschnitten, für andere besteht keine Hoffnung mehr Hilfe.

WIR BRAUCHEN EURE SOLIDARITÄT

Unsere Gegner müssen sehen, dass wir nicht alleinstehen! Nicht Argumente nicht unser Einsatz, nicht unsere Erfolge in der Arbeit lassen sie zurückschrecken.

Schreibt an: Minister f. Arbeit, Gesundheit und Soziales, 4 Düsseldorf, Postfach 1134
Sozialdezernent Herrn Körner, 5 Köln 1, Schaevenstr. 1 b
Rat der Stadt Köln, 5 Köln 1, Rathaus
Schickt uns Belegexemplare!

Protestiert und erklärt Eure Unterstützung für den **SSK**.
Zeigt ihnen, dass Ihr uns nicht alleinlasst.

SOLIDARITÄTSPREIS FÜR DIE DOKUMENTATION: DM 2,–
KONTO: STADTSPARKASSE KÖLN 66142951

Verantwortlich: M. Nolte, 5 Köln 60, Wirtsgasse 17

Jugendamt und Polizei diskutierten mit Helfern entwurzelter Jugendlicher

Sinkt das Boot des SSK?

Fronten verhärten sich – keine Einigung über Aufnahmebeschränkung

Von unserem Redakteur Wilfried Krause

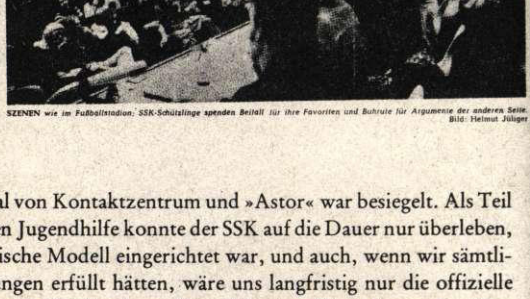
Die Argumente, die zur Sache von beiden Seiten kamen, sind hinreichend sattsam bekannt: Da fordert das Jugendamt eine Beschränkung der Aufnahmekapazität in den SSK-Häusern. Sozialdezernent Körner bringt das Beispiel vom Rettungsboot, das zehn Menschen faßt. „Man muß sich entscheiden, will man zehn Menschen retten oder soll man mehr aufnehmen und damit die Gewißheit haben, daß das ganze Boot sinkt?"

Dem hält der SSK entgegen, daß es noch viele Plätze im Boot der Stadt Köln gebe: „Wir hätten erwarten können, daß Sie uns besser helfen, daß Sie uns mehr Plätze zur Verfügung stellen, denn es gibt in Köln eine ganze Reihe von leerstehenden Häusern", meint Lothar Gothe.

Die dritte Front

Da sind als dritte Front aber schließlich jene, die auch betroffen sind vom „Unvermögen SSK" (so Körner): Nachbarn, Polizei, Jugendgerichte. Nachbarn waren nicht auf dem Podium, und so übernahm es Kripochef Werner Hamacher, ihre Interessen wenn schon nicht zu vertreten, so wenigstens anklingen zu lassen: „Was soll denn, bitteschön, die Polizei tun, wenn ein 80jähriger Mann überfallen wird, wenn einem zehnjährigen Jungen die Schuhe ausgezogen werden, die er erst nach Zahlung von 20 Mark zurückerhält, wenn in einem Geschäft eine Packung Zigaretten mit Packpapier bezahlt und anschließend auch noch Wechselgeld gefordert wird."

Wieder einmal zeigte sich am Dienstagabend im Forum der Volkshochschule, wie sich die Fronten zwischen dem SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahme Köln) auf der einen und Jugendamt und Polizei auf der anderen Seite verhärtet haben. Bei der Podiumsdiskussion, an der Sozialdezernent Körner und Kripochef Hamacher, Vertreter von Arbeitsamt, Paritätischem Wohlfahrtsverband und Jugendrichter Dr. Dries sowie Lothar Gothe und Rainer Kippe vom SSK teilnahmen, wurde aber auch deutlich, weshalb eine sachliche Aussprache zur Zeit so schwierig ist: Die Szenerie glich bisweilen mehr einem Fußballspiel als einer sachlichen Aussprache, wenn rund hundert SSK-Schützlinge im Auditorium ihren Favoriten Beifallsovationen brachten, während die Argumente der anderen Seite mit Zwischenrufen gestört oder gar gänzlich niedergebellt wurden.



SZENEN wie im Fußballstadion: SSK-Schützlinge spenden Beifall für ihre Favoriten und Buhrufe für Argumente der anderen Seite. Bild: Helmut Jüliger

Das Schicksal von Kontaktzentrum und »Astor« war besiegelt. Als Teil der offiziellen Jugendhilfe konnte der SSK auf die Dauer nur überleben, bis das städtische Modell eingerichtet war, und auch, wenn wir sämtliche Bedingungen erfüllt hätten, wäre uns langfristig nur die offizielle Funktion eines »Müllhaufens« der städtischen Einrichtungen geblieben. Das bekräftigte uns in der Haltung, eine angeordnete Kapazitätsbegrenzung zurückzuweisen und weiterhin jeden aufzunehmen, den wir noch unterbringen konnten. Wir schrieben eine Dokumentation, wiesen auf das bevorstehende SSK-Verbot hin und verbreiteten sie bundesweit. Der Stadt erklärten wir, daß wir weiterhin nach dem Vertrag vom 11. 5. arbeiten würden und wiesen auf ihr eigene Verantwortung hin für *alle* obdachlosen Jugendlichen. Die Argumente aus dem pädagogischen Bereich wiesen wir zurück, indem wir auf die mindestens tausend bedürftigen Jugendlichen in Köln pochten und auf die Notwendigkeit von Asylen. Auf einer Podiumsdiskussion am 9. 10. 73

prallten die Positionen öffentlich aufeinander. Um die Stimmung in der Öffentlichkeit gegen den SSK zu wenden, griff der Kripo-Chef Hamacher, bekannt als Kriminalautor und prominente Geisel, zu einer gezielten Manipulation. Er behauptete, daß die Straftaten in Köln durch den SSK um über 1000 im Monat gestiegen seien, obwohl – wie sich später herausstellte – die Kriminalstatistik eine Abnahme der Straftaten ausweist. Die Kulissen für den letzten Akt waren damit aufgestellt, der Ausgang des Dramas war sicher: SSK–Verbot und Schließung der Häuser. Aber um die Bedingungen wurde in der Folgezeit gerungen. Dem SSK ging es darum, das geplante langsame Auslaufen zu vermeiden und der SPD den spektakulären Schritt nicht zu ersparen. Wir wollten nicht die Verantwortung dafür mittragen, daß vor den Augen der Öffentlichkeit der tatsächliche Zustand staatlicher Sozialhilfe verschleiert wird und mit unserer Existenz für das unmerklich langsame Überleiten der erkämpften allgemeinen Rechte der obdachlosen Jugendlichen in ein Auserwähltensystem herhalten.

Zuerst hielt sich die Stadt noch an den Ratsbeschluß, entsprechende eigene Kapazitäten aufzubauen. Gleichzeitig begann sie aber schon, die Zahlungen für bestimmte Gruppen von Jugendlichen beim SSK einzustellen.

Mit großsprecherischen Ankündigungen eröffnete sie ein eigenes »Kontaktzentrum für Kinder«, als erstes Teilstück des neuen Modells. Gleichzeitig stellte sie alle Zahlungen für 15jährige und jüngere Kinder beim SSK ein. Sie ging auch nicht davon ab, als sich herausstellte, daß ihre Sozialarbeiter nicht einmal die Hälfte der betreffenden Gruppe aufnehmen konnten. Diese Einschränkungen gingen weiter. Eingestellt wurden die Zahlungen für Ausländer, dann für Volljährige und schließlich wurden die Bewilligungen von der Einwilligung der Sorgeberechtigten abhängig gemacht.

Im Dezember 73 wurde die Einrichtung für Kinder wieder geschlossen, weil trotz großzügiger materieller Ausstattung und einem Personal-Jugendliche-Verhältnis von fast 1 : 1 die Verhältnisse katastrophal waren. Die Kriminalität der 12 Kinder war höher als die der über 200 SSK-Jugendlichen – die Zerstörung, der Dreck, die Ruhestörungen übertrafen die SSK-Verhältnisse bei weitem.

Kölner Stadt-Anzeiger

6./7.10.73

Neues Heim vom Amt

Räume für Kinder aus SSK-Häusern stehen bereit

Von unserem Redakteur
Wilfried M. Krause

Die Räume, in denen das Jugendamt künftig die „SSK-Kinder" betreuen wird, führte Sozialdezernent Erich Körner auf dem Gelände des Pallenberg-Heimes gestern der Öffentlichkeit vor. Sechs Sozialarbeiter — zwei von ihnen mit zusätzlicher heilpädagogischer Ausbildung, zwei andere haben schon Heimerfahrung — sollen hier künftig jene 30 Kinder unter 14 Jahren betreuen, die zur Zeit in den Häusern der SSK („Sozialpädagogische Sondermaßnahme Köln") Unterkunft gefunden haben.

Wie berichtet, hat der SSK selbst eingeräumt, daß sein pädagogisches Konzept diese Altersgruppe nicht erfassen kann, und darum gebeten, für die Kinder eine Alternative zur Heimerziehung herkömmlicher Art zu schaffen. Das sei jetzt mit dem Angebot im Pallenberg-Heim geschehen, führte Körner aus.

Dezernent Körner Jugendamtleiter

Nach zwei Monaten wurde das großsprecherische eröffnete städtische Projekt (oben) verlegen als "SSK-Einrichtung" hingestellt und dann geschlossen (unten).

NRZ

17.12.73

Weidenpescher Bürger schimpfen auf SSK-Jugendliche

Misere: Pallenbergstift

Von CLAUS CLAUSEN

Das Thema „SSK" beherrschte wieder einmal die Diskussion eines Bürgervereins. Eingeladen hatten die Weidenpescher zu einer Bürgerversammlung über „aktuelle Probleme". Doch war es den Veranstwortlichen von Anfang an klar, daß sich diese Probleme nur auf den SSK („Verein Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln") bezogen, und zwar auf das Pallenbergstift in Weidenpesch, wo seit einigen Monaten zwei Jugendgruppen mit ihren Betreuern und Hilfsbetreuern untergebracht sind.

Obwohl die gesamte Kölner Presse die Verwaltung zu decken versuchte – sie sprach bei der städtischen Einrichtung nur von »SSK-Kindern« –, erkannte der Dezernent jetzt, daß seine Rechnung nicht aufging. Sein eigenes Modell konnte er neben der SSK-Konkurrenz nicht aufbauen, die Eröffnung wurde von Januar 1974 auf März verschoben. Es wurde klar, daß der SSK ohne die gefürchteten spektakulären Aktionen mit Polizei, Öffentlichkeit usw. nicht aus der Welt zu schaffen war. Auch die SPD richtete sich nun darauf ein und versuchte, wenigstens das größte Aufsehen zu vermeiden.
Da inzwischen eine Flut von Protestresolutionen aus der ganzen BRD bei Verwaltung und Rat eingegangen war, arbeitete Sozialdezernent Körner persönlich den ganzen Januar über eine städtische Dokumentation aus, um das kommende Verbot zu rechtfertigen.
In der Kölner Presse wurden in immer schnellerer Folge Artikel veröffentlicht, die auf den SSK einschlugen und der Bevölkerung das Verbot schmackhaft machen wollten. Die »Rundschau« vorneweg, die SPD-freundlichen Stadt-Anzeiger und NRZ schlossen sich bald an. Die Dozenten der Fachhochschule sprachen später öffentlich von einer Pogromhetze.
Jede Möglichkeit zur Angstmache bei der Bevölkerung wurde benutzt. So klotzte der »Express« – der im Sommer über noch eine »good-will«-Serie über den SSK gebracht hatte – mit einer ganzen Seite, als eine Hausdurchsuchung nach einem Mädchen erfolglos blieb. Der Kommentar bejubelte geradezu hysterisch das SSK-Verbot. Ein anderer Anlaß, den SSK vor der Kölner Bevölkerung als Verbrecherbande hinzustellen, war der Versuch eines Jungen aus dem Kontaktzentrum, mit zwei Freunden seine Freundin aus dem Aufnahmeheim Tempelstraße zu befreien. Dieses Heim ist übrigens vergittert. Die Mädchen vegetieren oft monatelang hinter Gittern, ohne Beschäftigung.
Am 11. Februar 1974 war eine Jugendwohlfahrtssitzung angesetzt. Dort sollte das Verbot ausgesprochen werden. Unbekümmert feierte die Presse vorweg bereits die Schließung der Häuser und vergaß ganz, die Grundregeln parlamentarischer Demokratie, nach denen erst nach einer Abstimmung im Parlament eine Entscheidung vorliegt und nicht bereits bei einem CDU-Antrag oder einer Verwaltungsäußerung.

Die Kölnische Rundschau bejubelt das SSK-Verbot bereits eine Woche vor der beschließenden Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschuß.

Kölnische Rundschau

16.1.74

Letztes Ultimatum an SSK: Stadt droht mit Schließung

Entscheidung fällt im Februar – Auch ausländische Straftäter aufgenommen

25.1.74

Stadt Köln droht dem SSK Sperrung des Geldhahns an

Konsequenz aus skandalösen Zuständen – Strenge Auflagen vorgeschrieben

4.2.74

Oberstadtdirektor Mohnen: „So geht es nicht weiter!"

FDP-Fraktionschef Dr. Winkler: „Miesester Art und Weise."

CDU-Fraktionschef Dr. Meyer: „Alle Zahlungen einstellen."

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Neumann: „Kanal ist voll!"

Der SSK verschwindet von der Bildfläche

CDU-Rathausfraktion fordert von der Verwaltung: Sofortigen Stopp der Zahlungen

HETZE IM BILDZEITUNGSSTIL: Die Boulevardzeitung „Express" bereitet die Bevölkerung auf eine gewaltsame Zerschlagung des SSK vor.

EXPRESS

29.1.74

Mädchen aus dem Heim freigeprügelt!

SSK-Stoßtrupp überwältigte Aufseherin

Von GERD ELENDT und WALTER SCHIESTEL (Fotos)

exp Köln — Der ruhige Fernsehabend in einem Mädchenwohnheim in Köln-Deutz wurde jäh gestört. Durch das Dachfenster sprangen plötzlich fünf junge Männer in den Raum. 25 Mädchen kreischten auf. Die Heimleiterin wurde brutal gegen die Wand geprügelt. 15 Minuten später war der Spuk vorbei. Ein Mädchen aber, die 14jährige Diane, fehlte.

Lich hat sie einen Brief aus dem Heim herausgeschmuggelt, in dem sie die SSK-Jugendlichen um ihre Befreiung gebeten hat.

Als sie das Heim verließen, drohten die Rowdys: „Wir kommen um 12 Uhr wieder!" Die Mädchen gin-

Wochenende, 2./3. Februar 19

Ausgerissen und beim SSK untergetaucht

13jährige vor der Razzia versteckt

Stadt: Der Laden wird jetzt dichtgemacht

Von GERD ELENDT

Jürgen C. Jagla

Meiner Meinung nach

Späte, zu späte Einsicht

Mit dem SSK geht es zu Ende. Wie notwendig dieses Ende geworden ist, können Sie jetzt — aber erst jetzt — nahezu in allen Blättern lesen. Und Sie hören es jetzt — leider erst jetzt — im ganzen Rathaus und bei allen Fraktionen.

So deutliche Worte wie in diesen Tagen vernahmen Sie vor einem halben Jahr weder bei der SPD noch bei der CDU, schon gar nicht bei der FDP.

Der Oberstadtdirektor, erster Mann der Stadtverwaltung, wagte in der Öffentlichkeit mit keinem Wort gegen den SSK aufzumucken. Obwohl er mit dieser Einrichtung genug Ärger hatte. Parteidisziplin und öffentliche Verantwortung sind eben zweierlei.

In der SPD-Fraktion fielen schon seit langem harte Worte gegen das unsinnige Experiment. Aber hinter verschlossenen Türen. Draußen gab man sich — so nennt man es heute — progressiv.

In der CDU-Fraktion gab es viel Unbehagen. Aber beim SSK-Start war man dabei. Man wollte nicht — so nennt man es heute — „in der schwarzen Ecke stehen". Als ob alles, was nicht rot ist, gleich schwarz sein muß.

Die FDP machte sich noch vor zwei Wochen für den SSK stark. Und schiebt jetzt alle Schuld am gescheiterten Experiment der Stadtverwaltung zu. Sicherlich die leichteste, aber ebenso auch die am wenigsten überzeugende Methode.

Mir ist auch kein deutliches Wort der Kritik des Landschaftsverbandes an den SSK-Vorgängen in Erinnerung. Was Hörfunk und Fernsehen des WDR über den SSK sendeten, geschah im devoten Stil der Berichterstattung eines Bauernkalenders über ein Nonnenkloster.

Vergeblich wartete man auf eine öffentliche Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dem der SSK angeschlossen ist. Und Kölns Lehrergewerkschaft plädierte noch vor zwei Wochen für den SSK. Im Auftrage der Kölner Lehrer?

Nun, da es keine Illusionen mehr gibt, da man zu den Realitäten zurückkehrt, hört man als einzige Rechtfertigung: „Aber die SSK-Idee war doch an sich gut!" Die Ideen von Träumern und Sozialschwärmern sind an sich immer gut — leider immer nur an sich. Deshalb allein finanziert man sie nicht mit sechsstelligen Summen.

Nun marschieren sie alle gemeinsam in die „schwarze Ecke", dorthin, wo die Rundschau sich mit ihrer Kritik allein und auf scheinbar aussichtsloser Position schon vor fast einem Jahr befand.

Wir könnten die Neuankömmlinge alle mit einem befreienden „Herzlich willkommen" begrüßen. Ich glaube aber, ein resignierendes „Gute

Der Dezernent hatte Anfang Februar dem SSK neue »Richtlinien für die Zusammenarbeit« diktiert, die so waren, daß er mit Sicherheit davon ausgehen konnte, daß kein Träger sie hätte annehmen können. Gleichzeitig begann die Polizei zusammen mit dem Jugendamt, in überfallartigen Aktionen Jugendliche aus unseren Häusern zwangsweise zurückzuführen.

Das alles aber reichte nicht aus, um zu dem beabsichtigten Ziel zu kommen, den SSK in Köln völlig zu isolieren und dann unter dem Beifall ALLER fertigzumachen.

Im Gegenteil: Gerade das ungewöhnlich massierte und brutale Vorgehen gegen uns trug dazu bei, daß eine breite Solidaritätsfront entstand. Alle Gruppierungen auf der Linken schlossen sich zu einer »Aktionseinheit-SSK« zusammen, auch im bürgerlichen Bereich solidarisierten sich weite Kreise und bedeutende Organisationen und Institutionen mit dem SSK. Einhellig nahm in Köln und bundesweit die Fachöffentlichkeit Partei für den SSK, sogar die Kölner FDP-Fraktion stellte sich entschieden vor den SSK.

In nie gekannter Einmütigkeit hatten sich alle Fraktionen der Linken in der »Aktionseinheit-SSK« zusammengeschlossen, gemeinsam mit progressiven und liberalen Organisationen, einzelnen Bürgern und den SSK-Angehörigen brachten sie eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre auf die Beine. SSK-Lieder singend ging sie am 9. 2. 1974 durch die Stadt, ihre Route war hermetisch von ungeheuren Polizeistreitkräften abgeriegelt. Am 11. Februar brauchte der Ausschuß nur noch die Sperrung aller Mittel zu beschließen, die Last des Verbots hatte gnädig der Sozialminister abgenommen und von sich aus die Schließung der Häuser verfügt. Die Behördenstrategie war, daß die Polizei die Häuser umstellt und abgeriegelt hält, bis einer nach dem andern beim Verlassen der Gebäude – so es Jugendliche sind – zurückgeführt oder in vorbereitete Kölner Einrichtungen gebracht wird.

Als jedoch die städtischen Vertreter am Morgen des 11. 2. mit ihren Schließungsverfügungen anrückten, fanden sie leere Häuser vor. Die Jugendlichen hatten morgens ruhig und gefaßt die Häuser verlassen und waren in die Räume der Fachhochschule für Sozialarbeit umgezogen. Die Studenten und Dozenten hatten vorher ihre Räume als Asyl ange-

boten, um die Jugendlichen vor dem Polizeizugriff zu schützen. Dieser Schritt aktiver Solidarität hatte Erfolg: Die erwartete Straßenschlacht blieb aus, die geplante Polizeistrategie fiel in sich zusammen. Die mit Sicherheit erwarteten SSK-Aktionen – Verbarrikadierung der Häuser, gewalttätiger Widerstand – fanden nicht statt und somit fehlte auch die erhoffte nachträgliche Rechtfertigung des Verbots. Bald stießen den Verantwortlichen ihre eigenen Schritte unangenehm auf, ein gewisser Kater machte sich bemerkbar. Jetzt stellte man fest, daß einige der Beteiligten entschieden zu weit gegangen waren: z. B. der Rechtsdezernent hatte dem Ministererlaß noch eine städtische Verfügung beigegeben, nach der die Häuser nicht nur als Einrichtungen für Jugendliche, sondern überhaupt geschlossen wurden. Seine Beamten zerrten dann auch am 12. 2. 1974 die wenigen Betreuer aus den Häusern und ließen diese mit Sicherheitsschlössern verrammeln und versiegeln. In der Begründung für seinen Übereifer tauchen die obdachlosen Jugendlichen nicht mehr als hilfsbedürftige Bevölkerungsschicht auf, vielmehr werden sie mit Nazivokabular verteufelt:

»Durch die Tätigkeit des SSK werden im Bereich der belebten Innenstadt *bindungslose, asoziale und kriminelle Elemente* angezogen«.

Diese Verfügung wurde per Gerichtsbeschluß eine Woche später für rechtswidrig erklärt, und die Betreuer hatten wieder Zugang zu den Häusern.

Nach drei Tagen mußten die Jugendlichen die Fachhochschule verlassen. Um einen nachträglichen Polizeizugriff zu verhindern, wurden sie in Gruppen eingeteilt, heimlich aus der Fachhochschule gebracht und an verschiedenen Orten im Rheinland mit Unterstützung von engagierten Freunden untergebracht.

Fachhochschuldozenten, evangelische Pfarrer und die ETAGE e. V. bildeten einen Arbeitskreis zusammen mit dem SSK und machten Vorstöße beim Sozialdezernenten, um über eine neue Form der Zusammenarbeit zu verhandeln. Überraschend zeigte sich dieser sehr offen, sprach mit einer Delegation, obwohl zwei SSK-Vertreter dabei waren und unterbreitete schließlich ein atemberaubendes Angebot:

Der Arbeitskreis sollte sich als neuer Träger etablieren und die Arbeit des SSK fortsetzen. Körner stellte sogar die Überlegung an, die Mittel für das städtische Modell diesem Arbeitskreis zu überlassen.

Auffassung des DPWV als zentralem Träger sei noch nicht abschließend geklärt.

Herr Püschel erklärt, der Landes- und Kreisverband des DPWV seien mit der "Kölner Selbsthilfe e.V." in intensivem Gespräch. Der DPWV werde die Planung nur unterstützen, wenn eindeutig geklärt sei, daß der Träger sozialpädagogische Ziele verfolge und an seiner Arbeit eine ausreichende Zahl sozialpädagogischer Fachkräfte beteilige.

Nach weiteren Gesprächsbeiträgen der Mitglieder faßt der Vorsitzende das Besprechungsergebnis wie folgt zusammen:

- Die im Fernsehbeitrag enthaltenen Äußerungen einiger Mitarbeiter des SSK beweisen erneut, daß dieser das Prinzip der fachlichen und pädagogischen Hilfe für den einzelnen Jugendlichen weitgehend aufgegeben hat und vorrangig politische Ziele anstrebt. Deshalb ist bei allen Gruppierungen, die sich um eine Mitarbeit im Bereich der Jugendhilfe bemühen, sorgfältig zu prüfen, welche Ziele sie vertreten und mit welchen Methoden sie arbeiten.

- Die Verwaltung des Landesjugendamtes wird gebeten, gemeinsam mit dem Stadtjugendamt und den beteiligten Spitzenverbänden zu prüfen, ob und ggf. welche Nachfolge bzw. Parallel-Organisationen zum SSK sich bilden.

- Für den Fall, daß in Einrichtungen oder Wohnungen solcher Träger Minderjährige der öffentlichen Erziehung aufgenommen werden, sind die Verhältnisse kurzfristig zu überprüfen. Die Verwaltung des Landesjugendamtes soll dann schnelle und eindeutige Entscheidungen auf der Grundlage ihrer rechtlichen Zuständigkeiten treffen.

- Zahlungen können nur geleistet werden, wenn das Einverständnis des Landesjugendamtes zum Verbleib der Minderjährigen unverzüglich eingeholt wird und wenn die Zustimmung des Landesjugendamtes erfolgt ist.

- Der Unterausschuß "Öffentliche Erziehung" wünscht auch zukünftig rechtzeitig über Entwicklungstendenzen und problemtatische Einzelprojekte unterrichtet zu werden.

- Herr Püschel als Vertreter des DPWV und die Verwaltung werden gebeten, in der nächsten Sitzung über den Stand der Planungen der "Kölner Selbsthilfe e.V." zu berichten.

Anmerkung: Auszug aus einem Protokoll des Landesjugendwohlfahrtsausschuß vom 9. 4. 74. In diesem Ausschuß wird die Schließung der SSK-Häuser behandelt wie das Verbot einer kommunistischen Partei.

Die Eröffnung seines Modells war nicht mehr rechtzeitig gekommen und wurde immer wieder hinausgeschoben. Ein Hauptgrund war, daß es trotz ungewöhnlich hoher Gehaltsangebote und bundesweiter Zeitungswerbung nicht gelang, genügend Sozialarbeiter zu bekommen.
Diese Verhandlungen des Arbeitskreises zogen sich über Wochen hin. Der SSK entschied sich währenddessen, nicht mehr unter den alten Bedingungen mit dem Jugendamt zusammenzuarbeiten, schon gar nicht unter den eingeschränkten, die Körner offerierte. Der Arbeitskreis brach dabei auseinander, die letzten Versuche zu neuer Zusammenarbeit mit dem Jugendamt scheiterten, als bereits im Herbst 73 bewilligte Gelder für den SSK vom Jugendamt gesperrt wurden und die nun vom SSK verlangte »gruppenweise Finanzierung« der Wohngemeinschaften (um die schädliche Auswirkung der Einzelfallhilfe zu vermeiden) vom Jugendamt richtig als Provokation und als endgültiger Schlußpunkt unter jede Zusammenarbeit erkannt wurde.
Die »Aktionseinheit SSK« löste sich ebenfalls langsam auf, nachdem eine Zeitlang Kundgebungen in der Stadt durchgeführt worden waren und eine Aktion gegen die sogenannte »Sozialpädagogische Woche« in Köln, eine Art fachlicher Festversammlung im Gürzenich unter Beteiligung von Professoren, der Bundesministerin Focke und einem Orchester von Heimzöglingen, die, in schwarze Anzüge gesteckt, klassische Musik aufspielten. Am 26. 4. 1974 erschien im »Zeit-Magazin« ein ausführlicher Bericht über den SSK. In seinen Schlußpassagen sind folgende Eindrücke aus der damaligen Situation festgehalten:
»Nicht aus dem pädagogischen Konzept, sondern wegen der Überbelegungen der SSK-Einrichtungen entwickelte sich der zentrale Konflikt mit den Jugendbehörden. Der SSK sah es als seine Pflicht an, jeden bei sich aufzunehmen, der Hilfe brauchte und eine Idee hatte, wie er sein Leben in Zukunft gestalten wollte.
Die Stadt Köln war ebenso entschlossen, ihre Unterstützung auf Kölner Jugendliche zu begrenzen und alle anderen nach Hause zu schicken. Unter dieser Einschränkung hielt der SSK seine Arbeit für sinnlos: Denn welcher Jugendliche, der aus einem Kölner Heim abhaut, würde schon in Köln Zuflucht suchen wollen?
Im Februar 1974 glaubte die Stadt, ihre Auffassung mit dem Entzug

sämtlicher Gelder durchdrücken zu müssen. Das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium ordnete außerdem die Schließung der beiden Kontaktzentren an. Ganz Köln wartete nun auf gewalttätige Gegenmaßnahmen des SSK, auf Verbarrikadierung der Häuser und auf Straßenschlachten. Doch nichts dergleichen geschah. Die Jugendlichen demonstrierten friedlich, räumten die Kontaktzentren und kamen zunächst provisorisch in der Kölner Fachhochschule unter. Das Geld ist äußerst knapp geworden. Von je fünf Betreuern gehen zwei arbeiten, um die andern drei ernähren zu können. Spontane Spenden aus der Bevölkerung konnten die materielle Not bisher kaum lindern. Mit dem städtischen Geld ist der SSK allerdings auch die Verpflichtung losgeworden, den Behörden über jeden Jugendlichen Akten zu führen und Auskunft zu geben.
In Köln macht sich Betroffenheit breit. Die Stadt hat die Jugendlichen schmählich im Stich gelassen – ohne einen Ersatz für den SSK bieten zu können, sagen manche Bürger. Es fehlt an Sozialarbeitern, die bereit wären, die »Knochenarbeit« mit den erziehungsgeschädigten Jugendlichen zu verrichten, und die Erkenntnis wächst, daß »Profis« diesen Jugendlichen nicht helfen können, daß man Sozialpolitik in Köln anscheinend nur mit »linksradikalen Studenten« machen kann.
Ohne den SSK beim Namen zu nennen, jammern einzelne Stadträte schon wieder über ihren eigenen Verbotsbeschluß und die Schlechtigkeit der Menschen im allgemeinen. Hinter verschlossenen Türen finden bereits Verhandlungen statt zwischen dem Sozialdezernenten Körner und dem SSK. Aber der SSK will diesmal seine Freiheit und sein Konzept nicht für Geld verkaufen. Der Schriftsteller Heinrich Böll hat sich für den SSK entschieden: Er mietete ein Haus auf dem Land, das er dem SSK überläßt.«

Kontaktzentrum – Auswirkungen nach innen

Im Frühjahr 73 hatten wir versucht, vorbereitende Diskussionen anzukurbeln, um die durch das bevorstehende Kontaktzentrum eintretenden Veränderungen zu reflektieren und ihre Auswirkungen für die Gruppe zu klären.

Dabei zeigte sich, daß im Grund die meisten Mitarbeiter in der zukünftigen genehmigten und geförderten Arbeit keine Perspektive an sich sahen, sondern im Gegenteil, unausgesprochen wurde das als Rückfall hinter die entstandene Zellenorganisation erlebt. Die Vorbereitungsdiskussionen blieben deshalb ohne Engagement und schliefen ein, als die Aktionen vom Frühjahr anstanden. Lediglich in einzelnen Fragen wurden Regelungen und Absprachen getroffen.

Das hauptsächlich diskutierte Problem war die Frage der Gehälter. Zum ersten Mal in der Geschichte des SSK würden die Betreuer Gehälter für ihre Arbeit beziehen und ihren eigenen Lebensunterhalt aus der SSK-Arbeit bestreiten. Alle waren sich darin einig, daß diese Tatsache eine Störung in dem Verhältnis zu den Jugendlichen hervorrufen würde. Wir alle erlebten das als Rückschlag in unseren jahrelangen Bemühungen, das Betreuer-Jugendliche-Verhältnis zu problematisieren und als Unterdrückungsverhältnis abzubauen. Andererseits war klar, daß so große heimartige Gemeinschaften nicht mehr nebenbei betreut werden konnten. Es wurde daher ein Kompromiß geschlossen: Einmal, um die Gleichheit unter den Betreuern zu gewährleisten, die wir ja auch unter den Jugendlichen forderten, beschlossen wir, daß jeder Betreuer dasselbe Gehalt ausbezahlt bekommen sollte; unabhängig davon, was von der Stadt seiner Qualifikation entsprechend für ihn überwiesen wurde. Zum anderen begrenzten wir die Höhe des an den einzelnen auszuzahlenden Betrages auf die Höhe eines durchschnittlichen Arbeiternettolohnes, damit wir nicht auch noch auf der materiellen Basis in für die Jugendlichen unerreichbaren Verhältnissen lebten. Ausbezahlt wurden später jedem Betreuer 800,– DM. Auf diese Weise flossen aus Gehältern jeden Monat ca. 7 500,– DM zurück in die SSK-Kasse, so daß wir Jugendliche unterbringen konnten, die nicht vom Jugendamt gefördert wurden, oder in Notlagen helfen, wo das Jugendamt keine Hilfe gab (Abtreibung, Gerichtsverfahren etc.).

Den Versuch, aus der Diskussion eine konkrete Regelung für die große Hausgemeinschaft zu gewinnen, brachen wir ab. Es blieb bei dem Grundsatz, daß alle Hausprobleme über die Hausversammlung geregelt werden müssen, daß dort jeder Stimmrecht hat. Die Funktionen der Betreuer und ihre Rechte und Pflichten blieben im einzelnen offen. Klar

war nur, daß sie dafür Sorge zu tragen hatten und verantwortlich waren, daß die Beschlüsse der Hausversammlung durchgesetzt werden.
Schon im »Hotel Astor« zeigte sich, daß sowohl unsere Erwartungen als auch unsere Befürchtungen weit übertroffen wurden. Die Ordnungsfunktion der Betreuer erhielt sehr bald ein starkes Gewicht, und sie wurde von den Jugendlichen ohne weiteres akzeptiert. Kaum zu erfüllen waren aber die durch die öffentliche Finanzierung sowohl des Lebensunterhalts der Jugendlichen als auch der Betreuer an uns herangetragenen materiellen und psychischen Forderungen. Alle Bedürfnisse wurden an die Betreuer gerichtet, ständige Auseinandersetzungen wegen Taschengeld, Kleidergeld etc. waren an der Tagesordnung. Dasselbe zeigte sich im seelischen Bereich. Die einen Jugendlichen verlangten ständig nach Gesprächen, Zuwendung, Liebhalten und hängten sich Tag und Nacht an Betreuer, die andern versuchten, die Zuwendung durch Gewaltakte zu erreichen: Zimmer demolieren, randalieren etc. Mehr und mehr kämpften wir dafür, daß die grundlegendsten demokratischen Regelungen eingehalten wurden. Immer mehr bezog sich das auf die Verhinderung gewalttätiger Übergriffe einzelner Jugendlicher oder ganzer Cliquen. Es zeigte sich auch bald, daß einige Betreuer unter dem Druck nachgaben oder durch Schläger eingeschüchtert nicht mehr einzugreifen wagten. Das aber trug wiederum dazu bei, daß die Übergriffe zunahmen. Im Sommer fand deshalb zum ersten Mal eine »Betreuerversammlung« statt, von der Jugendliche ausgeschlossen waren. Es ging darum, daß sich offensichtlich einige Zuhälter eingenistet hatten, die dabei waren, die »Macht« in unseren Häusern zu übernehmen. Da alle Jugendliche eingeschüchtert waren und einige bereits Prügel bezogen hatten, war die Hausversammlung diesen Schlägern gegenüber eine Farce. Denn niemand traute sich, offen gegen die Zuhälter auszusagen, die einzelnen Betreuern gesteckten Informationen stritten sie vor Angst wieder ab. Daher durchbrachen wir formal die demokratisch angelegte Hausordnung und beschlossen unter uns, daß diese Zuhälter und Schläger – entsprechend der Hausordnung – rausgesetzt wurden. Dieses Problem wurde in der Folgezeit immer schärfer. Das trug dazu bei, daß viele Betreuer nicht mehr die Kraft aufbrachten, sich dem entgegenzustellen, und die Polizei riefen, wenn es anders nicht mehr ging.

Es wurde aber auch immer offenkundiger, daß die Polizei und vielleicht auch die Staatsanwaltschaft und die Gerichte diese Zuhälter und Schläger in Ruhe ließen. Die Prügeleien und Auseinandersetzungen wurden offenbar mit Wohlwollen verfolgt, erzeugten sie doch Unruhe nach außen und Zerstörung der Gruppen nach innen.
Wir mußten das bestürzt erkennen, als wir endlich im Herbst dazu übergegangen waren, die übelsten Schläger anzuzeigen und die Polizei zu Hilfe zu rufen. Obwohl einige der Zuhälter Bewährung oder Haftverschonung hatten, wurde nie einer festgenommen. Auch nicht, wenn die Polizei noch während der Schlägerei im »Astor« dazukam und die Verletzten sah. Das wußten auch die Zuhälter, und da sie die Rückendeckung spürten, traten sie immer ungehemmter auf. Zu der »Weihnachtsfeier« des SSK in angemieteten Diskothekenräumen erschienen schließlich gleich 10 oder 12 tunesische Zuhälter, die eine Schlägerei begannen.
Alle Betreuer und Jugendliche, die vor dem Kontaktzentrum schon beim SSK gewesen waren, litten unter dem Zerfall des alten Zusammenhalts und der Rückentwicklung des SSK zu einer Art Asyl. Zwar liefen die Hausversammlungen mehrmals die Woche, doch viele Jugendliche mußten zur Teilnahme gezwungen werden. Die Hausversammlungen befaßten sich zwangsläufig ständig mit Vorfällen, die entweder die Existenz der Häuser nach außen bedrohten (durch nächtlichen Krach) oder von innen her (Schlägereien).
Dennoch wurden auf vielen Versammlungen anläßlich der Diskussion solcher Vorfälle sowohl psychische Probleme intensiv diskutiert als auch die Kampfsituation gegenüber der Stadt. Ein Zusammenhalt war da, er lag aber auf einer anderen Ebene als in den Zellen: In den Kontaktzentren wurden die Jugendlichen dadurch zusammengetrieben, daß die ganze Diskriminierung und Verfolgung ihrer sozialen Schicht in Form von Presseartikeln, Behördendrohungen, Nachbarschaftsinitiative und Polizeieinsätzen geballt von außen auf sie niederschlug. In den Zellen dagegen hatte sich eher ein Zusammenhalt von innen her entwikkelt durch das Zusammenwachsen der Gruppen.
Was im SSK schon immer lebendig war, das Gefühl, nicht mehr allein zu sein, die Vergangenheit nicht mehr verleugnen zu müssen, das schlug

hier in den Kontaktzentren teilweise in offene, gruppengetragene Aggressionen nach außen um, und zwar ohne daß die Betreuer daran Anteil gehabt hätten. Sie waren ja voll damit beschäftigt, für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen, um den Behörden das Eingreifen nicht zu erleichtern.

Wie von selbst entstand in den Häusern eine Stimmung unter den Jugendlichen, die kaum in Grenzen zu halten war: Die Summe aller Erniedrigungen, Demütigungen, Not und Elend aus ihrer Vergangenheit braute sich trotz der Streitereien und Kämpfe zu einem explosiven Gemisch, wenn das Ganze, die Häuser oder der SSK angegriffen wurden. Am deutlichsten zeigte sich das bei der Prügelei, die die Polizei am 7. 8. vor dem Astor vom Zaun gebrochen hatte. Hätte die Polizeileitung damals ihre Absicht wahrgemacht, das »Astor« stürmen zu lassen, wären möglicherweise Tote auf der Strecke geblieben. Die Jugendlichen hatten sich mit Stuhlbeinen bewaffnet und die ersten Polizeibeamten, die ins Haus eingedrungen wären, hätten sich nur noch mit Schußwaffen zur Wehr setzen können.

Um einzelne Jugendliche konnten wir uns kaum noch kümmern. In den Häusern und zahllosen Wohnungen in der Stadt siedelten sich Jugendliche an, die mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen waren. Pädagogik war in diesen anerkannten pädagogischen Einrichtungen von der Bildfläche verschwunden. Versuche einiger Betreuer, mit »Freizeitangeboten« einzugreifen, scheiterten an der konsequenten Ablehnung einer Kapazitätsbegrenzung der meisten Betreuer und Jugendlichen. In keinem Fall wurde von den Jugendlichen ein Neuankömmling abgewiesen, wenn er fragte, ob er in ihr Zimmer aufgenommen werden könne. Auch bei den Betreuern hielt sich der Grundsatz, so weit wie möglich die praktische Durchführung des Rechts auf Pennstelle und Essen zu gewährleisten. Diese sozialpolitische Funktion des Kontaktzentrums erwies sich immer deutlicher als der feste Boden, auf dem wir den Streß, die immer wieder auftauchende Resignation, die übermenschlichen Anstrengungen durchhielten.

Je klarer alle Auseinandersetzungen mit den Behörden auf die Frage der Kapazitätsbeschränkung zusteuerten, um so eindeutiger wiesen wir sie zurück, theoretisch und praktisch. Bis zur letzten Konsequenz waren

wir bereit, unseren Anspruch zu erfüllen, das Recht aller obdachlosen Jugendlichen auch praktisch zu gewährleisten. Doch die Situation in unseren Häusern bedrückte uns sehr. Von daher sehnten wir das Verbot unterbewußt herbei. Denn wir spürten, daß von innen her in unseren Häusern keine Entwicklung mehr stattfand. Wir fühlten, daß uns die Eigenentwicklung der Häuser überrollt hatte, und uns wurde bewußt, daß der in den Zellen entstandene Zusammenhalt verloren gegangen war.

Die Jugendlichen waren so sehr in ihre eigenen aufbrechenden Probleme verstrickt, das kochende Chaos der Hausgemeinschaften war so übermächtig, daß die Realität der herrschenden Verhältnisse völlig weggedrängt wurde.

Innerlich ausgebrannt und machtlos dieser Entwicklung gegenüberstehend, griff eine Art Resignation unter uns um sich. Achselzuckend schliefen die Versuche bald ein, die Jugendlichen über die Hausversammlungen für ihre weitere soziale Perspektive zu interessieren und sie zur allgemeinen Situation in Beziehung zu setzen.

Als wir uns im Herbst bedrückt zusammensetzten, um die Ursachen für diesen Zustand zu suchen, da war öffentlich das Ende unserer Häuser bereits eingeläutet; das half uns offenbar, eine allgemeine Verdrängung zu überwinden, die wir vorher aufrecht erhalten hatten:

Die Jugendlichen waren in den anerkannten und geförderten Einrichtungen von ihrer sozialen Situation abgeschnitten. Das Geld vom Jugendamt kam ohne weiteres und in jedem Fall. Für den Jugendlichen war der verbissene Kampf mit der Sozialverwaltung, der dahinter stand, nicht mehr sichtbar. Sie hatten fast ausschließlich mit uns zu tun, sogar im Jugendamt. Jahrelang hatten wir Sozialhilfe als »Recht der Jugendlichen« gefordert, jetzt nahmen sie sie als Recht und wir gaben sie so. Ihr ursprünglicher Konflikt mit dem Jugendamt wurde verdunkelt, weil die SSK-Betreuer zwischen ihnen und dem Jugendamt standen. An sie richteten die Jugendlichen folglich auch ihre Forderungen, und je mehr wir rausholten, desto mehr verlangten die Jugendlichen. Als der Lebensunterhalt gesichert war durch die Vereinbarung vom 11. 5. 1973, verlangten sie Kleidergeld. Als wir auch das noch durchgesetzt hatten, forderten sie mehr Taschengeld usw.

Alle ihre Forderungen und die ewig neuen Wünsche waren berechtigt, die Entbehrungen und die Unterdrückung ihrer Vergangenheit waren ein übermächtiger Antrieb dazu, und beim SSK waren die in die Sozialhilfe eingebauten Schwellen, Erniedrigungen, Erschwernisse und Reglementierungen beseitigt. Den Druck der Institutionen fingen die Betreuer auf ihren Schultern ab.

Wir erkannten aber, daß sich das Geld der Behörden auf die Jugendlichen, auch ohne den zerstörenden Sozialhilfecharakter, am Ende negativ auswirkte. Es zerstörte die Initiative und unterdrückte die Versuche der Einzelnen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Deshalb blieben in dieser Zeit alle in den Häusern; auch diejenigen, denen eine Wohnung in der Stadt angemietet worden war, kamen nach einer gewissen Zeit zurück. Instinktiv versuchten sie alle, solange wie möglich dem Druck ihrer Verhältnisse zu entgehen.

Das Geld des Jugendamtes zerstörte die innere Gemeinschaft unter den Jugendlichen, es riß eine Kluft zwischen uns und ihnen auf. Die Jugendlichen sammelten sich in den Häusern und ließen sich mehr und mehr von uns versorgen. Wir begannen, das Geld zu verfluchen.

Diese Situation änderte sich, als der wachsende Druck seitens der Stadt direkte Auswirkungen auf die Häuser zeigte, als der Konflikt mit dem SSK auf die Jugendlichen durchschlug. Das war an dem Punkt, als die Zahlungen für bestimmte Gruppen nach und nach eingestellt wurden, um die zurückgewiesene Kapazitätsbegrenzung durchzusetzen. Als wir diese Salamitaktik nicht mehr durch den Einsatz unserer Gehälter abfangen konnten, wurde die Solidarität der Jugendlichen untereinander auf die Probe gestellt. Bei ihnen lag letztlich die Entscheidung darüber, ob der SSK, wie von der Stadt verlangt, in Zukunft keine Kinder, keine Ausländer, keine Volljährigen und schließlich keine Nicht-Kölner mehr aufnehmen würde. Denn die Sozialhilfe wird grundsätzlich nur im Einzelfall gewährt, wir hätten also jedem Jugendlichen, der es verlangt hätte, sein Geld voll auszahlen müssen, und die »Unerwünschten« wären leer ausgegangen.

Dieses Problem führte zu heftigen Diskussionen in den einzelnen Häusern und auf Vollversammlungen. Ihr Ergebnis stellte unsere heimlichen Befürchtungen als unbegründete und hochmütige Fehleinschät-

zung der Solidarität der Jugendlichen heraus: Sie beschlossen einstimmig – einige Betreuer waren dagegen! – alles Geld, das der SSK erhielt, unter allen aufzuteilen; unabhängig davon, für wen es bestimmt war. Es wurde eine Erklärung von den Jugendlichen ausgearbeitet, die jeder Einzelne unterschreiben mußte, in der er sich mit dieser Regelung einverstanden erklärte. Wer nicht bereit war, sein Geld zu teilen, wurde aufgefordert, binnen einer Woche beim SSK auszuziehen und sich vom Jugendamt »betreuen« zu lassen. Die Jugendlichen nahmen die Durchführung dieses Beschlusses weitgehend in die eigne Hand, einige wenige, die sich auch an den Versammlungen nicht beteiligt hatten, zogen daraufhin aus. Inzwischen liefen in der Öffentlichkeit allerorts bereits offene Vorbereitungen zur Schließung der Häuser ab. Auch den Jugendlichen wurde klar, daß ein SSK-Verbot unvermeidlich war. Das führte zunächst zu einer Art Untergangsstimmung in den Häusern. Die allgemeine Depression schlug sich auch äußerlich nieder. Die Zustände in den Häusern verschlechterten sich schnell, der Dreck häufte sich, Reparaturen wurden kaum noch ausgeführt, einzelne Gewaltausbrüche nahmen zu – dabei gingen die letzten noch intakten Einrichtungsgegenstände zu Bruch. Ein weiterer Teil der Jugendlichen setzte sich nach und nach vom SSK ab, viele hielten Ausschau nach anderen Möglichkeiten. Unter den Betreuern, denen seit Januar kein Gehalt mehr ausgezahlt worden war, geschah dasselbe.

Als die Situation von außen her bedrohlich wurde – die Presse forderte die Polizei zunehmend zum »Draufschlagen« auf – rückten diejenigen, die geblieben waren, eng zusammen. Fest entschlossen, die Häuser nicht kampflos aufzugeben, entstand von neuem eine feste Gemeinschaft zwischen Jugendlichen und Betreuern.

In den letzten Wochen vor dem Verbot brachen Jugendliche und Betreuer in stiller Übereinkunft den Kontakt zum Jugendamt ganz ab. Mit großer Disziplin wurden unsere Schritte diskutiert und ausgeführt. Wir einigten uns darauf, eine Straßenschlacht mit der Polizei zu vermeiden, und überlegten Schritte indirekten Widerstands.

Anfang Februar überfiel ein 50-köpfiges Polizeiaufgebot um 6.00 Uhr morgens mit einigen Vertretern des Jugendamts das »Hotel Astor«, die Türen zu den einzelnen Zimmern wurden eingetreten, die Jugendlichen

bedroht und teilweise mit Schlägen traktiert, man führte ein 15jähriges Mädchen mit Handschellen ab.
Mit großer Besonnenheit vermieden die Jugendlichen die Massenschlägerei, die in der Luft lag. Stattdessen standen sie von da ab jeden Morgen um 5.00 Uhr auf, gingen zum Kontaktzentrum und hielten mit den dortigen Jugendlichen Hausversammlungen ab. So wurde verhindert, daß die Polizei die »Unerwünschten« nach und nach abkassieren und zurückführen konnte. Von diesen morgendlichen Versammlungen aus wurden bald alle Schritte des SSK festgelegt, die Demonstration und der Umzug in die Fachhochschule vorbereitet. Bis auf einzelne Gewaltausbrüche, wie der Versuch von drei Jugendlichen, mit Gewalt ihre Freundin aus einem Kölner Heim zu befreien, bewiesen die Jugendlichen eine beispielhafte Disziplin. Sie ist der Grund dafür, daß die vorbereitete polizeiliche Großaktion nicht durchgeführt werden konnte.
Während der drei Tage in der Fachhochschule setzte sich diese Haltung fort. Dozenten und Studenten staunten über die Ruhe und Besonnenheit der Jugendlichen. Trotz der äußeren Bedrohung herrschte eine unglaublich leichte und lockere Stimmung. In der Folgezeit stieg der Druck weiter. Auseinandergetrennt in verschiedene Gruppen, die sich im gesamten Rheinland versteckt hielten, wich diese Atmosphäre langsam dem nackten Existenzkampf. Als das angesparte Geld ausging und in den verschiedenen Wohngemeinschaften das Essen fehlte, breitete sich allgemeine Hoffnungslosigkeit aus. Weitere Jugendliche setzten sich ab, die Wohngemeinschaft Niehler Straße trat nach langen Diskussionen aus dem SSK aus und stellte sich unter die Betreuung des Jugendamtes. Der SSK hatte den Jugendlichen vorher sein Haus überlassen, um eine freie Entscheidung zu gewährleisten.
In den übrigen Gruppen aber entfaltete sich die Kraft der Jugendlichen erst in dieser Situation in vollem Maße. Ohne finanzielle Unterstützung vom SSK schlugen sie sich so durch und entwickelten ungeahnte Initiative und Phantasie. Ganze Wohngemeinschaften lebten vom Verkauf der SSK-Dokumentationen. Sogar Flugblätter wurden an Passanten verkauft, andere sammelten für den SSK und lebten davon. Eine Gruppe in der Eifel verdingte sich als Aushilfsarbeiter bei einem Gutsbesitzer. Wir stellten fest, daß in den Gruppen ein stärkerer Zusam-

menhalt herrschte als je zuvor. Die Kriminalität war auch gegenüber dem Kontaktzentrum gesunken und fast verschwunden. Lediglich in der äußersten Notsituation gingen ein paar Jugendliche mal auf den Strich oder es wurden einige Nahrungsmittel gestohlen; auch die wurden, wie wir später erfuhren, wie selbstverständlich in den Wohngemeinschaften aufgeteilt.

Diese Leistung der Jugendlichen erscheint erst im richtigen Licht, wenn man weiß, daß viele von ihnen die Chance gehabt hätten, vom Jugendamt großzügig unterstützt zu werden. Einzige Vorbedingung war, sich vom SSK zu trennen und ihm schriftlich »abzuschwören«.

Später erfuhren wir, daß nicht einmal diejenigen, die sich abgesetzt hatten in dieser Zeit, zum Jugendamt gegangen waren. Offenbar haben sie sich fast alle lieber auf eigene Faust durchgeschlagen.

In einem Bericht des Arbeits- und Sozialministers an den Landtag von Nordrhein-Westfalen vom März 74, der sich mit dem SSK beschäftigt, wird die Situation nach der Schließung der Häuser so geschildert:

»(Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen – IV B 2 – 6176.0/K/SSK –, Vorlage 7/1433 vom 8. März 1974)

. . . Nach den Feststellungen des Stadtjugendamts Köln ist ferner sicher, daß der SSK nach Schließung seiner Einrichtungen Vorgebirgstr. und Salierring unter den Jugendlichen eine intensive Abschreckungspropaganda betrieben hat, die die Jugendlichen motivieren soll, unter keinen Umständen das Stadtjugendamt anzulaufen. Es sind seither auch weder von seiten der Jugendlichen oder von seiten der SSK-Sympathisanten Anträge auf finanzielle Jugendhilfe an das Jugendamt gestellt worden. Selbst die in den Wohngemeinschaften und in Einzelzimmern lebenden Jugendlichen des SSK, deren Zahl nach den Recherchen des Jugendamtes immerhin zuletzt bei 120 lag – haben keinerlei Anträge auf Einzelfallhilfe gestellt. Das Jugendamt leistet hier nur noch Einzelfallhilfe für 5 Jugendliche, die in einer vom SSK etablierten Wohngemeinschaft wohnen: diese Jugendlichen haben aber inzwischen ein distanziertes Verhältnis zum SSK.«

In dieser Zeit hat sich auch ein Drittel der Betreuer vom SSK abgesetzt. Im deutlichen Gegensatz zu den Jugendlichen haben sie jedoch fast alle

auf privater Basis weiter mit dem Jugendamt zusammengearbeitet oder als Gruppe Verhandlungen um Anerkennung und Finanzierung einer Wohngemeinschaft aufgenommen.

»Hotel Astor« – Massentherapie

Im »Astor« und Kontaktzentrum haben wir die Straße in die Häuser gelassen.
Alle Erscheinungen des illegalen Lebens obdachloser Jugendlicher spülten in den SSK hinein: Saufen, Prostitution, Kriminalität, Rauschgift, Schlägereien. Alle dazugehörigen Folgeerscheinungen traten im »Astor« an die Oberfläche: Selbstmordversuche, Weinkrämpfe, Wutanfälle, Zusammenbrüche in allen nur denkbaren Formen.
Es gab kaum ein paar ruhige Stunden im Haus, die Einrichtung und das Haus selbst waren bald demoliert.
Wir haben die Straße in unsere Häuser gelassen und dann die Tür zugemacht.
Achtzig junge Arbeiter, gedemütigt, unterdrückt und mißhandelt, hatten plötzlich eine kleine Insel, auf der sie sich sicher wähnen konnten. Ihr Leben war bis dahin geprägt von der Jagd nach Essen, Schlafstellen, Kleidung, Zigaretten, ständig angespannt, auf der Lauer nach Chancen, aus der Mühle rauszukommen. Was vor der Straße lag, hatten die meisten verdrängt. Ihre Kindheit, ihre Verhältnisse zu Haus oder im Heim. Hier im »Astor« kam das alles schnell wieder hoch, weil die Jagd nach den materiellen Grundbedürfnissen zu Ende war. Sie konnten leben ohne Bedingungen. Jeder erhielt ohne weiteres seinen Schlafplatz, sein Essen und sein Taschengeld, egal, was mit ihm los war, wo er herkam, was er vorhatte. Es kamen fast erwachsene junge Männer, aus dem Knast oder aus Heimen, auf offene Gewalttätigkeit trainiert und angefüllt mit gefährlicher Verzweiflung, es kamen Mädchen vom Strich und ließen in hysterischen Anfällen ihre unterdrückten Wünsche nach Familie und trautem Heim raus, es kamen Jugendliche aus Elternhäusern, grimmig entschlossen, ihr bis dahin strenges und braves Leben zu beenden, es waren welche da, die aus Irrenhäusern ausgebrochen waren und

Wilfried Stahlsen kommt nach der Hausübung
zurück und erklärt, daß seine 20,- DM von Heute
(Dienstag 31) an Alfred Christ[illegible] gehen. ~~Wilfried~~
[illegible]

Claudia Gemmler befindet sich auf Stahl von 31 bis in
der Lindenburg (geschlossene Abt.) Tel. Lindenb.
4781. Wir sollen am 20.11. um 11⁰⁰ Uhr dort anrufen!

Spät: Diedrich, Nolte

Nachtdienst Ulla + Dietrich 19.11.73

Nacht ist sehr ruhig verlaufen; Harald Oster hatte „sehr starke Neuschmerzen"; nach langem Palaver hat er sich dann endlich bereit erklärt mit zur Apotheke zu fahren und Tabletten zu holen; dann ist er ins Bett gegangen. Christel Berggraf kam gegen 5⁰⁰. Sie sind Konstanze Kühler; Christel sagt Konstanze ginge wieder anschaffen und sie wüßten nicht was sie machen sollten.

In der Lindenburg muß um 11⁰⁰ Uhr angerufen werden wegen Claudia Gemmler Siehe oben

Nachtdienst Heidt Arens

Gerri Hurk und Hecky 25 kommen gegen 1⁰⁰ Uhr ins Asker, voll besoffen und laut. VERWARNUNG

Hans Dieter Schmitz kommt gegen 2⁰⁰ Uhr nach Hause. Wer auf Tete gewesen Gebelang + Dietrich

unter Medikamentenentzug zusammenbrachen oder durchdrehten, Strichjungen hatten sich überall im Haus festgesetzt und unterliefen raffiniert alle Schwellen, dann Rockertypen, die fast nie den Mund aufmachten, ein Kifferklübchen, Kinder, seelisch »verdorben«, verkümmert und mit unstillbarem Bedürfnis nach Zärtlichkeit, wie streunende Katzen.
Das alles bewegte sich durcheinander, die verschiedensten Verhaltensweisen knallten zusammen, es verging kein Tag und vor allem keine Nacht, in der nicht ein sinnlos Betrunkener ins Haus geschleppt wurde, einer seine Zimmereinrichtung zerschlug, seine Pulsadern aufschnitt, in der nicht Eifersuchtsdramen stattfanden oder in einer Etage wilde Streitereien ausbrachen.
Dann lief immer das ganze Haus zusammen, die einen trennten die Kontrahenten, die andern sahen sich das an, die dritten gaben gute Ratschläge oder nur einfach ihre Kommentare dazu.
Betroffen waren alle, entziehen konnte sich keiner. Mit derartiger innerer Gewalt brach die angestaute Verzweiflung überall heraus, daß alle mit hineingezogen wurden.
Szenen:
Conny, aus der Irrenanstalt abgehauen, von der Mutter zurückgestoßen, Beziehungen auf dem Strich gelernt. Sie hat mit der Mutter telefoniert, ist danach saufen gegangen, wird ins »Astor« geschleppt und dreht durch. Entweder versucht sie, sich die Pulsadern aufzuschneiden, aus dem Fenster zu springen oder sie schlägt die Einrichtung kaputt. Sie ist bärenstark. 5 Mann versuchen sie festzuhalten, über Stunden windet sich das Knäuel durch das Haus oder über den Bürgersteig. Wenn sie endlich schläft oder wenn der Notarztwagen sie abholt, sind alle erschöpft, total mit den Nerven runter, das Haus ist wie nach einer Schlacht.
Auf Connys Konto geht ein großer Teil aller Ruhestörungen. Die Hausversammlung beschließt immer wieder, daß sie vom SSK woanders untergebracht werden soll. Doch es gibt keine andere Möglichkeit, die Alternative bleibt die Irrenanstalt. Deshalb beschließen die Jugendlichen am Ende doch immer wieder, daß sie bleiben darf.
Konstanze, frisch aus dem Knast ins »Astor« gekommen. Vorher zwei

Jahre auf dem Strich, Kind im Heim. Sie hat alle zwei Wochen einen neuen Freund, jedesmal spricht sie nach ein paar Tagen von Heirat, Familie etc. Jedesmal kriegt der Typ Angst, macht Schluß und Konstanze einen Selbstmordversuch. Einmal sprang sie aus dem Fenster auf den Glaskasten über der Hoteltür, weinend, tobend, mit blutenden Handgelenken und drohte, runterzuspringen. Fast alle Hausbewohner standen auf dem Bürgersteig, hatten ihn mit Matratzen ausgelegt, redeten ihr zu, schimpften sie aus, trösteten und nach einer halben Stunde holte sie einer wieder runter. Als kurz darauf ein Polizeiaufgebot erschien, haben alle, wie verabredet, vertuscht, wer der Urheber der »Störung« war.

Pico Weitzel, 13 Jahre alt, frech, Kinderheim, von den wohlsituierten Adoptiveltern zum 12. Mal abgehauen. Er schläft nachts nie. Er ist süchtig nach Fahrtenmessern, Sonnenbrillen, Feuerzeugen. Es ist ihm unmöglich, durch die Stadt zu gehen, ohne etwas zu klauen. Er lebt so in der Großstadt, als lebe er im Wald, in seinem Zimmer versucht er, den ganzen sinnlosen Kram zu verstecken, den er zusammenstiehlt. Nachts versuchen wir, ihn immer heimlich zu erwischen, wenn er sich wie ein Wiesel über die Feuerleiter und die Hinterhöfe zu seinen Raubzügen stehlen will.

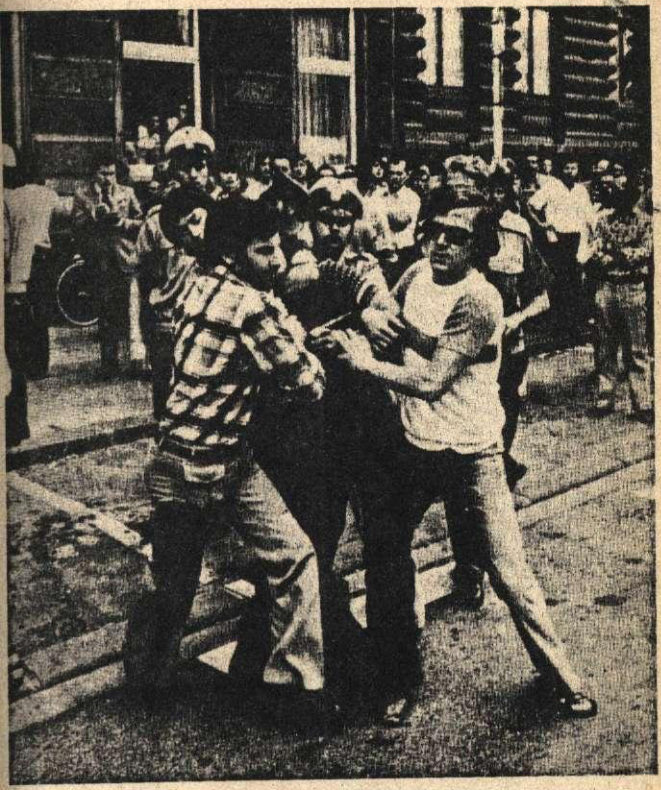
Das Haus war wie eine Welt für sich. Es gab Räume, die Massenquartiere waren und wie Notunterkünfte aussahen: Matratzen und Aschenbecher. Es gab peinlich korrekte, kleinbürgerlich penetrante Zimmer, in einigen lebten Paare zusammen wie nach langjähriger Ehe, einen Raum hatten Kinder so mit Gardinen ausgehängt, daß lauter höhlenartige Zelte entstanden waren, andere Zimmer waren mit Parolen ausgemalt, wieder andere mit Rockersymbolen und Pornozeichnungen. Manche dreckig, manche sauber. Auch als das Hotel für 35 Gäste mit 80 Jugendlichen belegt war, traf man nachts noch auf leere Zimmer.

Alle, die kamen, wollten sobald wie möglich ein eigenes Zimmer und Arbeit suchen. Aber fast keiner ging von sich aus wieder weg. Manche schoben den Plan zum Ausziehen vor sich her wie die Entscheidung, auszuwandern. Einige, die es probiert hatten, kamen bald wieder zurück. Alle beklagten sich ständig über den ewigen Krach, über den unsäglichen Müll und Dreck, über Klauen im Haus. Die meisten kamen

aber immer wieder irgendwann und sagten zum Betreuer, sie hielten es nicht mehr aus. Es war, als hielte diese Teufelsküche »Astor« alle in ihrem Bann.
Wenn ein Außenstehender nur eine halbe Stunde im »Astor« war, begriff er nicht mehr, wie es einer nur einen Tag dort aushalten konnte. Morgens schliefen alle, wie nach einer schweren Arbeit, total erschöpft. Wenn Hausversammlung war um 11.00 Uhr, dann wurden sie von den Betreuern aus den Betten getrieben. Immer wieder wurden dieselben Probleme in die Hausversammlung gezwungen, wütend, brüllend und oft drohend verliefen die Diskussionen. Zuhälterei und die dahinter stehenden seelischen Probleme, Strich bei Mädchen und Jungen, Klauen, und alles unter dem Aspekt, daß das Haus dadurch gefährdet sei. Und mehr und mehr kam das Jugendamt hinein, die Polizei war ohnehin immer ein präsentes Problem. Eine Lösung gab es bei den allgemeinen inneren Problemen natürlich nie. Den stundenlangen Druck dieser Diskussionen ließen die Jugendlichen dann in der Organisation des Hauses ab: Je tiefer die Hausversammlung in den inneren Verhältnissen gegraben hatte, um so eifriger und verbissener wurde danach in Großaktionen das Haus gesäubert. Wie symbolisch wälzte sich ein zusehends wachsender Berg von Müll und Dreck das Treppenhaus hinunter – Ersatzbefreiung.
Hinter diesem Psychodrama verschwanden die sozialen Probleme, Arbeit, Schule, Wohnung gerieten fast in Vergessenheit. Das Leben in dieser Hausgemeinschaft ließ keine Kraft mehr übrig, so öffentlich, wie es sich abspielte, blieb kaum eine Verzweiflung im Dunkel, kaum ein innerer Druck, kaum eine Grundangst konnten sich verborgen halten. Die inneren Verhältnisse der Einzelnen drängten sich nach oben. Ob die Großen sich prügelten und auf sich aufmerksam machten oder das Zimmer zerschlugen, ob die Strichmädchen Heulkrämpfe kriegten, ob Pulsadern aufgeschnitten wurden oder ob die Kleinen Wasser auf die Passanten schütteten, alle brachten ihre inneren Probleme auf diesen Wegen nach draußen, wie Aufschreie nach Hilfe aus der Not.
Das alles richtete sich immer voll an die Betreuer. Eine Flut von Wünschen und Forderungen nach Aufmerksamkeit, Zuwendung und Trost, Liebe und Anerkennung umspülte sie ständig, Berge von Erwartungen wurden auf sie abgeladen.

Vieles fingen die Betreuer auf, bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, doch insgesamt blieb das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn zwei oder drei Betreuer standen in den »heißen Zeiten« abends, einer nur in den ruhigeren Zeiten morgens und nachmittags, achtzig Jugendlichen gegenüber. Das reichte kaum aus, die notwendigsten Grundregeln durchzusetzen. Als »Polizisten der Hausordnung« einen Mindestrahmen aufrechtzuerhalten, fraß unsere ganzen Kräfte auf.
Die seelischen Bedürfnisse der Jugendlichen blieben von den Betreuern daher zwangsläufig unbefriedigt, und sie prallten von ihnen in die Gruppen der Jugendlichen zurück.
Die Eigenbewegung des Hauses war so stark, daß die Betreuer mit hineingerissen wurden in den Sturm aus Gewalt und Hysterie, Angst und Verzweiflung. Viele Betreuer verzweifelten selber, einige gaben es auf, die meisten aber kamen von dem »Astor« nicht los, so wenig wie die Jugendlichen. Aufrechtgehalten wurden sie äußerlich vom Willen, den Kampf für die Rechte der Jugendlichen zu führen, innerlich von immer wiederkehrenden Momenten seltsamer und tiefer Geborgenheit. Oft, wenn die erschöpfte Ruhe nach dem Sturm eintrat, wurde ein Netz von Zärtlichkeit spürbar, das das ganze Haus durchzog, eine heimliche Brüderlichkeit wagte sich vor, bis an die Grenze des Bewußtseins.

Rückblick:
Heute erst, ein Jahr danach, trauen wir uns, vorsichtig darüber nachzudenken. Immer haben wir alle ein schlechtes Gewissen verdrängt, die Angst, verantwortungslos gewesen zu sein, weil wir die Masse von Jugendlichen nur strukturieren konnten, jeder einzelne aber mit seinen Problemen alleine blieb. Inzwischen haben wir erlebt, wie Jugendliche von damals wieder auftauchten und deprimiert vor dem geschlossenen »Astor« standen, wie ausgesetzte Kinder. Wir haben gesehen, wieviele dauerhafte Beziehungen entstanden sind; die geblieben sind und die wiederkommen, alle haben sich verändert. Das Leiden ist geblieben, vielleicht ist es nicht einmal geringer geworden, aber es erscheint beherrschter, fester und ein Stück bewältigt.
Im Blick zurück gewinnt das »Astor« eine tiefe Dimension, wie eine innere Revolution, ein Aufstand auf der Sklavengaleere der Gefühle, ein verzweifelter und gewalttätiger Versuch, die inneren Fesseln zu sprengen.



Polizeiübergriff vor dem »Hotel Astor«

Die Schließung einer modernen pädagogischen Einrichtung

Jahrelang haben wir vom Staat gefordert, Arbeiterjugendliche pädagogisch zu behandeln, statt sie zu verfolgen. Erziehung durch Strafe is heute allgemein geächtet. Pädagogisch handeln bedeutet, mit Kindern und Jugendlichen so umzugehen, daß sie befähigt werden, zu »selbständigen« und »selbstbewußten« Menschen heranzuwachsen.
Deshalb war alles, was wir konkret gefordert haben, in Übereinstimmung mit den herrschenden Erkenntnissen und Methoden. Was wir verwirklicht haben, war ebenfalls längst bekannt, längst anerkannt, und irgendwo wurde es auch längst praktiziert. So gibt es moderne Jugendeinrichtungen, die unautoritär vorgehen, auf Gewaltmaßnahmen in der Erziehung verzichten, die Gespräche als wesentliche Konfliktlösung betrachten, die Raum zu eigener Entscheidungsfähigkeit lassen, die Kontakte zum andern Geschlecht dulden oder gar fördern.
Es gibt sogar Einrichtungen, in denen chaotische Verhältnisse die Regel sind und wo man diesen sogar positive Aspekte abgewinnt. Im Bereich der Psychotherapie und bei Wohngemeinschaften für Drogenabhängige finden sich viele Beispiele dafür. Der SSK hat deren Möglichkeiten und Methoden zudem nur in einem begrenzten Maße gefordert und verwirklicht. Er verlangte nur das Mindeste an Pädagogik für seine Jugendlichen, und nur das Mindeste hat der SSK ihnen jemals bieten können.
Dennoch war in unseren Häusern das Chaos geringer, als es angesichts der großen Zahl der Jugendlichen und der eingeschränkten Mittel zu erwarten gewesen wäre. Im Vergleich zu den psychotherapeutischen Einrichtungen stehen wir tatsächlich als außerordentlich erfolgreich da.
Doch unser Versuch, moderne Pädagogik anzuwenden, führte dazu, daß wir verhetzt, verfolgt und schließlich verboten wurden. Der Ministererlaß untersagte uns den Betrieb unserer Einrichtung aus *pädagogischen* Gründen.
Der tatsächliche Grund kann also nicht in unserer pädagogischen Arbeit liegen. Der Vergleich mit den bestehenden ähnlich »freizügigen« Einrichtungen fördert ihn zutage: Während sich in psychotherapeutischen

DER MINISTER
FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Zustellung gemäß § 5 Abs. 1 VwZG
gegen Empfangsbekenntnis

Postanschrift: 4 Düsseldorf 1 · Postfach 1134

An den
V e r e i n
Sozialpädagogische
Sondermaßnahmen Köln e.V.

5000 K ö l n
Vorgebirgsstraße 5

DÜSSELDORF, 8. Februar 1974

FERNRUF 8351 BEI DURCHWAHL 835

IV B 2 - 6176.0/K/SSK -

GESCH.-ZEICHEN (Bei Antwort bitte angeben)

Betr.: Ihre Einrichtungen für Jugendliche in Ihrem Kontaktzentrum Vorgebirgsstraße 5 in Köln und im vormaligen Hotel Astor, Köln, Salierring 37

Der Betrieb Ihrer Einrichtung für Jugendliche im Hause Vorgebirgsstraße 5 in Köln und Ihrer Einrichtung für Jugendliche im Hause Salierring 37 in Köln wird hiermit nach § 70 Absatz 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (JWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197) auf die Dauer untersagt, weil Tatsachen festgestellt worden sind, die geeignet sind, das leibliche, geistige und seelische Wohl der in den beiden Einrichtungen betreuten Minderjährigen zu gefährden, und weil eine unverzügliche Beseitigung dieser Gefährdung nicht zu erwarten ist.

Die sofortige Vollziehung dieses Erlasses entsprechend § 80 Abs. 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird angeordnet.

Im Benehmen mit dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen wird der Oberstadtdirektor der Stadt Köln beauftragt, diesen Verwaltungsakt zu vollziehen.

G r ü n d e :

Nach den hier vorliegenden Berichten des Landesjugendamtes Rheinland und des Jugendamtes der Stadt Köln sowie nach den schriftlichen Mitteilungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., ist erwiesen, daß das leibliche, geistige und seelische Wohl der in Ihren Einrichtungen Kontaktzentrum Vorgebirgsstraße 5 in Köln und "Hotel Astor"

-2-

Salierring 37 in Köln untergebrachten und in Ihrer Betreuung stehenden Jugendlichen in hohem Maße dadurch gefährdet wird, daß

1. die baulichen und wohnlichen Verhältnisse in den beiden Häusern so ungünstig und negativ sind, daß die Voraussetzungen für eine einigermaßen fruchtbare pädagogische Betreuung nicht mehr gegeben sind; außerdem besteht aufgrund dieser Verhältnisse nicht nur eine Seuchengefahr, sondern auch die Gefahr eines nicht mehr rechtzeitig einzudämmenden größeren Brandes,

2. die von Ihnen und Ihren Mitgliedern geleistete Betreuung der in den beiden Häusern untergebrachten Jugendlichen den Anforderungen für eine sozialpädagogisch-sachgerechte und der Situation der Jugendlichen angepaßte Betreuung nicht entspricht,

3. die zwischen Ihnen und dem Stadtjugendamt Köln getroffenen Vereinbarungen betreffend die Aufnahme der bei Ihnen anlaufenden Jugendlichen und Kinder und die dazugehörigen Meldungen und Zuführungsmaßnahmen von Ihnen nicht eingehalten werden,

4. Sie den vom Landesjugendamt Rheinland ausgesprochenen Aufforderungen, die in den beiden Häusern tätigen sozialpädagogischen Fachkräfte zu benennen, die in den Heimaufsichtsbestimmungen genannten Regelungen für amtsärztliche und ärztliche Untersuchungen dieser Mitarbeiter zu beachten und den besonderen Bestimmungen zum Schutz der Pflegekinder Genüge zu tun, nicht nachgekommen sind,

5. Sie den Bitten des Stadtjugendamts Köln und des Landesjugendamts Rheinland um eine problem-orientierte Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten und den Jugendbehörden sowie anderen Erziehungsstellen nicht nachgekommen sind,

6. leitende Mitglieder Ihres Vereins sich in entschiedener Weise geweigert haben, den Mitarbeitern des Landesjugendamts Rheinland sowie dem Dezernenten für die Jugend- und Sozialverwaltung der Stadt Köln die Möglichkeit einzuräumen, einen Heimaufsichtsbesuch im "Hotel Astor" durchzuführen.

Hierzu ist im einzelnen auszuführen:

Zu 1.:

Die beiden Häuser wurden bereits am 4.10.1973 vom Bauaufsichtsamt der Stadt Köln überprüft. Dieses stellte unter

Gruppen und Drogenwohngemeinschaften Bürger und ihre Kinder tummeln, hatte der SSK es bis auf Ausnahmen mit Arbeiterkindern zu tun.
An ihnen die segensreichen Erkenntnisse moderner Pädagogik anzuwenden, ist offenbar nicht erlaubt.
Und das hat auch seine guten Gründe:
Denn jede Erziehung bestimmt sich von dem Ziel her, auf das sie gerichtet ist. Die Perspektive, die ein junger Mensch hat, entscheidet darüber, welche Erziehungsmaßnahme und welcher Erziehungsstil richtig sind. Und da ist es eben ein grundlegender Unterschied, ob der Jugendliche später mal am Fließband klarkommen muß oder in der Universität.
Was für den einen richtig ist, ist für den andern falsch. Wo vom Bürger Entscheidungsfähigkeit und Selbstbewußtsein verlangt werden, verlangen die Lebens- und Arbeitsverhältnisse vom Arbeiter Unterordnung und Anpassungsfähigkeit.
Was bei dem einen Voraussetzung für Existenzfähigkeit und Erfolg ist, kehrt sich bei dem anderen in Existenzunfähigkeit und Verelendung um.
Alle anerkannten Erziehungstheorien und alle durchgeführten Modelle gehören zur bürgerlichen Welt, aus der sie auch herstammen. Allgemein geht man davon aus, daß sie überall und uneingeschränkt gelten. Doch in Wirklichkeit gibt es genauso zwei »Erziehungen«, wie es in diesem Gesellschaftssystem zwei gegensätzliche Welten gibt: die bürgerliche und die der Arbeiter. In der bürgerlichen Welt gelten die Prinzipien der Pädagogik, werden angewandt und führen zum Erfolg. In der Arbeiterwelt gelten dieselben Prinzipien, können aber nicht angewandt werden, weil sie für Arbeiterkinder lebensgefährlich sind.
So muß der Arbeiter ständig das Gegenteil dessen tun, was die Fachleute, Lehrer, Sozialarbeiter, die Aufklärer in Presse und Fernsehen von ihm verlangen.
Er muß sein Kind zu Ordnung und Sauberkeit dressieren, damit es die seelischen Voraussetzungen für Fließband oder primitive Arbeit entwickelt. Er muß seinen Sohn verprügeln, wenn der aus der Reihe tanzt; wenn er will, daß sein Sohn nicht untergeht, muß er ihn einengen und frühzeitig an widerspruchslose Unterordnung gewöhnen.

Der SSK hat das nicht getan, obwohl er mit Arbeiterkindern zu tun hatte. Er erzog Arbeiterkinder auf Fähigkeiten hin, die für die Bürger reserviert sind. Gerade weil die Jugendlichen beim SSK lernten, selbstbewußt und selbständig zu leben und zu denken, mußte der Minister uns als Pädagogen bekämpfen. Als »oberste Aufsichtsbehörde« ist es seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alles seine Ordnung hat.
Er mußte den SSK beseitigen, weil dessen Arbeit in der letzten Konsequenz zum Eingriff in die Produktionsverhältnisse zu werden drohte. Zwar sind die obdachlosen Jugendlichen für die Produktion abgeschrieben, doch gerade im Elend muß die Unterordnung funktionieren, damit es unter Kontrolle bleibt.
Der SSK aber entließ in wachsendem Maße Jugendliche in ein gesellschaftliches Niemandsland, wo sie sich als unkontrollierbare Kraft ansammelten. Ohne Aussicht auf den Aufstieg ins Bürgertum und folglich, ohne die inneren Zügel der bürgerlichen Privilegien, wurde ihr Selbstbewußtsein zu einer latenten politischen Gefahr.

Die Entscheidung

Etwa im August 73 hat der SSK eine grundsätzliche und endgültige Entscheidung getroffen. Sie wurde nicht diskutiert, es fand keine Abstimmung statt, die Entscheidung stand auf keiner Tagesordnung.
Und doch wurde damals der weitere Weg des SSK bis heute festgelegt, sowohl seine innere Entwicklung als auch die Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat. Aus der Haltung der meisten Jugendlichen und Betreuer heraus, aus bewußt geschaffenen Fakten oder solchen, die sich entwickelt hatten; aus Instinkten, Gefühlen und Abwehrreaktionen auf Angebote der Stadt formte sich eine Haltung, durch die die kommende Entscheidung vorbestimmt wurde.
Es war die Entscheidung über die Frage der Kapazitätsbegrenzung. Je größer die Zahl der Jugendlichen beim SSK wurde, um so nachdrücklicher und schärfer wurde eine klare Begrenzung von uns verlangt. Der Sozialdezernent legte uns zunächst wohlwollend die Begrenzung nahe, andere Behörden drohend und viele Fachleute belehrend. Viele Exper-

ten hielten es für ausgeschlossen, daß der SSK oder irgend jemand ohne eine Kapazitätsbegrenzung überhaupt arbeiten könnte.
Mit Recht warfen uns unsere Gegner vor, ohne Kapazitätsbeschränkung sei echte pädagogische Arbeit nicht möglich. Die Herren von der Verwaltung diskutierten über pädagogische Methoden, kritisierten uns von pädagogischen Elfenbeintürmen aus, wo es doch um nichts anderes ging, als zunächst mehr als tausend jungen Menschen ein Dach über dem Kopf und was zu essen zu beschaffen. Von aller einfachen Vernunft her hätte man deshalb Maßnahmen planen müssen, wie sie zum Beispiel bei Naturkatastrophen durchgeführt werden: Schlafstellen einrichten, Volksküchen und ärztliche Versorgung, um danach, soweit die Mittel und Kräfte noch reichen, den Betroffenen Trost und seelische Hilfe zu geben.
Deshalb erklärten wir, daß wir uns solange nicht in der Lage sähen, einen Jugendlichen auf die Straße zurückzuschicken, wie wir die einzige Hilfseinrichtungen sind, und solange die Jugendlichen in unseren Häusern noch bessere Bedingungen vorfinden als auf der Straße. Wir machten klar, daß wir uns in erster Linie dem Anspruch der obdachlosen Jugendlichen auf Einlösung ihrer Grundrechte verpflichtet sehen und erst dahinter pädagogischen Maßstäben und Anforderungen.
Indem wir diese Position immer eindeutiger bezogen und an ihr festhielten, trennten wir uns in Wirklichkeit von den Resten unseres Selbstbilds als pädagogisch orientierte Gruppe ab. Entsprechend dazu begründete sich der SSK mehr und mehr als sozialpolitische Bewegung für die arbeitslosen, arbeitsunfähigen und verfolgten jungen Arbeiter.

Der Fortschritt der Reformen

Das Kontaktzentrum des SSK war als pädagogisches Modell eine weitreichende Reform der institutionellen Jugendhilfe. Die in ihm verwirklichten Rechte und Ansprüche der Jugendlichen reichten sogar entschieden über die fortschrittlichsten Vorschläge zum neuen Jugendhilferecht hinaus. Als »Reformmodell« wurde es auch von der »linken« SPD in Rat und Verwaltung begriffen und als »Reformmodell« wurde es

von ihr auch behandelt. Man sah in ihm moderne wissenschaftliche Erkenntnisse verwirklicht, verglich es mit schwedischen oder holländischen Einrichtungen und war entschlossen, in diesem Sinne unser »Experiment« unbedingt zu unterstützen. Von daher erklärt sich auch, daß diese Kräfte das gesamte Jugendamt von der SSK-Arbeit her neu bestimmen und organisieren wollten.
Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die 5 Jahre Kampf für das Kontaktzentrum im Rheinland eine umfassende Neuorientierung der institutionellen Jugendhilfe eingeleitet haben und auch über diesen Bereich hinaus Bewegungen erzeugten. Seit Beginn unserer Arbeit befindet sich die öffentliche Erziehung im Rheinland in einem ununterbrochenen Reformprozeß. Jedesmal, wenn sich der SSK in einem neuen Schritt durchsetzte, bewirkte das in den Heimen eine weitere Liberalisierung. Dabei gerieten wir immer wieder in die Gefahr, uns an die rheinischen Verhältnisse zu gewöhnen und sie für die allgemeinen zu halten. Berichte von Jugendlichen, die aus anderen Bereichen zu uns kamen, stießen uns immer wieder auf die allgemeine Wirklichkeit. Sogar in Westfalen, dessen Landesjugendamt demselben Ministerium in Düsseldorf untersteht wie das Kölner, herrschen noch ungebrochen die Zustände, die wir hier vor fünf Jahren angegriffen haben: Zwangsarbeit, Isolierzellen, Schläge und das ganze System gewalttätiger Unterdrükkung sind nach wie vor uneingeschränkt in Kraft. Im Rheinland hat man hingegen unter dem Einsatz immenser Gelder die Heime aus dem Mittelalter in die pädagogische Gegenwart geholt. Die alten Auswüchse sind abgeschafft, die Zwangsarbeit ist durch Ausbildungseinrichtungen ersetzt worden, die Prügelpädagogen werden immer weiter durch psychologisch geschulte Fachkräfte zurückgedrängt. Man arbeitet längst intensiv an Plänen für eine »fachlich orientierte Heimdifferenzierung«, therapeutische Einrichtungen mit großer persönlicher Freiheit für die Insassen werden realisiert. Eine neue Ära ist angebrochen, in den Heimen halten die modernen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse ihren Einzug.
Der SSK, der diese Entwicklung weitgehend bewirkt hat, hatte im letzten Sommer die Chance, selbst als Institution an die Spitze dieser Bewegung zu treten. Er hatte die Möglichkeit, in wenigen Jahren zu einem

neuen pädagogischen Konzern anzuwachsen und sich in einer Machtposition zu etablieren, an der auf die Dauer niemand mehr vorbeigekommen wäre.
Diese Chance aber haben wir ausgeschlagen, wir sind nicht die Reformer an der vordersten Front geworden. Die Auseinandersetzungen um das Kontaktzentrum öffneten uns die Augen für die Bedingungen und das Wesen von Reformen überhaupt.
Wir erkannten in den Auseinandersetzungen mit der Kölner Stadtverwaltung, daß die geforderte Kapazitätsbeschränkung nicht eine spezielle Kölner Marotte war und nicht Ausdruck von hiesigen besonderen Bedingungen. Wir stellten fest, daß es in dem Konflikt um eine Kapazitätsbegrenzung in unseren Häusern um ein allgemeines Prinzip ging, daß unsere Haltung grundsätzlich den Prinzipien des Sozial- und Wohlfahrtsstaats entgegenstand.
Deutlich wird das, wenn man die Reformbewegung der öffentlichen Erziehung im Rheinland genauer unter die Lupe nimmt. Es stellt sich dann heraus, daß Kapazitätsbeschränkung das allgemeine Grundprinzip der Jugend- und Sozialhilfe ist. Denn während allgemein das ständige Anwachsen des »Erziehungsnotstands« beklagt wird, während die »Verwahrlosung« um sich greift, die Jugendkriminalität bedrohlich ansteigt, ist die Zahl der Heimplätze im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland allein zwischen 1969 und 1972 um ein Drittel (31,3 %) gesunken. Die Plätze für Schulentlassene, die gefährdetste Gruppe – sind sogar um 42 % zurückgegangen, für schulentlassene Mädchen um 52,9 %!
Diese Zahlen werden wohlweislich vor der Öffentlichkeit zurückgehalten, kommen sie doch einer Bankrotterklärung gleich, einem skandalösen Zusammenbruch der öffentlichen Jugendhilfe. 1969 wurden die Heimreformen eingeleitet, die Heimerziehung erforderte ständige Nachtragshaushalte, man wies in den Haushaltsreden des Landschaftsverbands ständig auf die »Kostenexplosion« im Bereich der Heimerziehung hin. Begründet wurden die steigenden Kosten mit der Notwendigkeit der Reformen. Dennoch stellen sich gerade die Reformen als Hauptursache für die Kapazitätsverminderung heraus:
Einige Heime kirchlicher Träger erwiesen sich als nicht reformierbar

Während der "Erziehungsnotstand" sich ständig verschärft hat, gingen die Platzzahlen in den Heimen rapide zurück. Die abgedruckte Statistik stammt aus "Rahmenplanung der Öffentlichen Erziehung" des Landschaftsverbands Rheinland, Band A, 1973.

Entwicklung der Anzahl der belegbaren Plätze vom 31.12.1969 bis zum 15.11.1972 nach Platzarten

Platzart (Plätze für:)	Bestand am 31.12.69	Bestand am 15.11.72	Abnahme vom 31.12.69 bis zum 15.11.72	
	Anzahl		Anzahl	in vH
Vorschulaltrige zus.	58	53	5	8,6
davon für Jungen	32	29	3	9,4
Mädchen	26	24	2	7,6
Schulpflichtige zus.	1.964	1.675	289	14,7
davon für Jungen	1.376	1.211	165	12,0
Mädchen	588	464	124	21,1
Schulentlassene zus.	3.177	1.842	1.335	42,0
davon für Jungen	1.578	1.089	489	31,0
Mädchen	1.599	753	846	52,9
Insgesamt	5.199	3.570	1.629	31,3
davon für Jungen	2.986	2.329	657	22,0
Mädchen	2.213	1.241	972	43,9

Die verantwortlichen Amtsträger wußten seit langem, daß der Platzmangel für viele Jugendliche bedeutet, direkt in dem Knast zu landen. Zitate aus der "Denkschrift des Landesjugendamtes Rheinland" von 1967 (!).
"Das LJA ist nicht in der Lage, Ersatzheime zu benennen. Es muß die Minderjährigen zu Hause belassen oder untätig bleiben, obwohl sich die Mädchen ohne festen Aufenthalt herumtreiben."
"Die nicht rechtzeitige Unterbringung der Jugendlichen hat oft schwerwiegende Folgen. Nicht selten begehen diese Jugendlichen in der Zwischenzeit erhebliche Straftaten oder gefährden sich selbst. Traurige Beispiele hierfür liegen vor."

und wurden geschlossen. In den bestehenden Heimen wurden die Gruppen entsprechend den pädagogischen Mindestanforderungen verkleinert, die Anforderungsn an die fachliche Qualifikation des Erzieherpersonals wurden höher geschraubt. Alles das zusammen verminderte die Kapazität und ließ gleichzeitig die Kosten steigen. In diesen wenigen Jahren schossen die Tagespflegesätze (die Kosten pro Tag und Jugendlichem) von durchschnittlich 40 DM auf 80 bis 100 DM hoch.

In den anderen Bereichen der Sozialhilfe zeigt sich derselbe Prozeß: Kapazitätsbegrenzung ist das entscheidende innere Gesetz der Sozialhilfe, die Reformen verschärfen es immer weiter. Je mehr die Sozialhilfe ihre Leistungen verbessert, an desto weniger Hilfsbedürftigen findet sie statt.

So ist abzusehen, daß wir in einigen Jahren ein modernes, dem Anspruch des Sozialstaates weitgehend gerecht werdendes Wohlfahrtssystem haben, in dem irritierende Fehler wie die alten Erziehungsheime nicht mehr auftauchen.

Dieses Wohlfahrtssystem hängt allerdings hoch in der Luft über den Massen der verelendeten Menschen, die nicht zur Kenntnis genommen werden, die deshalb nicht als hilfsbedürftig eingestuft und registriert sind. Eine künstliche Sozialhilfewelt steht im Licht der öffentlichen Diskussion. Methoden werden für sie entwickelt, Gesetze für sie gemacht, immer neue luxuriöse Einrichtungen werden für sie geschaffen. Im Dunkel allerdings vegetieren Massen in einem Leben ohne Rechte, ohne materielles Existenzminimum, ohne Interessenvertretung, ohne Sprache. Im gleichen Maße wie für die Auserwählten der sozialwissenschaftliche Aufwand wächst, wird für das aus dem Sozialstaat ausgebürgerte Elend der Polizeiapparat ausgebaut. Das erklärt den ständigen hektischen Ausbau von Polizei und Bundesgrenzschutz in den letzten Jahren wahrscheinlich mehr als die »Gefahr«, die von extremen Kommunisten oder der »Baader-Meinhof-Bande« ausgeht.

Die Durchführung der Kapazitätsbegrenzung geschieht auf unmerkliche und indirekte Weise: durch Schwellen, die der Sozialhilfe vorgebaut sind, wie Antragsformulare, Behördenwarterei, durch Folgen wie soziale Diskriminierung oder Verlust der Selbständigkeit, durch staatliche Kontrolle des Intimbereichs. Deshalb existieren Hunderttausende in offenem Elend, weil die Sozialhilfe noch größere Angst erzeugt als das Elend selbst. Deshalb gibt es Selbstmorde aus materieller Not, deshalb liest man immer wieder in den Skandalseiten der Presse vom alten Rentner, der still für sich verhungert ist. Dis Kapazitätsbegrenzung der Sozialhilfe ist heimlich und wird nach Kräften verschleiert, indem man immer so tut, als sei die Zahl der Sozialhilfeempfänger genau die Zahl derer, die verelendet sind. Das erlaubt es, die Sozialstaatsillusion aufrechtzuerhalten.

Damit aber rückt eine Vision näher, die andernorts bereits Wirklichkeit geworden ist: in New York, wo innerhalb des demokratischen Staats ganze Territorien sind, die außerhalb jeglicher staatlicher Einwirkungen existieren. In Haarlem ist nicht einmal mehr die Polizei vertreten, sie beschränkt sich darauf, den Dschungel zu umkreisen und dafür zu sorgen, daß er in seinen Grenzen bleibt. Diese Gettos, für deren Bewohner niemand verantwortlich ist als sie selbst, erlauben es dann, daß draußen der »Staat« leidlich funktioniert, daß man den Leuten dort sogar noch ständige Verbesserungen vorführen kann. Das ist auch die Perspektive der hiesigen Reformen. Während seit einem Jahr die Jugendarbeitslosigkeit beklagt wird, während die allgemeine Krise andauernd neue Gruppen von Arbeiterkindern ins Elend treibt, eröffnet man in Köln unbekümmert die teuerste Einrichtung, die die Jugendhilfe hierzulande je gesehen hat, das Körnermodell, wo der Tagespflegesatz bei 130,– DM ohne Nebenkosten liegt.

Die Erfolge der Reformmodelle

Wie die allgemeine Struktur und Funktion der Reformmodelle sich auf den Kreis der »Auserwählten« auswirkt, haben wir auch am eigenen Leib erfahren. Sie werden herausgeschnitten aus ihrem sozialen Zusammenhang, losgelöst von ihrer Herkunft und auf eine Art und Weise präpariert, die es möglich macht, mit ihnen umzugehen.
Die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden stammen alle aus dem bürgerlichen Lebensbereich und passen nur auf sie. Sie sind abgestellt auf psychische und medizinische Probleme und kennen nicht die nackte Not und die kreatürliche Angst vor körperlicher Unterdrükkung. Sie kennen auch nicht offene Gewalt als angemessene und einzige erfolgreiche Form von Widerstand oder Artikulation.
Was sie nicht kennen, akzeptieren sie auch nicht, und das erklären sie folglich als falsch oder schädlich. Alle materiellen Zwänge scheiden sie daher aus.
Als falsch oder schädlich erklären sie die Lebenslage, die Ausdrucksformen, die Konfliktlösungen, die psychisch-geistige Welt der Arbeiterschaft überhaupt.

Damit das funktioniert, müssen die materiellen Probleme und auch die von materiellen Problemen beherrschte Zukunft der jungen Arbeiter beseitigt werden. Das geschieht, indem die »Klienten« Geld bekommen, in Einrichtungen gehalten werden, in denen sie materiell total versorgt und teilweise überversorgt werden. Wenn sie dann anfangen, zu vergessen und zu verdrängen, wie ihre tatsächliche Lebenslage als Arbeiter ist, drückt man ihre Probleme in die bekannten und beherrschbaren Kategorien der bürgerlichen Klassen und beginnt mit der entsprechenden intensiven »Therapie«.
Wo diese »Therapie« gelingt, hat sie zur Folge, daß ein Arbeiter über die Sozialhilfe ins Bürgertum integriert worden ist. Das sind dann die paar, die man später mit Mittelschulabschluß oder gar Abitur präsentiert. In aller Regel aber endet die Prozedur damit, daß die Therapie seitens der Klienten oder seitens des Therapeuten an irgendeinem Punkt einfach abgebrochen wird und der Klient schlagartig von der Bildfläche der Sozialhilfe ins Dunkel des Elends fliegt. Er gehört dann zu der ständig wachsenden Gruppe der Unerziehbaren oder Therapieunfähigen, falls nochmal jemand nach ihm fragen sollte.

Das Ende der Reformen

In dem Kampf um die Kapazitätsbegrenzung löste sich der SSK ab von *jener* Reformpartei auf der politischen Szene, mit der er die ganzen Jahre die Zusammenarbeit gesucht hatte. Diese Reformpartei war gebildet aus einer Minderheit in der SPD, die zeitweilig die Unterstützung der Mehrheit besaß, einigen Kräften in der FDP und schließlich einigen Einzelkämpfern in der rheinischen CDU, die streng im Verborgenen wirkten. Die Reformen dieser Reformpartei waren kaum in den Inhalten beschränkt, aber sehr deutlich im Umfang und in der Form. In diesen Reformen war es wohl möglich, daß 5 Jungen mit 5 Mädchen im Kontaktzentrum schlafen, obwohl das durch Gesetze verboten ist, es war aber nicht möglich, daß 50 Jungen und 50 Mädchen getrennt im Kontaktzentrum schlafen, obwohl das kein Gesetz verbietet, weil so viele eine Auswirkung auf ihre Umwelt haben mußten. Das Wesentliche

an dieser Reform war, daß sie unauffällig vollzogen werden mußte, daß sie keinen Lärm und keinen Dreck verbreiten und keinen Staub aufwirbeln durfte. Wie alle diese Reformmaßnahmen sollte das Kontaktzentrum niemanden belästigen. Es sollte die obdachlosen Jugendlichen aufnehmen, die Jugendlichen sollten Rechte haben, aber die Heime sollten keine Rechte verlieren. In allem, was wir getan hatten, waren wir weit hinter den Modellen und Forderungen als anerkannte Pädagogen und Soziologen zurückgeblieben. Wir waren in den Forderungen äußerst mäßig, wir hatten sie nur auf alle bezogen, deshalb waren wir unmäßig.

Hinter der Forderung nach Kapazitätsbegrenzung steckte das Verlangen, die Elenden aufzuteilen, in wenige, denen alle Möglichkeiten offenstehen, die unsere wissenschaftlich-technische Gesellschaft bietet, und viele, die namenlos ins Dunkel gestoßen werden. Der ganze SSK, Jugendliche und Betreuer, reagierte auf dieses Ansinnen durch Solidarität, d. h. Zusammenrücken, Teilen. An diesem Punkt überschritt der SSK eine innere Grenze der Reformbewegung. Das Gesetz: für wenige viel, für die meisten nichts, erwies sich als die Grundbedingung für Reform im gegenwärtigen System überhaupt. Wer es überschreitet, muß mit der Feindschaft der Reformer rechnen. Eine Reform aber, die es verbietet, hundert Hungrigen einen Teller Suppe zu geben, und statt dessen gebietet, 10 Hungrige in ein Luxusrestaurant zu führen und 90 wegzujagen, ist keine Reform, sondern eine ganz neue Qualität von Reaktion. Sie spielt die Armen gegeneinander aus und hetzt die Arbeitenden, die die Luxuseinrichtungen finanzieren müssen, gegen die Armen auf. Deshalb ist diese Reform in ihrer Auswirkung schlimmer als das System, welches sie ablöst. Auf die Kapazitätsbegrenzung der Reform-SPD konnte der SSK schließlich nicht anders reagieren als auf den Versuch der CDU, das Kontaktzentrum zu schließen und die Jugendlichen wieder auf die Straße zu jagen. Auf die Weigerung des SSK, die Kapazität zu begrenzen, konnte die SPD schließlich nicht anders reagieren als die CDU und die Kirche: Sie befahl die Schließung und trieb die Jugendlichen zurück auf die Straße.

SSK
WIR PACKEN AN
TEL
213
175
Hey,
wir sitzen
auf der Straße

Wir packen an

Im April war der SSK am Ende. Die letzten Gelder waren aufgebraucht. Die Jugendlichen im SSK-Haus in der Niehler-Str. gingen geschlossen zum Jugendamt über, weil sie nichts mehr zu essen hatten. Von den Jugendlichen, die noch in unseren Wohnungen saßen, fingen die ersten an zu klauen und auf dem Strich zu gehen. Die Betreuer nahmen der Reihe nach Arbeiten an und fielen für den SSK aus. Das Haus in der Vorgebirgstr., wo wir noch ein Aktionsbüro hatten, mußten wir räumen, weil wir die Miete nicht mehr bezahlen konnten. Die Aktionsgruppen lösten sich auf. Tiefe Resignation machte sich breit, nachdem das hektische Getriebe der Demonstrationen und Kampagnen vorbei war.
Wir wachten auf, wie aus einem Schock, und alles, was wir in einem Jahr aufgebaut hatten, war weg, außer uns, und 30 Jugendlichen.

Der LKW

Die Jugendlichen gaben nicht auf. Sie verkauften Dokumentationen, schnorrten Geld, zogen durch die Kneipen und machten Musik. In Düren ging eine Gruppe auf einer Obstplantage arbeiten. Wir holten den LKW, den der SSK der Niehler-Str. früher einmal zur Verfügung gestellt hatte. Wir klebten Plakate in der ganzen Stadt, verteilten Handzettel, klapperten Bekannte ab: habt ihr Arbeit für uns? Die ersten Aufträge kamen, zunächst nur spärlich. Abends wurde das Geld unter den Jugendlichen verteilt, wenn es spät wurde, brachte der LKW eine Kiste Lebensmittel mit, Spaghetti, Margarine, Brot, Tabak.
Bald begannen wir auch, gut erhaltene Sachen aufzuarbeiten; einen kleinen Lagerraum in der Innenstadt, den wir bis dahin als Wohnung genutzt hatten, als Laden einzurichten. Jetzt zeigte sich, daß der gemeinsame Kampf eine ganz neue Qualität geschaffen hatte. Die geblieben waren, Betreuer und Jugendliche, hatten sich gegen das Geld vom Jugendamt entschieden und für ein selbständiges, unabhängiges Leben; Sie waren bereit, dafür Opfer zu bringen und sich Disziplin aufzuerlegen. Alle waren wie ausgetauscht, der LKW zog uns alle vorwärts.

Aufträge kamen aus der ganzen Bevölkerung. Jetzt konnten wir sehen, wie wenig im Grunde die Pressehetze die Bevölkerung berührt hatte. Das einzige, was davon geblieben war, war das Gefühl bei den Leuten: hier sind welche in Not, hier muß etwas geschehen. Die Jugendlichen erzählten den Leuten von ihrer Lage, von dem Kampf des SSK, und von vielen Leuten kam eine Welle von Hilfsbereitschaft zurück. Sie kramten Kleider hervor, vermittelten uns neue Aufträge oder zahlten von sich aus mehr, als wir forderten.
Inzwischen hat sich »Wir packen an« zu einer Trödler- und Entrümplungsfirma entwickelt. Eine Reparaturwerkstatt für Elektro und Möbel hat sich angeschlossen. Für kleinere Reparaturen im Haushalt gibt es einen Reparaturdienst.

Das Baukollektiv

Damals hatte sich in Köln eine Gruppe gebildet, die den Plan hatte, ein Haus für Wohngemeinschaften selber zu bauen. Das Geld dazu wollten sie durch den Bau von anderen Häusern verdienen. Diese Gruppe nannte sich Baukollektiv Willibald. Das Herz der Gruppe ist Stefan, ein Maurer, der später Mathematik studiert hatte und der an der Uni ausgeflippt war, wie viele vom SSK. Stefan wohnte mit SSK-Leuten zusammen. Er sammelte um sich junge Arbeiter, die mit den Arbeitsverhältnissen nicht klargekommen waren: ein Fixer, einer aus dem Knast, und noch andere, teils Leute, die schon einmal beim SSK gewesen waren, teils von außerhalb.
Bald entdeckten sie Ähnlichkeiten mit dem LKW-Projekt. Jugendliche von »Wir packen an« wurden aufgenommen, und ganz allmählich begann das Baukollektiv in den SSK hineinzuwachsen. Das erste Haus wuchs. Alle sahen: hier wird nicht nur entrümpelt, hier wird richtig produziert. Das war eine tolle Bestätigung für alle, die da arbeiteten und eine Herausforderung für die vom LKW. Der Wunsch, es »draußen« wieder zu schaffen, »richtig arbeiten« zu gehen, ein ganz normaler Arbeiter zu sein, alle Erwartungen, die die Eltern in die Jugendlichen hineingelegt haben, wurden neu geweckt. Gleichzeitig kamen aber auch die

normalen Arbeitsbedingungen wieder ins Bewußtsein, die in dem lokkeren Entrümplungsunternehmen weitgehend unterlaufen werden. Beim Entrümpeln mit dem LKW braucht man nicht jeden Tag mitzuarbeiten, man kann untertags mit einem anderen tauschen, es gibt Pausen und eine Menge Abwechslung. Beim Baukollektiv muß dagegen den ganzen Tag gleichmäßig gearbeitet werden, und das die ganze Woche lang, sonst gerät bald das ganze Projekt in Gefahr. Manche gaben wieder auf, enttäuscht kamen sie zum LKW zurück, andere stiegen ein. Eine lebhafte Diskussion entbrannte, die bis heute anhält. Allmählich wird uns klar, daß im Baukollektiv »Wir packen an« und die »normale« Arbeitswelt aufeinanderprallen. Zeitdruck, Leistungsdruck, Qualifikation, Betriebskapital, Arbeitsbestimmungen, technische Vorschriften drängen in die freie Welt der Trödler und Entrümpler. Die Solidarität und das Gruppengefühl des SSK können diesen Druck bis zu einem gewissen Grad auffangen. Dahinter wird eine Grenze sichtbar, die unserer Arbeit von außen gesetzt ist und die wir allein nicht durchbrechen können.

Zur Zeit geht das zweite Haus seiner Fertigstellung entgegen. Aus den Jugendlichen hat sich ein fester Kern von Bauleuten herausgebildet, andere helfen von Tag zu Tag mit.

Ambulanz im SSK

Als der SSK in der Fachhochschule war, kam auf unsere Flugblätter hin ein Arzt zu uns, um die Jugendlichen medizinisch zu betreuen. Was er vorfand, war erschreckend: schwerste Erkrankungen, über Monate verschleppt, Krankheitsbilder, die man sonst nur in Entwicklungsländern sieht, fast keiner der Jugendlichen war gesund. Es dauerte Tage, bis die gröbste Versorgung gesichert war. Der Arzt brachte Kollegen mit und Krankenschwestern. Alle standen fassungslos vor dem Elend, das sich immitten eines Landes mit hochstehender medizinischer Versorgung angesammelt hatte. Sie erfuhren, daß Jugendliche ohne Krankenschein von den Ärzten abgewiesen werden, daß die Krankenhäuser sie, wenn überhaupt, dann nur bei Lebensgefahr notdürftig versorgen, daß die Sozialbehörden sich weigern, Krankenscheine auszustellen. Das, was sie zunächst mit ungläubigem Staunen von uns gehört hatten, erfuhren die Ärzte bald selbst genauer: selbst mit ärztlichen Diagnosen wurden Jugendliche abgewiesen, nur weil sie keinen normalen Krankenschein hatten.
Aus der Nothilfe gründete sich die »Ambulanz im SSK« als feste, eingerichtete ärztliche Praxis. Sie bezog Räume zuerst in der Vorgebirgstraße und, als wir das Haus räumen mußten, im »Hotel ASTOR«. Lange Zeit war die »Ambulanz im SSK« die einzige legale Einrichtung des SSK, wo die Jugendlichen nicht in der Gefahr waren, verhaftet zu werden. Die Sprechstunden wurden zu SSK-Treffen, das Recht auf ärztliche Behandlung zum stärksten Schutz.
Als die »Rundschau« erfuhr, daß die »Ambulanz« in's »ASTOR« eingezogen war, versuchte sie mit allen Mitteln, diese Praxis zu schließen. Die Ärztekammer wurde mobilisiert, das Gesundheitsamt, dem Arzt wurden Strafen angedroht, Umfragen bei Ärzten und Nachbarn fanden statt.

Liebe Nachbarn!

Erschrecken Sie bitte nicht zu sehr, wenn Sie jetzt wieder etwas vom SSK hören.

Wir wissen selbst, daß Sie durch das "Hotel Astor" häufig gestört und belästigt worden sind, wir wissen auch, daß der Betrieb unserer Einrichtung in der Form für die Nachbarn auf die Dauer unerträglich

Nachbarn wurden vorgewarnt: Freundliche Zeilen des SSK an Bewohner der Häuser am Sallerring.

Der SSK nistete sich wieder im „Astor" ein

Ambulanz für Behandlung Jugendlicher – Niemand gab Genehmigung

VON KLAUS PETER BEUTH

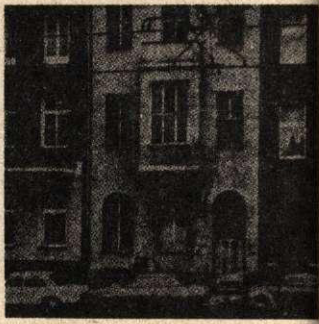
Der freundliche Ton des Schreibens, das Anwohner am Sallerring in ihren Briefkästen fanden, blieb ohne Wirkung: Die „lieben Nachbarn" erschraken heftig. Der SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) machte wieder von sich reden.

Am 19. April wurde im Hotel Astor die „SSK-Ambulanz" eröffnet, „eine Arztpraxis, in der mehrere Ärzte unentgeltlich an drei Tagen in der Woche alle diejenigen behandeln, die keinen Krankenschein haben oder aus verschiedenen Gründen gar nicht oder nicht richtig behandelt werden".

So heißt es in dem Schreiben des SSK, datiert vom 21. April, „An die Nachbarn des Hotel Astor". Die Nachbarn freilich fürchten, daß sehr schnell wieder die unerfreulichen Zustände einreißen, die noch Anfang Februar den SPD-Fraktionsgeschäftsführer Erich Neumann zu der ereignisreichen Bemerkung veranlaßten: „Der Kanal ist voll."

Der Hotelbesitzer hat noch beträchtliche Forderungen an die Stadt wegen der Schäden, die angeblich durch die SSK-Zöglinge entstanden sind. Darüber kann ihn auch die ganz beträchtliche Summe, die die Stadt damals dafür zahlte, daß er in seinem Hotel den obdachlosen Jugendlichen Unterkunft bot, nicht hinwegtrösten. So will sich Sporn „mit dem SSK nicht auf Kriegsfuß stellen", um bei seinen Verhandlungen mit der Stadt den Rücken frei zu haben. Ronny Sporn: „Ich finde das zwar nicht gut, daß die sich da einfach wieder reinsetzen, aber es tut mir auch nicht weh."

Stadt ahnungslos



Hotel Astor: Ambulanz für obdachlose Jugendliche.

Als besonders beunruhigend sahen es die Ärzte an, daß die Behandlung in der Ambulanz kostenlos ist. Sie spüren instinktiv, daß hier etwas in Bewegung gekommen ist, was an die Grundlagen ihres Standes rührt: Behandlung ohne Rücksicht auf den Geldbeutel. Die »Ambulanz im SSK« hat alle Fälle dokumentiert, in denen Ärzte oder Krankenhäuser

Menschen die Hilfe verweigerten, die keinen Krankenschein oder kein Geld hatten. Diese Dokumentation legt die medizinische Versorgung als ein System bloß, in dem Gesundheit eine Ware ist, die Ärzte Unternehmer, die Kliniken Fabriken, ein System, in dem die Arbeiter abgefertigt werden und die Verelendeten ohne Hilfe verrecken.

»Helft dem SSK«

Im Sommer war es unübersehbar, daß der SSK nicht tot war. Überall hingen Plakate von »Wir packen an«, der LKW fuhr ständig durch die Stadt, vor den Häusern sah man die Jugendlichen bei der Arbeit, die Ambulanz sprach sich überall herum. Besonders um das »Hotel ASTOR« war ständig etwas los. Jugendliche gingen ein und aus, Leute trafen sich zu Sitzungen. Das löste besonders bei den Behörden Unruhe aus, denn das großsprecherisch angekündigte Modell, in den »städtische Experten« der Öffentlichkeit zeigen wollten, wie man die Jugendlichen richtig betreut, war immer noch nicht eröffnet. Eröffnet war nur ein protziges Bürohaus für die Verwaltung des neuen Sonderjugendamtes. Dort sah man fast nie Jugendliche, während zum SSK täglich mehr kamen.
Der SSK war in Gefahr. Er erinnerte durch seine bloße Existenz ständig daran, daß die Stadt ihr Versprechen immer noch nicht eingelöst hatte. Gleichzeitig herrschte unter den Spitzenleuten des neuen Jugendamtes panische Furcht, der SSK würde eine neu eröffnete Stelle für obdachlose Jugendliche durch seinen Einfluß auf die Jugendlichen kaputt machen. Diese Furcht war um so größer, je beharrlicher der SSK alle Fühler, die das Jugendamt ausstreckte, zurückwies. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß einflußreiche Leute es als einen Fehler ansahen, daß man den SSK im Winter nicht ganz kaputt gemacht hatte.
Die »Rundschau« begann eine Kampagne in demselben bedrohlichen Stil, den wir aus dem Jahr vorher kannten. Das Ordnungsamt kontrollierte, das Gesundheitsamt kam schnüffeln. Die »Sonderfahndung« der Kriminalpolizei tauchte ständig vor den Häusern auf, schließlich kam es zu einer Razzia. Zwar ließ sich die Bevölkerung jetzt nicht mehr aufhet-

zen, Kriminalität gab es so gut wie gar nicht mehr, Ruhestörung war selten – dennoch würde man irgendwann einen Anlaß finden, um unsere Wohnungen zu schließen oder die Vermieter aufzuhetzen.
In dieser gefährlichen Situation brauchten wir Hilfe durch eine breite Öffentlichkeit. Wir wandten uns an die Freunde, die dem SSK früher schon geholfen hatten. Sie gründeten den Verein: »Helft dem SSK« e. V. Heinrich Böll schrieb einen Aufruf an die Bevölkerung. Zur ersten Veranstaltung des Vereins im August kamen 700 Leute, viele traten dem Verein bei, Spenden gingen ein. Von der Kölner Presse wurde diese Veranstaltung verschwiegen, aber auf Tausenden von Plakaten hatte jeder Kölner den Aufruf gelesen. Der SSK hatte damit auf einer breiten Front einen direkten Kontakt zur Bevölkerung hergestellt, der unabhängig ist von der Lokalpolitik der Zeitungsverleger.
Mit »Wir packen an« hat sich der SSK vielgestaltig in der Stadt eingerichtet. Wir haben viele Möglichkeiten, den Leuten zu helfen, und sie haben viele Möglichkeiten, uns zu helfen. Wir können mauern, reparieren, tapezieren, entrümpeln, Möbel abholen, transportieren. Die Leute können uns alle möglichen Aufträge geben, sie können bei uns Möbel und Hausrat kaufen, sie können uns Sachen schenken oder Wohnungen vermitteln. Das Leben der Jugendlichen und Betreuer ist damit eingewoben ins normale Leben der Stadt. Wir gehören dazu, wir sind keine fremden Tiere mehr, keine Schmarotzer, keine Ausgeflippten, wir brauchen keine besondere Rücksicht, und vor uns braucht keiner Angst zu haben.
»Wir packen an« beschränkt sich aber nicht auf sich selbst, es bleibt nicht dabei stehen, sich mit den Leuten zu beschäftigen, die dazugehören und im SSK leben. Die Ambulanz reicht weit über den SSK hinaus; sie wird von allen möglichen Jugendlichen, die ohne Hilfe in der Stadt leben, in Anspruch genommen. Hier treffen sich Fixer, Jugendliche, die einmal beim SSK waren und jetzt selbständig sind, oder auch eine Wohnung vom Jugendamt haben, Ausländer und Arbeitslose ohne Krankenschein.
»Wir packen an« macht nicht nur bezahlte Aufträge. Hier wird einer Sozialrentnerin kostenlos der Umzug gemacht, Jugendliche, die eine Wohngemeinschaft einrichten wollen, bekommen Möbel und Hausrat

geschenkt. In »Wir packen an« arbeiten nicht nur Jugendliche, schon gar nicht nur ehemalige Fürsorgezöglinge. In letzter Zeit kommen immer mehr Leute aus dem Knast, die nach Verbüßung ihrer Strafen einfach auf die Straße gesetzt wurden, ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und von der Sozialfürsorge zynisch abgewimmelt. In wenigen Monaten wird mehr als die Hälfte aller jungen Arbeiter im SSK volljährig sein. Damit hat der SSK auch von dieser Seite den Charakter einer »Jugendhilfe« verloren, er hat die künstliche Trennung der Bedürftigen in »schutzwürdige« Jugendliche und schutzlose Erwachsene aufgehoben.
»Wir packen an« ist keine Wohlfahrtseinrichtung des Sozialstaates mehr. In der gesellschaftspolitischen Zuordnung gehört »Wir packen an« mit denen die darin arbeiten schon viel eher zur Gewerkschaft, als zum Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem der SSK als Träger der Jugendhilfe angeschlossen ist.
Allmählich wird sichtbar, daß der SSK mit »Wir packen an« eine Interessenvertretung und eine Organisations- und Kampfform nicht nur für obdachlose Jugendliche sein kann, sondern für eine viel größere Gruppe, für Arbeiter überhaupt, deren Arbeitskraft aufgrund der allgemeinen Arbeitsbedingungen, der momentanen Konjunkturlage, oder was immer sonst, nicht gebraucht wird und die deshalb auf der Straße liegen. Hier verkehrt sich jetzt das Verhältnis von SSK zu »Wir packen an«: Der SSK hat »Wir packen an« gemacht, damit die Jugendlichen beim SSK leben können. Jetzt wird »Wir packen an« zur Basis für alle soziale Arbeit des SSK und zur jetzt gerade möglichen Verwirklichung der Idee des SSK.

Organisation

»Wir packen an« ist eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft von 50 Jugendlichen und 15 Betreuern. Die meisten wohnen zusammen. Es gibt Wohngemeinschaften nur von Jugendlichen, Wohngemeinschaften von Betreuern und Jugendlichen, und lose Gemeinschaften, wo Gruppen von Jugendlichen und Betreuern nebeneinander unter einem Dach wohnen.

»Wir packen an« regiert sich selbst. Jede Wohn- oder Hausgemeinschaft hat wöchentlich eine Hausversammlung, in der alle Probleme des einzelnen und der Gemeinschaft besprochen werden. Hier werden auch Pläne und Vorschläge erörtert, die den ganzen SSK betreffen und der Vollversammlung vorgelegt werden.
Eine SSK-Vollversammlung in der Woche entscheidet über Aufnahmen und Ausschlüsse und über alles, was den ganzen SSK betrifft.
Einmal in der Woche ist »Wir packen an«-Versammlung, bei der alle Arbeitsprobleme besprochen werden.
Jeder Jugendliche hat 2 Tage in der Woche Dienst, am LKW, im Lager oder im Laden. Das ist das Minimum an Arbeit, das für alle gleich ist. Es ist so niedrig angesetzt, daß jeder die Anforderungen erfüllen kann. Wer mehr machen will und kann, übernimmt feste Verantwortungsbereiche, wo er jeden Tag da sein muß: z. B. Reparaturwerkstatt, Auftragsdienst. Im Baukollektiv arbeitet jeder 4 Tage in der Woche.
Jeder Jugendliche erhält 30 Mark in der Woche für Essen und Rauchen. Miete, Strom und Heizung bezahlt die Gemeinschaft. Hausrat, Kleider und Möbel kommen aus Entrümpelungen oder aus Spenden.
Die Mitglieder des Baukollektivs erhalten 50 Mark pro Woche. Die Betreuer leben nicht von »Wir packen an«. Ein Teil studiert nebenher Sozialarbeit und Sozialpädagogik, sie erhalten Stipendien. Die anderen gehen abwechselnd arbeiten.

Ein Tag bei »Wir packen an«

7h Im Haus wird es lebendig. Das Baukollektiv steht auf. Draußen fährt der Bau-Bus vor.

8h Der LKW-Dienst sammelt sich. Sie haben noch Schutt auf dem Wagen und müssen vor dem ersten Auftrag noch zur Kippe.

9h Der Telefondienst im Laden sucht den LKW, Kunden warten auch schon.

10h Großes Hallo im Hof: der LKW ist zurück und muß abgeladen werden. Aber der Lagerdienst liegt noch in den Federn, und der Betreuer, der heute im Lager helfen wollte, ist auch noch nicht da.

11h Der Betreuer trifft ein mit 2 Jugendlichen aus seiner Wohngemeinschaft. Heute morgen war die Rückführungsstelle vom Jugendamt mit der Kripo da und hat einen Jugendlichen aus der Wohnung geholt. Er wird in ein übles Heim zurückgeführt. Kurze Beratung. Ein Flugblatt soll gemacht werden gegen das Jugendamt. Außerdem müssen wir etwas gegen das Heim unternehmen, dort sind besonders schlimme Verhältnisse.

12h Inzwischen ist der LKW vom dritten Auftrag zurück. Es sind ein paar schöne alte Möbelstücke auf dem Wagen.

13h Beschwerde aus der Nachbarschaft: Wir sollen unter Mittags nicht mit der Kreissäge arbeiten. Winterholz muß also später gemacht werden.

14h Im Lager ist eine Mutter, die ihre Tochter sucht. Es gibt ein Wiedersehen, viele Tränen und Vorwürfe, schließlich erklärt sie sich damit einverstanden, daß das Mädchen vorläufig bei uns bleiben kann.

15h Eine Nachbarin kommt vorbei. Wir können eine Kühltruhe und einen Fernsehapparat abholen. Außerdem hat sie noch eine Menge gut erhaltene Klamotten. Als die Sachen kommen, geht es zu wie beim Sommerschlußverkauf am Wühltisch. Anschließend Modeschau.

16h Verpflegungsgeld wird an die Wohngruppen ausgezahlt. Es schließt sich eine kurze und heftige Diskussion der Finanzlage an.

17h Ein alter Mann kommt vorbei. Er muß aus der Wohnung und kriegt vom Wohnungsamt keinen Ersatz. Morgen früh geht jemand mit ihm auf die Behörde, um seinen Anspruch durchzusetzen.

18h Im »ASTOR« füllt sich das Wartezimmer. Eine Menge alter Bekannte treffen sich wieder.

19h »Wir packen an«-Versammlung. Eigentlich soll hier die Organisation der Arbeit besprochen werden. Heute gibt es aber ein wichtigeres Thema: 4 Neue sind eingetroffen, wir haben keinen Wohnraum mehr, eine neue Wohnung muß her. Die Diskussion dauert bis spät in die Nacht.

22h Der LKW fährt wieder los. Sperrmüll in einer Gemeinde bei Köln, wo nur Reiche wohnen.

24h Es liegt ein Entwurf für das Flugblatt vor. Es soll heute nacht noch gedruckt werden. Danach Diskussion über geplante Heimzeitung.

4h Der LKW kommt zurück. Im »ASTOR« ist noch Licht. Die Diskussion über die Wohnungen ist wieder aufgeflammt und zu einer prinzipiellen Diskussion über unseren Kampf und die Aufgabe der Betreuer geworden.

Kampf um Wohnraum

Zweimal ist der neue SSK mit Aktionen an die Öffentlichkeit getreten. In beiden Fällen ging es um Wohnraum von Jugendlichen, und beide Male haben wir unnachgiebig für das Grundrecht gekämpft. Es zeigte sich dabei, daß der SSK in der Öffentlichkeit eine stärkere Position hatte als je zuvor. Das Verbot, die Pressehetze, Störungen durch die Kontaktzentren wirken sich inzwischen nicht mehr als Belastung unseres Verhältnisses zur Bevölkerung aus.

Im Frühjahr hatten 4 Jugendliche eine städtische Wohnung in einer Obdachlosensiedlung besetzt. Diese Wohnung wurde vom Jugendamt verwaltet und stand leer, Hausbesitzer ist die städtische Firma »Grund und Boden«. Nach zwei Monaten erhielten sie eine Mietzusage und wurden zum Vertragsabschluß ins Büro bestellt. Drei Stunden vor dem Termin jedoch erschien Polizei und setzte die Jugendlichen auf die Straße. Eine Protestdemonstration vor der »Grund und Boden«-Zentrale wurde wieder mit einem Polizeieinsatz beantwortet. Auf die Frage der Jugendlichen, wo sie denn jetzt mit ihren Möbeln bleiben sollten, sagte ein »Grund und Boden«-Vertreter: Geht doch wieder auf die Domplatte! Einige Tage später gingen wir auf die Domplatte, mit den Möbeln, mit Steinen und Speis, vom Baukollektiv. Direkt vor dem Hauptportal des Doms stellten wir die Möbel auf und begannen, um sie herum Mauern aufzuziehen. Nach Stunden erregter Verhandlungen, nach erfolgloser Beschlagnahme der Kellen und einer wirkungslos gebliebenen Ar

zeige wegen Bauens ohne Baugenehmigung wurden wir mit Möbeln und Haus mit Hilfe eines Großeinsatzes der Polizei geräumt, vor den Augen einer riesigen Menschenmenge.

Im Mai hatte sich in Bensberg bei Köln eine neue SSK-Gruppe gegründet. Ein Sozialarbeiter stellte ein von ihm gemietetes Haus zur Verfügung, nachdem eine Studentenwohngemeinschaft auseinandergegangen war. Die Jugendlichen wohnten dort mit ihm zusammen, renovierten und entrümpelten das heruntergekommene Haus von Grund auf, der SSK brachte die Monatsmiete von 1200,– DM auf, mit der Nachbarschaft gab es keine Konflikte. Doch der Hausbesitzer kündigte, sobald er erfuhr, daß statt der Studenten nun SSK-Jugendliche mit dem Sozialarbeiter zusammenwohnten. Daß sein Haus von den Jugendlichen mit großem Aufwand an Geld, Material und Arbeit instandgesetzt worden war, kümmerte ihn nicht. Der Sozialarbeiter wies die Kündigung zurück, es kam zu einer Räumungsklage. Dieses langwierige Verfahren wollte der Hausbesitzer aber offenbar nicht abwarten, es geschah folgendes: Angehörige des Ordnungsamts und des Elektrizitätswerks erschienen im Haus, sahen sich um, meinten, der Hausbesitzer habe sie hergebeten, und erklärten sodann, sie würden drei Tage später das Haus räumen und schließen, wenn die Bewohner nicht in der Zwischenzeit durch einen Meisterbetrieb die gesamte Elektroinstallation hätten erneuern lassen.

Nach dem ersten Schock stellten wir fest, daß diese Verfügung rechtswidrig war, einmal wegen der unmöglich einzuhaltenden Frist, zum andern weil eine solche Auflage nur dem Vermieter gemacht werden kann.

Am letzten Tag gingen alle Jugendlichen zum Kreishaus in Bergisch-Gladbach, drangen bis ins Büro des Oberkreisdirektors vor, äußerten den Verdacht, daß in der Bensberger Verwaltung Korruption herrsche, und forderten, die Anordnung sofort rückgängig zu machen. Der Oberkreisdirektor lehnte ein Gespräch mit den Jugendlichen ab, doch schickte er zwei Stunden später einen Brief per Boten ins Haus, in dem die Verfügung des Bensberger Ordnungsamts als eine Kette von bedauerlichen Mißverständnissen hingestellt wurde.

Der Hausbesitzer ist ein einflußreicher Bensberger Fabrikant, der in der

Vergangenheit bereits einige Male in Affären verwickelt war. So hatte er vor zwei Jahren in einem belgischen Zweigbetrieb nach Angaben der belgischen Gewerkschaft den Streik mit Hilfe eines bewaffneten Schlägertrupps niedergeschlagen. Da wir nun ein ähnliches Vorgehen gegen uns befürchteten, gingen wir in die Öffentlichkeit. Es hatte sich herausgestellt, daß der Anwalt des Hausbesitzers bei der Räumungsklage nebenbei Bürgermeister von Bensberg war.
Wir druckten Plakate, auf denen das gemeinsame Vorgehen von Behörden und Fabrikant gegen uns geschildert war und der Korruptionsverdacht geäußert wurde.
Das erzeugte große Bewegung in der Bevölkerung, nahezu einmütig stellte sie sich hinter die Jugendlichen, viele Geschäftsleute hängten das Plakat in ihre Schaufenster. Die Presse berichtete ausführlich, sie zitierte auch Polizei und Ordnungsamt, denen nach einem halben Jahr über die Jugendlichen nichts Negatives bekannt war.
In den folgenden Wochen kochte die Bensberger Lokalpolitik heiß. Zunächst schlugen die Behörden zu: In einer Nacht- und Nebelaktion wurde das Haus umstellt und durchsucht, alle Plakate und eine Druckmaschine wurden beschlagnahmt, in der Stadt alle Plakate entfernt. Daraufhin solidarisierten sich erst recht viele Bürger, Institutionen und Organisationen mit der SSK-Gruppe. Die Rathausparteien begannen zu verhandeln, die Verwaltung gab schließlich klein bei, und ihre Vertreter erklärten auf einer Podiumsdiskussion Mitte November, daß man die Anwesenheit der SSK-Gruppe in Bensberg begrüße und daß man ihr ein neues Haus zur Verfügung stellen werde.
Es hatte sich herausgestellt, daß der SSK als Selbsthilfeorganisation einen ungeheuer starken Rückhalt in der Bevölkerung hat und großes Ansehen genießt, gerade weil die Jugendlichen Sozialhilfe zurückwiesen. (Das Jugendamt hatte zeitweise erfolglos mit der Anerkennung als pädagogische Einrichtung und entsprechenden Geldern gelockt.) Wir kämpften nur für Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten für die SSK-»Firmen«. Die Bevölkerung hat das so sehr verstanden und honoriert, daß alle lokalen politischen Kräfte mitsamt der Stadtverwaltung kapitulieren mußten. In Bensberg erlebten wir zum ersten Mal, welch gewaltige politische Kraft »Wir packen an« ausstrahlt, wir erlebten, wie fest

Aufruf an alle Bensberger Bürger

Korruption

in der Bensberger Stadtverwaltung

Herr S.[redacted],Fabrikant und Hausbesitzer aus Bensberg,läßt seit Wochen nichts unversucht,10 ehemals obdachlose Jugendliche aus seinem Haus in Bensberg,Eichelstr.23, zu vertreiben.Die Jugendlichen wohnen dort seit fünf Monaten zusammen mit dem Sozialarbeiter Klaus Saremba.Sie verdienen sich die hohe Miete von 1200 DM und ihren Lebensunterhalt durch Arbeit im SSK Entrümplungs- und Möbelverkaufsunternehmen.

Weder von Seiten des Ordnungsamtes noch von der Polizei bestehen Einwände gegen die Unterbringung der Jugendlichen in diesem Haus(siehe Berg.Landeszeitung vom 19.10.).

Trotzdem scheute sich die Stadtverwaltung nicht, Büttel für Herrn S.[redacted] zu sein.Am 15.10. erschienen auf Veranlassung von Herrn S.[redacted] Angestellte des Ordnungsamtes und der Stadtwerke und drohten damit,das Haus zu schliessen,wenn nicht binnen zwei Tagen die gesamte Elektroinstallation erneuert würde.Diese Auflage ist rundweg ungesetzlich und kann allenfalls dem Hauseigentümer selbst gemacht werden und nicht den Mietern.

Außerdem muß es einem völlig widersinnig erscheinen, daß der Bürgermeister der Stadt Bensberg,Dr. M.[redacted], als Anwalt des Hausbesitzers die Räumung des Hauses vor Gericht durchsetzen will,während gleichzeitig das ihm unterstellte Ordnungsamt erklärt,daß im Falle einer Räumung die Stadt die Betreuung der Jugendlichen übernehmen müsse.Dies würde die Stadt monatlich etwa 40.000 DM kosten (pro Tag kostet der Aufenthalt eines Jugendlichen im "Kölner Modell" 130 DM).

Wir haben,um die Hintergründe aufklären zu lassen,an den zuständigen Innenminister in Düsseldorf geschrieben und ihn aufgefordert,gegen die Stadtverwaltung Bensberg wegen Verdachts der Korruption zu ermitteln.

Bürger! Wehrt Euch mit uns dagegen,daß einflußreiche Fabrikanten und Hausbesitzer wie Herr S.[redacted] Stadtverwaltungen beliebig für ihre Interessen einspannen können.

Protestiert gegen die Räumung des Hauses!
Unterstützt uns durch Aufträge für Möbelabholung, Sperrmüllabfuhr, Entrümpelungen und Altpapierabholung!

SSK=Gruppe Bensberg
Eichelstr.23 Telefon 4283

unsere außerhalb des Sozialstaats angesiedelte Organisation ausgestoßener junger Arbeiter in der Bevölkerung verankert ist, unverwundbar für die Deklassierungs- und Diskriminierungsmaschinerie.

Warum wir bei »Wir packen an« bleiben

»Wir packen an« ist arm, und das ist gut so. »Wir packen an« ist für die, die woanders keine Chance mehr haben, denen keiner mehr unter die Arme greift, die es in keiner Arbeit und an keinem Studienplatz mehr aushalten. Deshalb wird, wenn mehr Geld reinkommt, nicht der Lebensstandard gesteigert, sondern es wird mehr Platz geschaffen, eine weitere Wohnung besorgt, ein zweiter LKW gekauft.
Wer zu »Wir packen an« kommt, weiß nicht weiter, er braucht Hilfe. Wenn er wieder auf die Füße kommt, wenn es ihm seelisch wieder besser geht, wenn er wieder eine Arbeit oder eine Sozialarbeiterstelle schafft, wenn er wieder mit seinen Eltern klar kommt, wenn er wieder eine gute Lehrstelle findet oder einen interessanten Studienplatz, kann er wieder gehen, und niemand ist ihm böse.
In jedem Jugendlichen und in jedem Betreuer läuft ständig ein stiller innerer Kampf ab: soll ich bleiben, oder soll ich wieder abhauen, was sind die Vorteile, was sind die Nachteile? Bindungen zu den Eltern und zu Freunden werden abgebrochen und wieder angeknüpft, Ausbildungs- und Studienpläne werden gewälzt und wieder verworfen. Am stärksten ist in allem der innere Kampf mit den Eltern oder Erziehern und mit den Lebensvorstellungen, die sie in uns hineingelegt haben.
Fast jeder, der längere Zeit hier ist, ist schon einmal weggegangen. Und jedesmal, wenn er wiedergekommen ist, war er ein Stück weiter, hat er ein weiteres Stück Entscheidung getroffen, für eine eigene, selbständige Zukunft. Jedesmal ist an die Stelle von Werten und Vorstellungen aus dem Kapitalismus, dem der Bürger und dem der Arbeiter, ist an die Stelle der Examen und Gesellenprüfungen, der wissenschaftlichen Karrieren und der Lohnkarrieren ein Stück Entschlossenheit getreten, sein Leben und seine Kraft in den Dienst der Verelendeten zu stellen. Wo man sich aus dem eigenen Dreck herausgearbeitet hat mit Hilfe der an-

deren, da wurden Kräfte frei, für die anderen, die noch tief im Dreck sitzen. Die eigenen Probleme treten zurück, die der anderen rücken nach vorn und im Kampf für die Nöte des anderen werden die eigenen Nöte zwar nicht gelöst, nicht beseitigt, aber aufgehoben, leicht, unwesentlich. Aus der eigenen Not und der eigenen Verzweiflung wird eine unversiegliche Quelle der Kraft für den Kampf gegen die Not und die Verzweiflung der anderen, für den Kampf gegen die Ursachen der Not.

Betreuer und Jugendliche

Betreuer und Jugendliche sind gleich im SSK. Auf den Versammlungen hat jeder die gleiche Stimme, ob er jung ist oder alt, ob er Doktor ist oder entmündigt, Gründungsmitglied oder gerade erst aufgenommen.
Betreuer und Jugendliche sind nicht gleich im SSK. Betreuer führen die Kasse, fahren die Wagen, führen Verhandlungen, haben das Wort auf den Versammlungen drinnen und auf den Podiumsdiskussionen draußen.
Teilweise ist das so, weil sie erwachsen sind. Aber nicht nur, denn auch unter den Jugendlichen sind Erwachsene, und manche Betreuer sind noch nicht einmal volljährig. Teilweise ist das so, weil die Betreuer schon länger im SSK sind. Aber nicht nur, denn manche Jugendliche sind schon länger im SSK als manche Betreuer. Teilweise ist das so, weil die Betreuer gefestigter sind. Aber nicht nur. Manche Betreuer sind labil und unzuverlässig, manche Jugendliche sehr stabil und zuverlässig.
Es bleibt nur ein Grund für die Ungleichheit: die einen sind Bürger, die anderen Arbeiter.
Es bleibt dabei, die Betreuer sind im SSK oben, die Jugendlichen unten, trotz Demokratie und Stimmengleichheit. Immer häufiger prallen jetzt Betreuer und Jugendliche aufeinander, immer häufiger kommt es zu Auseinandersetzungen, immer häufiger wird über diese Frage heftig diskutiert.
Früher, als der SSK gegründet wurde, haben Studenten entflohene Fürsorgezöglinge aufgenommen und vor der Polizei versteckt. Die Studenten gaben den Jugendlichen Geld, Schlafplatz, Sicherheit vor Verfol-

gung. Sie vertraten sie in der Öffentlichkeit und vor allem bei den Behörden. Die Jugendlichen konnten dafür nichts tun. Sie waren total abhängig, sie erlebten alles als Gnade. Der SSK war damals völlig von den Studenten beherrscht.

In den Wohngemeinschaften und im Kontaktzentrum traten die Jugendlichen den Betreuern erstmals als Gruppe gegenüber. Das wurde als wichtiger Schritt angesehen. Wir erwarteten davon eine größere Selbständigkeit und Selbstsicherheit der Jugendlichen als Gruppe und damit einen stärkeren Einfluß auf den SSK.

Das Gegenteil trat ein. Die Jugendlichen wurden noch viel abhängiger, ihre Ansprüche waren noch mehr auf Versorgung und persönliche Zuwendung gerichtet, als Gruppe wurden sie noch einflußloser, als sie ohnehin schon waren. Heute erkennen wir den Grund dafür, damals mußten wir ihn verdrängen: Die Jugendlichen wurden unter unserer Betreuung durch das Geld vom Jugendamt zu Sozialrentnern gemacht, wir wurden schließlich im Kontaktzentrum zu Sozialarbeitern. Je länger das lief, desto klarer wurde: Sie taumelten immer tiefer in eine aussichtlose Abhängigkeit, wir stolperten immer höher in eine aussichtsreiche Karriere. Wir wurden auseinanderdividiert durch das Geld und vor allem durch die Art, in der man es über uns ausschüttete. Zum Entscheidungsmerkmal wurde schließlich nur noch die Anstellung oder Nichtanstellung als Betreuer. Es war bei den Studenten egal, warum einer gekommen war, was ihn zum SSK getrieben hatte, das war seine Privatsache. Bei den Jugendlichen dagegen wurde alles ans Tageslicht gezogen, breit und öffentlich verhandelt. Andererseits war es egal, was ein Jugendlicher vielleicht für den SSK bringen konnte, er war eingesperrt in seine Sozialhilfe. Bei den Betreuern wurde aber die Arbeitsleistung immer mehr zum alleinigen Kriterium. Die Betreuer blieben oben, die Jugendlichen unten, und das änderte sich auch nicht dadurch, daß es oben immer kühler wurde. Alles Grübeln, alle Wünsche prallten ab an den unumstößlichen Tatsachen der Sozialhilfe und den Gehältern. In diesem Rahmen mußten wir uns immer mehr als große Könner bestätigt sehen, die Jugendlichen immer mehr als Versager. Sicher, der eine oder andere Betreuer flippte aus, von einem war bekannt, daß er gelegentlich kiffte. Das konnte aber das Gesamtbild kaum verwischen. Wir waren

fleißig, aufopfernd, engagiert, die Jugendlichen waren gewalttätig, faul, hemmungslos.
Als das Verbot kam, da stürzten die Verhältnisse um. Auf einmal zeigte sich, daß die Jugendlichen fester zum SSK standen als die Betreuer. Sie verschmerzten den finanziellen Verlust leichter, von ihnen ging keiner zum Jugendamt, sie engagierten sich stärker, als es darum ging, die Firma »Wir packen an« aufzubauen. Sie waren gleichmütiger als wir, sie trugen Entbehrungen leichter, sie standen fester zum SSK und vertraten ihn selbstbewußter.
Die scharfen Diskussionen im »ASTOR« über das Verhalten von Jugendlichen und die schonungslose Offenlegung ihrer inneren Probleme erwies sich jetzt als eine Befreiung der Jugendlichen, die starke Kräfte losgebunden hatte, die in den Betreuern noch gefesselt sind.
Unser Denken erwies sich als Klassendenken, unsere Urteile wurden als Vorurteile entlarvt. Wir mußten eingestehen: Wir waren nicht besser, wir machten nicht weniger Fehler, wir waren nicht fleißiger, zuverlässiger, anständiger.
Heute stehen wir vor den Trümmern unserer Überheblichkeit. Immer klarer treten die Mechanismen der bürgerlichen Selbstbestätigung hervor. Immer sichtbarer wird, wie die Arbeiter untengehalten werden, und wir können die Methoden an uns selbst beobachten.
Wir prügeln uns nicht, wir machen uns mit Worten fertig. Das eine ist verboten, das andere erlaubt. Wir saufen uns nicht voll, wir kriegen seelische Zusammenbrüche. Das eine erweckt Abscheu, das andere Anteilnahme. Wenn der SSK unseren finanziellen Ansprüchen nicht genügt, dann verkaufen wir uns nicht auf dem Strich, sondern an der Universität. Das eine ist niedrig, das andere hochstehend. Wir verpfeifen den SSK nicht bei den »Bullen«, wir »verständigen« uns mit dem Sozialdezernenten. Das eine ist mieser Verrat, das andere kluge Einsicht.
Die Jugendlichen erobern »Wir packen an« Schritt für Schritt für sich. Und je weiter sie vorrücken, desto weniger können wir unsere Anwesenheit im SSK damit rechtfertigen, daß sie uns zum Leben brauchen. Um so näher rückt das Eingeständnis, daß wir den SSK selber brauchen, daß wir unsere Studien und Berufe nicht packen, daß wir mit unseren

Eltern und Professoren nicht klarkommen, das wir selber verelendet sind.
Aber wir haben trotzdem keinen Grund zum Klagen. Denn gerade im Leiden zeigen sich die Privilegien am deutlichsten. Die Arbeiter leiden offen, materiell, die Bürger leiden innerlich, geistig. Wenn ein junger Arbeiter Liebeskummer hat, wenn er mit seiner Freundin nicht klarkommt, dann säuft er sich den Kopf voll, denn am nächsten Morgen um 6 muß er wieder zur Maloche. Dort kennt man keinen Liebeskummer. Wenn er deswegen die Arbeit nicht mehr schafft, dann fliegt er raus. Die materiellen Probleme werden dann so groß, daß ihm der Liebeskummer von allein vergeht.
Wenn ein junger Bürger Liebeskummer hat, dann schreibt er Gedichte. Er sieht bleich aus und zeigt, daß er abgefuckt ist. Man nimmt Rücksicht auf ihn und zeigt Anteilnahme. Wenn er es trotzdem nicht packt, läßt er sich krank schreiben und geht zum Psychotherapeuten.
Die Arbeiter leiden auch seelisch. Ihre seelischen Probleme finden in ihrer Arbeit keinen Ausdruck mehr. Deshalb schaffen sie irgendwann die Arbeit nicht mehr. Dann werden ihre seelischen Probleme zu materiellen Problemen, und als solche werden sie dann wahrgenommen.
Die Bürger haben keine Möglichkeit zu produzieren, ihre Tätigkeit erleben sie zunehmend als scheinhaft und sinnlos. Ihre Wünsche, produktiv zu sein, stauen sich auf zu seelischen Problemen.
Weil wir als Bürger unproduktiv sind, deshalb wollen wir die Produktivität der Arbeiter stehlen. Wir wollen ihre Arbeit unter Kontrolle bringen, sie uns aneignen. Wir setzen uns auf alles drauf, halten alles fest, alles wollen wir besser können, alles besser wissen, zu allem wollen wir nötig sein. Als Bürger leben wir materiell von der Produktion der Arbeiter, auch unsere seelischen Probleme versuchen wir deshalb ständig auf ihre Kosten zu lösen.
Davor bewahrt uns keine marxistische Analyse und keine kritische Einstellung. Allein die Organisation der Jugendlichen als eigene Kraft kann uns als Kontrolle gegenübertreten. In »Wir packen an« beginnen die Jugendlichen, uns deutlich in die Schranken zu weisen. Sie verbauen uns den Ausweg, uns als »Arbeiter« zu fühlen. Sie machen uns unmißverständlich klar, daß sie uns nicht brauchen, um Schränke zu tragen oder

Möbel zu verkaufen, sondern um Wohnungen zu besorgen, die Polizei draußen zu halten, einen Gruppenprozeß in Gang zu setzen. Nicht als Lehrmeister, der alles kann, brauchen sie uns, sondern als Helfer, Schützer, Ratgeber, Tröster. Sie machen uns klar, daß sie uns nicht als Arbeiter brauchen, sondern als Bürger. Sie verlangen von uns, daß wir »Wir packen an« nicht als Selbstbefreiungsmodell für uns mißbrauchen, sondern daß wir »Wir packen an« als *ihre* Firma respektieren, als Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter.
Immer stärker enthüllt sich die Auseinandersetzung zwischen Betreuern und Jugendlichen als die Auseinandersetzung zwischen zwei Klassen. Immer klarer tritt aus der Auseinandersetzung die Funktion der Betreuer hervor. Unsere Aufgabe ist es, den Jugendlichen zu helfen, daß sie arbeiten und dadurch existieren können und daß sie sich in der Arbeit selbst wieder als Arbeiter erfahren können.
Sie schenken uns dafür das Gefühl, daß unsere bürgerliche Existenz einen Sinn hat.

Die innere Wandlung des SSK von einer sozialpädagogischen Einrichtung zur selbständigen Organisation junger Arbeiter

Seit seinem Bestehen gab es im SSK Wohngemeinschaften von Jugendlichen. Sie wurden von uns auch immer unter pädagogischen Aspekten gesehen, unsere Arbeit begriffen wir als bessere Form von Sozialarbeit. Die neuen Wohngemeinschaften des SSK aber haben mit den bisher konzipierten und ausprobierten Modellen des pädagogischen Bereichs nicht mehr viel zu tun. Sie entziehen sich völlig den bekannten erziehungswissenschaftlichen Maßstäben.
Sie sind auch alle nicht planmäßig eingerichtet, sondern aus der Not geborene Gemeinschaften: Wohn- und Arbeitsgruppen. Bei ihnen finden sich weder erziehungswissenschaftliche Grundlagen noch die Anlehnung an historische Vorbilder. Nicht einmal die Vorstellungen der SSK-Betreuer waren bestimmend für ihre Struktur und die jeweilige Form ihres Zusammenlebens. Sie haben ihren jeweiligen Charakter entwickelt aus den für sie bestimmenden Umwelt- und Arbeitsverhältnissen.

Dabei haben sich gerade diejenigen Wohngemeinschaften als die beständigsten und festesten erwiesen, in denen kein Erwachsener wohnt, um die sich Betreuer so gut wie gar nicht gekümmert haben.
Als die materiellen Existenzprobleme so sehr in den Vordergrund rückten, daß die individuellen seelischen Probleme der Jugendlichen fast gewalttätig runtergedrückt wurden, da »funktionierten« die Wohngemeinschaften auf einmal besser als zuvor. Als Betreuer keine Zeit mehr für Gespräche hatten und die Versammlungen von materiellen Problemen ausgefüllt waren, da lösten sich auf einmal unbemerkt von uns und wie hinter den Kulissen viele Konflikte, die uns vorher aufgefressen haben. Wir erkannten, daß in dieser Situation die Jugendlichen anfingen, ihre intimen Ängste und Verzweiflungen leichter und unauffälliger selbst zu bewältigen. Und wir sahen, daß es unter uns ähnlich war.
Was wir als Sozialarbeiter gelernt hatten, worüber wir uns jahrelang den Kopf zerbrochen hatten: die Erziehungswissenschaft, die Sozialarbeit und die Pädagogik, wurden grundsätzlich zweifelhaft. Nicht einzelne Richtungen, nicht einfach nur bestimmte politische Formen und Inhalte, das ganze Spektrum der Sozialarbeit schien sich als Unterdrückungsinstrument zu erweisen.
Damit fiel auch bei uns ein Selbstbild in sich zusammen, das wir im Verborgenen trotz allem noch aufrechterhalten hatten. Wir sahen, daß wir die Jugendlichen im Geheimen doch irgendwie als soziale und menschliche Phänomene betrachtet und behandelt hatten, als spezielle Art von Menschen. Deshalb hatten wir uns auch immer überlegt, wie man mit ihnen am besten umgeht, wie wir uns am besten verhalten, um sie zu irgendwas zu bringen. Sowohl für einzelne von ihnen als auch für ihre gesamte soziale Schicht haben wir nach Rezepten gesucht. Wir haben Konzeptionen und Richtlinien für den Umgang mit ihnen entwickelt.
Erst als wir diese Position nicht mehr halten konnten, weil der äußere Druck uns mit den Jugendlichen in dasselbe Boot getrieben hatte, erst da sahen wir klar, wie die wirklichen Verhältnisse sind:
Die Jugendlichen sind gar nicht so hilflos, wie wir sie gerne hätten. Sie sind gar nicht so »schwierig«, wie wir es uns vormachen, sie brauchen uns gar nicht als die großen Meister, die wir so gerne sein möchten.

Als für Sozialarbeit und Pädagogik überhaupt kein Platz mehr im SSK war, als wir uns im pädagogischem Sinn gar nicht mehr um die Jugendlichen kümmern konnten, da blühten ihre Wohngemeinschaften sichtbar auf. Ein wissenschaftliches Konzept war nicht mehr festzustellen, die Jugendlichen lebten, so wie sie gekommen waren, in Gruppen zusammengewürfelt, Einzelgespräche fanden nicht mehr statt, die Versammlungen beschäftigten sich ausschließlich mit der Beschaffung von Essen und Wohnraum, die inneren Gruppenprozesse liefen zufällig und ohne jede Steuerung ab. Und in den Wohngemeinschaften gab es selten Krach, Kriminalität verschwand fast ganz, der Haushalt funktionierte ohne Außenunterstützung.
Dabei gehören die Jugendlichen des SSK zu der Gruppe, die allgemein als die »Erziehungsschwierigen« oder als die »Unerziehbaren« gekennzeichnet wird. Sie gelten als der Bodensatz, für den jede Hilfe zu spät kommt.
Wer heute die Jugendlichen des SSK kennenlernt, spürt nichts davon. Zwar gibt es längst wieder regelmäßige Hausversammlungen, es finden ständig Gespräche zwischen allen SSK-Angehörigen statt, auch über persönliche Probleme. Wer neu aufgenommen werden will, muß sich vor der Vollversammlung vorstellen und wird intensiv befragt. In Einzelfällen kann das Verhalten einzelner SSK-Mitglieder (Jugendliche oder »Betreuer«) wochenlang diskutiert werden, wobei auch ihre persönlichen Probleme auf die Tagesordnung kommen.
Doch diese Diskussionen sind fest in einen Rahmen eingeordnet, sie haben eine Funktion innerhalb der materiellen Probleme der SSK-Organisation, und nur von daher bekommen sie ihr Gewicht. Mit Pädagogik hat das alles jedenfalls so wenig zu tun wie etwa Betriebsversammlungen oder abendliche Gespräche von Dorfbewohnern auf dem Marktplatz.

Über Sozialarbeit

Diese Feststellungen führen uns zu einer einfachen, aber explosiven Konsequenz: Alles, was die Sozialwissenschaften hierzulande an Methoden lehren, was sie an Analysen liefern, sei es »reaktionär« oder »re-

volutionär«, alt oder modern, ist schädlich für ihre Objekte. Die Sozialwissenschaft und ihre Methoden, die Pädagogik selbst, das sind die Kräfte, die unsere Jugendlichen erst zu der menschlichen Sondergruppe machen, die sie hier bilden: Zu den »Erziehungsschwierigen«, einer Art Halbtiere am Rande der menschlichen Gesellschaft.
Natürlich ist es richtig, daß alle diese Jugendlichen in ihren Arbeitsstellen versagt haben, daß sie in der Schule Nieten sind, daß sie »auffälliges« Verhalten zeigen, hochaggressiv und kriminell in Erscheinung treten. Es ist auch richtig, daß es für Bürger, wie wir es sind, verdammt »schwierig« ist, mit ihnen klarzukommen.
Doch ist es auch bereits zum Allgemeingut geworden, worauf besonders die Sozialwissenschaften hingewiesen haben: daß die Ursachen für das Verhalten der Jugendlichen in den sozialen Verhältnissen liegen, aus denen sie kommen. Aber nicht die Verhältnisse werden als »erziehungsschwierig« oder »unerziehbar« behandelt, sondern die Jugendlichen. In dem Punkt sind sich alle einig: Behandelt wird das Opfer der Verhältnisse, nicht diese selbst. Die Reaktionäre leugnen die sozialen Ursachen ohnehin und sehen nur Charakterfehler, den Progressiven ist das Elend peinlich, und sie versuchen, ihre paar »Klienten« am liebsten in bürgerliche Viertel, Schulen etc. umzusiedeln, und die Linken sagen, daß man diese Verhältnisse im Kapitalismus sowieso nicht ändern kann, deshalb machen sie gar nichts oder dasselbe wie die Progressiven. So ist die Einstellung aller Sozialarbeiter: Wie kriege ich den Slumbewohner dazu, sich so zu verhalten, als wäre er keiner. An den Slum geht keiner ran, also doktern sie an der Persönlichkeit der Bewohner herum. So vermitteln die Fachleute den Jugendlichen Arbeitsstellen, Schulplätze, möblierte Zimmer, wo sie prompt binnen kurzem wieder rausgeflogen sind. Sie quatschen den Leuten die Ohren voll und reden ihnen ein, daß aggressives Verhalten falsch ist, daß Gewalttätigkeit falsch ist, und daß man lernen muß oder arbeiten. Doch gerade das können sie ja nicht, denn Schulen und Arbeitsstellen, die dem Jungen aus der Obdachlosensiedlung eine Chance bieten, gibt es nicht. Vom Sozialarbeiter entlassen, geht der »Klient« dann nach Hause, und die sozialen Verhältnisse sind dann zu seinem persönlichen Problem geworden, zu seinem seelischen Defizit, zum Fehler in seinem eigenen Kopf.

Das Verhalten der Jugendlichen entspricht ihren Verhältnissen. Ihr Verhalten zu kritisieren, ohne die Verhältnisse zu ändern, wird zu schleichendem Terror, es zerstört die noch vorhandene Widerstandskraft. Nichts mehr bleibt dann dem »Klienten«, was er bei sich als positiv erleben könnte. Seine Lebensverhältnisse erlebt er ohnehin als schlecht, sein Aufbäumen dagegen dann auch noch.
Das ist immer das zwangsläufige Ergebnis sozialarbeiterischer Eingriffe, gleichgültig, ob sie wissenschaftlich fundiert sind oder nicht, ob sie freundlich oder kaltschnäuzig, unbeteiligt oder verständnisvoll geschehen. Gleichgültig auch, ob es sich dabei um Jugendliche oder Rentner, Kranke oder Gastarbeiter handelt, das Grundmuster aller Sozialarbeiter ist folgendes:
Da hat einer malocht und malocht und ein paar Kinder zuviel in die Welt gesetzt. Dafür ist er restlos ausgeplündert worden: seine Gesundheit in der Fabrik, seine Nerven zu Hause. Dann hat er mal einen Ratenkauf zuviel abgeschlossen, und der Druck übersteigt die Grenze des Ertragbaren. Eine Zeitlang hält er ihn noch grade aus, indem er ihn runterspült, und dann ist er auf einmal alle. Die Miete fehlt, Kündigung, der Krach mit der Frau hört nicht mehr auf, die Kinder hauen ab.
Dann kommt der Sozialarbeiter. Der sieht sich das an, bewilligt ein bißchen finanzielle Unterstützung und hat dafür das Recht, sich in das ganze Leben einzumischen. Er darf dafür anfangen, alles »auseinanderzunehmen«. Nicht nur die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander, ihre Verhaltensweisen, ihre intimsten Ängste, die verborgensten Probleme zerrt er an die Öffentlichkeit, die er repräsentiert. Dann sagt er, daß man die Kinder nicht mit Zwang erziehen darf, daß man die Frau nicht unterdrücken darf, daß man am Arbeitsplatz nicht kuschen darf und allen Druck dann auf die Familie abladen. Wenn der Sozialarbeiter »links« ist, klärt er die Familie vielleicht auch noch darüber auf, daß man an ihr sieht, wie der Kapitalismus hier mit den Menschen umspringt und daß nur eine proletarische Massenpartei diese Zustände ändern kann.
Und danach verschwindet er wieder und läßt eine Familie zurück, die vorher äußerlich, nun aber auch noch innerlich zerstört ist. Der Mann hat vielleicht gelernt, daß es schlimm ist, wenn er seine Kinder prügelt

und seine Frau niederbrüllt, und daß er das deshalb tut und auch deshalb soviel säuft, weil er sich am Arbeitsplatz nicht wehrt. Der Sozialarbeiter läßt einen gebrochenen Familienvater zurück, der eingesehen hat, daß er sich ändern muß, der aber immer noch nicht weiß, *wie!* Einen, der in den Augen seiner Angehörigen erledigt ist, ohne Autorität, entmündigt.

Die modernste Art und Weise, Arbeiter in ihrer Persönlichkeit zu zerstören, ist die Methode der Psychoanalyse. Ihre Erfolge im bürgerlichen Bereich haben ihr inzwischen zu breitem Durchbruch verholfen, und jetzt kommt sie über die moderne Sozialarbeit auch einigen Arbeitern »zugute«.

Doch was hilft es dem Arbeiter, wenn man aufdeckt, daß er abhängig und unselbständig ist, weil er selbst vom autoritären Vater in früher Kindheit bereits das Rückgrat gebrochen bekam, wenn er doch weiß, daß er selbständig und selbstbewußt gar nicht existieren kann. Was hilft es ihm, wenn man ihm aufzeigt, daß er nicht solidarisch handelt und sich unsozial verhält, wo doch das Konkurrenzdenken ein unverzichtbarer Antrieb für das Durchstehen seiner Arbeitssituation ist. Was nützt es ihm schon, wenn die Ursachen für seine sexuellen Schwierigkeiten aufgedeckt werden, wo von ihm doch niemand verlangt, daß er ausgeglichen und locker ist; von ihm wird doch verlangt, daß er die Brutalität stumpfer Arbeit durchsteht und seine Stückzahl bringt. Wohin führt es, wenn man die autoritäre Grundstruktur einer Arbeiterpersönlichkeit herausanalysiert, wenn er doch gezwungen ist, sich bis an sein Lebensende in einer total-autoritären Hackordnung reibungslos einzupassen? Solange das lebenslängliche Fließband auf einem lastet, treten alle persönlichen Probleme in den Hintergrund und passen sich ihm an und ordnen sich unter. Um es durchzustehen, muß ein hohes Maß an Verdrängung geleistet werden. Die Hilfsmittel werden entsprechend der Arbeitsbedingungen ständig weiter ausgebaut, vom Fernsehprogramm über die Fußballbundesliga bis zum Autokonsum. Verdrängung aufzudecken, bedeutet, sie unmöglich zu machen. Solange man dem Fließband nicht entgehen kann, wird die Psychoanalyse also lebensgefährlich. Die Verhaltensweisen, die das Fließband unbedingt verlangt, auch nur in Frage zu stellen, wird zu seelischer Folter. Wo die Psychoanalyse

überhaupt etwas bei Arbeitern bewirkt, werden sie persönlich und sozial erledigt.
Die alte Sozialarbeit degradierte die Hilfsbedürftigen zu Bettlern und Schmarotzern, denen mit erhobenem Zeigefinger notdürftig das Maul gestopft wurde. Die moderne Sozialarbeit ist dagegen wie eine hochentwickelte, komplizierte Maschine: Vorne kommen Ausgebeutete und Unterdrückte rein, hinten kommen seelisch und geistig Kranke wieder raus. Es ist eine Maschine zur menschlichen und sozialen Entmündigung.
Beide Methoden gibt es in unserer Gesellschaft noch nebeneinander: Die eine behandelt alle verelendeten Arbeiter als Charakterschweine und läßt sie durch Polizei und Knast zusammenschlagen. Die andere behandelt sie als »krank im Kopf« und kuriert sie zu seelischen Krüppeln. Die »Fachöffentlichkeit« wird seit langem von der zweiten Methode beherrscht, die offene Gewalt der ersteren gilt als indiskutabel. Der immense Aufwand der modernen Sozialarbeit läßt sich allerdings nur an einem kleinen Teil der verelendeten Arbeiter betreiben, und nur an den relativ stabilsten. Doch die Masse derer, die man hinter den »Auserwählten« ohne jede Hilfe im Elend verkommen läßt, wird im öffentlichen Bewußtsein hinter dieser großzügig ausgestatteten Fassade gut versteckt gehalten. Je teurer und aufwendiger die Behandlung der wenigen »Einzelfälle« vorne im Rampenlicht der Öffentlichkeit wird, um so sicherer wird das dort erzielte Ergebnis auf alle verelendeten Arbeiter übertragen: Die Entmündigung zum Menschen mit kranker Persönlichkeit überträgt sich auf das Bild der ganzen Masse. Nicht mehr als Ausgebeutete und Ausgeplünderte werden sie begriffen, sondern als Ungesunde, Untaugliche und nutzlose Versager.
Die Arbeiter in der Produktion sehen in ihnen nicht mehr ein Abbild ihrer eignen Zukunft, ihr Schicksal betrifft sie daher nicht direkt. Aber der Aufwand der modernen Sozialarbeit bringt sie in Wut, wenn sie daran denken, daß sie ihn mit ihren Steuergeldern bezahlen müssen.
Doch die ins Elend aussortierten Arbeiter sind für alle eine reale Perspektive. Sie drücken die Verzweiflung aller Arbeiter aus. *Sie* sind diejenigen Arbeiter, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten.
Die moderne Sozialarbeit, das moderne Sozialhilfesystem macht die

einzelnen wie die soziale Klasse der Verelendeten zu Insassen einer unsichtbaren psychiatrischen Anstalt. Ihre Wut verkümmert und richtet sich gegen sie selbst. Ihre Widerstandskraft wird mit dem Selbstwertgefühl und dem Selbstbewußtsein aus ihren Köpfen operiert.
Als gesellschaftspolitische Kraft bleiben sie deshalb auf der Strecke, von außen nicht ernst genommen und mißtrauisch bewacht, von innen unfähig zu selbstbewußtem selbstverantwortlichem Handeln.
Deshalb haben sie hierzulande keine Partei, keine Gewerkschaft, keine Interessenvertretung und nicht einmal eine Lobby in Bonn wie der Kaninchenzüchterverband. Sie werden nicht einmal mehr als Arbeiter bezeichnet.
In der dritten Welt werden die verelendeten Massen noch als gefährliche politische Kraft begriffen. Der moderne Sozialstaat hat mit seinen Methoden dafür gesorgt, daß hierzulande schon eine Demonstration verelendeter Arbeiter undenkbar ist. Allein die Vorstellung demonstrierender Sozialhilfeempfänger ruft allgemein nichts als Empörung oder Belustigung hervor.

Aufbruch aus dem Getto

Aus diesem Sozialstaat ist der SSK rausgegangen. Die »Sozialhilfeempfänger des SSK« haben ihre Entmündigung nie akzeptiert, sie sind trotz der Gelder in die Öffentlichkeit gegangen, sie haben den Behörden Forderungen gestellt, sie haben für ihre Menschenrechte gekämpft.
Aber als Sozialhilfeempfänger sind die Jugendlichen des SSK nie aus dem gesellschaftlichen Abseits herausgekommen, zu den Zeiten der Zellenorganisation nicht und zu der Zeit der Kontaktzentren schon gar nicht.
Ihre Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben, nach Achtung und Würde wurden immer zugedeckt von dem Geld der Sozialhilfe, das sie als Grundlage für die Verwirklichung dieser Forderungen verlangten.
Sehr deutlich haben sie am eigenen Leibe erfahren, daß jemand, der finanziell ausgehalten wird, nicht als vollwertig und als echter Mitbürger

angesehen wird. Sie blieben immer verdächtig für die Bevölkerung, immer blieb das Mißtrauen lebendig, daß das ganze Gerede der Jugendlichen und Betreuer vom SSK vielleicht doch nur Schmarotzertum verbergen sollte.
Daß sie als Sozialhilfeempfänger den Mut gehabt haben, gemeinsam in die Öffentlichkeit zu gehen und vor aller Augen Widerstand zu leisten gegen ihren menschlichen und sozialen Untergang, das hat in jedem Fall bereits das System der Sozialhilfe durchbrochen. Es schlug eine Bresche in die allgemeine Verachtung, die ihnen bis dahin entgegengeschlagen war, weil man sah, daß diese Jugendlichen nicht kriecherisch um Geld bettelten, sondern erhobenen Hauptes ihr Recht verlangten. Es befreite sie selbst von dem Druck, sich ständig als etwas anderes auszugeben, als sie waren; in ihnen wuchs das Bewußtsein, nicht Dreck zu sein, ja sie fanden vielleicht im SSK eine kleine Basis, stolz auf ihre Vergangenheit zu werden. Doch auch wenn die Entmündigung der Sozialhilfe im SSK aufgehoben und umgedreht wurde, als selbständige und gleichberechtigte Mitbürger wurden die Sozialhilfeempfänger des SSK nicht akzeptiert. Im Laufe der Jahre hat sich zwar unter der Bevölkerung das Bewußtsein verbreitet, daß man die Jugendlichen nicht als Verbrecher behandeln dürfe, wie es offiziell geschieht.
Aber als gleichberechtigt und vollwertig werden sie erst jetzt angenommen, wo sie mit »Wir packen an« das unsichtbare Getto verlassen, in das der Sozialstaat seine »Klienten« befördert. Wie selbstverständlich treten sie damit als ernstzunehmende sozialpolitische Kraft auf den Plan.
Diese Veränderung haben wir auch innerhalb des SSK gespürt. Auch uns Betreuern treten die Jugendlichen immer selbstbewußter entgegen, unsere »allmächtige« Position wird zunehmend auf bestimmte Funktionen eingeschränkt. In dem »Wir packen an«-SSK drängen die Jugendlichen nach vorn.
In demselben Maß, wie wir die Jugendlichen als gleichberechtigt akzeptieren müssen, schwindet der durch Sozialarbeit, Psychologie oder Pädagogik geprägte Widerspruch zwischen Erzieher – Zögling, Arzt – Patient, Sozialarbeiter – Klient. Gleichzeitig werden unsere Beziehungen zu den Jugendlichen »normaler«, und wir stellen fest, daß diese Bezie-

hungen und die daraus sich ergebenden Auseinandersetzungen ihren besonderen Charakter verlieren. Immer weniger unterscheiden sie sich von denen, die wir untereinander haben oder mit unseren Eltern, unseren Frauen, Freunden, Kindern oder Verwandten.
Und immer klarer erscheint im Nebel des Sozialstaats der Weg, soziales und menschliches Elend zu bekämpfen:
Für die Verelendeten, die Tiere unter den Menschen, und gemeinsam mit ihnen eine menschliche Gesellschaft zu schaffen. In der jeder was gilt, weil er lebt, in der jeder seinen Platz hat, weil er da ist, jeder gebraucht wird, weil er was kann. In der jeder sein Eigenleben und seine Würde hat und Achtung genießt, unabhängig davon, was er leistet, wie er sich ausdrückt, zu was er befähigt ist.
»Wir packen an« hat die Konturen dieses Weges sichtbar gemacht.

Die Kraft der Veränderung

Der SSK hat sich von Anfang an als Teil einer breiten Bewegung verstanden, die bis in die bürgerlichen Parteien hineinreicht und die es sich zum Ziel gesetzt hat, die bestehende Gesellschaft so zu verändern, daß nicht mehr die beste Verwertung des Kapitals ihr oberster Leitsatz ist, sondern die beste Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Der SSK hat, wie der größte Teil dieser Bewegung, bald erkannt, daß die entscheidende Kraft und der Maßstab aller Veränderung der arbeitende Mensch ist, der mit seiner Arbeitsleistung alle Werte schafft, über deren Verteilung und Verwendung in der politischen Auseinandersetzung entschieden werden soll.
Der arbeitende, der produzierende Mensch ist in allen sozialistischen und revolutionären Theorien die entscheidende Kraft der Veränderung, er ist zusammen mit seinen Klassen- und Schicksalsgenossen das »revolutionäre Subjekt«.
Diese Menschen, die große Masse des Volkes, wurde aber von allen diesen Gruppen und Bewegungen nicht erreicht. Je mehr man sie bedrängte, desto abweisender verhielten sie sich. Der Grund dafür war in derselben sozialistischen Theorie ohne weiteres zu finden. Dort heißt es:

die arbeitende Klasse wird die bestehenden Verhältnisse umstürzen, wenn sie durch die Entfaltung des Kapitalismus soweit ins Elend getrieben worden ist, daß sie nichts mehr zu verlieren hat als ihre Ketten. Offenes, materielles Elend aber ist bei denen, die Arbeit haben, fast überhaupt nicht mehr anzutreffen. Das innere Elend, das Elend, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um leben zu können, und das Elend der Entfremdung vom Produkt der Arbeit reichen aber offensichtlich nicht aus, sich außerhalb der Verhältnisse zu stellen und seine eigene Existenz aufs Spiel zu setzen, um sie zu verändern. Diejenigen aber, die im offenen Elend leben, sind meist ohne Arbeit. Sie werden deshalb nicht als Teil der arbeitenden Klasse betrachtet, ihnen wird deshalb die Fähigkeit abgesprochen, die Gesellschaft von Grund auf verändern zu können. Die vorhandenen Theorien erklären das Schicksal der verelendeten Arbeiter meist mit dem Abbild ihrer Erscheinung. Weil sie eine Randerscheinung der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung sind, bezeichnet man sie als »Randgruppe«, weil viele von ihnen gezwungen sind, sich durch Kriminalität zu ernähren, bezeichnet man sie samt und sonders als käuflich, Verräter der eigenen Klasse, ordnet sie als »Deklassierte« einer eigenen Klasse zu, dem »Lumpenproletariat«.

Auf der sogenannten »Randgruppenkonferenz« der Linken wurde deshalb 1969 die Beschäftigung mit verelendeten Arbeitern für unsinnig erklärt und von der Liste der politischen Aufgaben gestrichen. Der SSK hat diesen Schritt nicht vollzogen, obwohl er seither innerhalb der linken Bewegung nicht mehr als »politisch« angesehen wird. Der SSK hat allerdings weiterhin verelendete junge Arbeiter organisiert und mit ihnen für die Rechte aller Arbeiter gekämpft, und er hat bei ihnen nichts gefunden, wodurch sie sich von anderen jungen Arbeitern unterscheiden. Immer stärker entpuppte sich die Unterscheidung als künstlich, als Propaganda der Behörden, die die Schuld am Elend schon immer den Elenden zuschieben wollten, und als Wunsch der Intellektuellen, von der Verelendung der Arbeiter zwar zu reden, in der Wirklichkeit aber nur mit »sauberen« und »gesunden« Arbeitern zu tun zu haben, solchen also, die eigentlich keine Hilfe brauchen.

Der SSK ist eine der wenigen Gruppen, die die Kraft hatten, dieser Versuchung zu widerstehen. Rückblickend müssen wir feststellen, daß in

den ganzen Jahren kaum eine gesellschaftliche Gruppe konsequenter und ausdauernder, aber auch selbstloser und disziplinierter gekämpft hat, als die jungen Menschen aus der Elendsschicht der Arbeiterklasse, mit denen wir zu tun hatten. Nach der Erfahrung nach der Schließung der Kontaktzentren und beim Aufbau von »Wir packen an« glauben wir sogar sagen zu können, daß nur diejenigen Arbeiter, die ins Elend hinabgesunken sind, in der Lage sind, für eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu kämpfen, die an die Stelle der alten kapitalistischen Ordnung treten muß.

Aus dieser Erfahrung heraus haben wir begonnen, die Geschichte der Entfaltung des Kapitalismus neu zu schreiben als die Geschichte der Entfaltung des Elends, als die immer weiter fortschreitende Verelendung aller arbeitenden Menschen. Sie beginnt an dem Punkt, an dem alle Menschen noch gemeinsam produzierten, um ihren Bedarf zu decken. Sie endet dort, wo unser Blick sich in der Zukunft verliert. Die kommenden Jahre werden sie fortschreiben.

Früher gingen die Menschen aufs Feld und säten und ernteten, und was sie geerntet hatten, von dem lebten sie. Sie bauten Häuser und mästeten Vieh, webten Kleider und fertigten ihr Arbeitsgerät. Alle schafften und verbrauchten. Sie waren nicht gleich, und ihre Gesellschaftsordnung war nicht gerecht. Es gab Hohe und Niedrige, Reiche und Arme, Freie und Unfreie. Aber jeder wurde gebraucht, jeder war nützlich. Die Kinder, die noch keine Kraft hatten, hüteten die Gänse, die Alten, die schon keine Kraft mehr hatten, hüteten die Kinder. Der Lahme schnitzte Teller und Löffel, der Blöde band Besen, der Blinde blies die Flöte zur Arbeit. Auch der Krüppel und der Schwachsinnige trugen bei zum Unterhalt der Gemeinschaft, auch sie hatten Arbeit, auch sie verdienten ihr Brot. In dieser Zeit gab es keine Verwahrlosten, keine Asozialen und keine Randgruppen.

Der Kapitalismus hat das Gesicht unserer Welt tief verändert. Früher machten alle dieselben Arbeiten, heute macht jeder einen winzigen Ausschnitt aus der gesamten Produktion. Früher arbeitete jeder, heute ist nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung erwerbstätig, früher waren alle menschlichen Tätigkeiten als menschliche Produktion gleichberechtigt und gleich nützlich und gleich angesehen. Es gab keine Arbeit als Ge-

gensatz zur Freizeit, keine Produktion als Gegensatz zur Distribution oder Administration oder Kommunikation.
Heute ist Arbeit nur das, wofür man Geld bezahlt bekommt, ganz gleich, ob dabei überhaupt produziert oder nur verbraucht wird, ob es einem überhaupt nutzt, oder sogar schadet, ob man sich dabei anstrengen muß, oder ausruhen kann; entscheidend dafür, ob Geld gezahlt wird, ist allein, ob aus der Tätigkeit Gewinn geschlagen werden kann.
Die Menschen haben das frühere Leben nicht freiwillig verlassen. Man hat ihnen den Boden weggenommen, sie zu Tagelöhnern gemacht, später vom Land vertrieben. Aus purer Not gingen sie in die Fabriken, und viele wurden lieber Räuber, Bettler oder Dirnen, ließen sich nur mit Gewalt in den Arbeitshäusern und Zuchthäusern zur Arbeit bewegen.
Das Vorhandensein einer Schicht von Elenden, die ohne Arbeit sind und ohne Möglichkeit, ihr Leben zu fristen, ist die Voraussetzung für den Kapitalismus und die Basis, auf der seine Arbeitsbedingungen stehen. Die Einrichtungen für die Verelendeten sind die stärkste Kraft, die die Menschen in der Arbeit hält.
Der alte Mann weint um seinen Arbeitsplatz, weil er nicht ins Altersheim will. Der Arbeiter malocht sich krumm für seine Kinder, weil er nicht in die Obdachlosensiedlung will. Der junge Arbeiter malocht sich krumm für ein Auto, weil alle ein Auto haben und er nicht als Dieb ins Gefängnis will. Der Lehrling strengt sich auf der Lehrstelle an, weil er nicht ins Erziehungsheim will. Aber obwohl alle arbeiten wollen, wächst die Zahl derer, die sich nicht aus eigener Kraft ernähren können.
Es sind diejenigen, die die Bedingungen der Produktion nicht mehr erfüllen. Sie sind zu alt, zu schwach, zu krank, zu jung, zu ungebildet. Sie heißen Rentner, Frührentner, Behinderte, Pflegefälle, Neurotiker, Verhaltensgestörte, Sonderschüler. Sie würden an einem Arbeitsplatz mehr Kosten verursachen als Gewinn einbringen.
Damit sie aber nicht auf der Straße verrecken, gibt es den Sozialstaat. Er zahlt Renten, Krankengelder, Beihilfen, Pflegesätze, unterhält Heime, Anstalten. Aber noch mehr, er nimmt ganze Gruppen prinzipiell aus der Arbeit heraus: die unter 15, die über 60, beschränkt die Arbeitszeit, verordnet Urlaub.
Der Sozialstaat verhindert nicht nur Unruhen, Aufstände der Verzwei-

felten und Hungerrevolten, er reguliert auch das Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Nicht alle, die keine Arbeit mehr kriegen, sind arbeitslos. Arbeitslos sind nur die, die für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zugelassen sind. Viele sind nicht arbeitslos, sie werden »umgeschult«, andere sind nicht arbeitslos, sie sind kriminell, andere krank, andere gestört (In Skandinavien ist man dazu übergegangen, in Krisen einfach die Ausbildungszeit in den Schulen durch »berufsvorbereitende Jahre zu verlängern« und damit ganze Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt herauszuhalten.)

Mit der Entwicklung der Maschinen und der Produktionsanlagen wird die Zahl der Arbeitsplätze, an denen produziert wird, obwohl insgesamt die Menge der produzierten Güter steigt, immer geringer. Durch Stillegungen, Rationalisierungen, Pleiten, verschwinden Arbeitsplätze. Das kann bei der Steinkohle sein, bei VW, oder bei vielen »Kleinen«, die unrentabel werden und die den höchsten Anteil an Arbeitskräften haben im Verhältnis zum Umsatz.

Teilweise wird dieser Prozeß aufgefangen durch das gleichzeitige Wachstum der Verwaltungen und der »Dienstleistungsbetriebe«. Aber nur zum Teil. Der Rest fällt wieder auf den Sozialstaat. Der Rest, das sind die Alten, die nicht mehr umzuschulen sind, die Kranken, die keiner mehr will, die Ungebildeten, die Labilen, die Aufsässigen. Sie sinken ab in den Bereich des Sozialstaats, der Sozialhilfe, der Rente, der Heime, der Anstalten. Sie werden Trinker, Obdachlose, ihre Kinder Kriminelle, Stricher, Streuner. Sie werden »asozial«, »verwahrlosen«. Als Objekte des Sozialstaates werden sie nicht mehr als Arbeitslose wahrgenommen.

Die Bedingungen des Kapitalismus, möglichst hohen Profit zu erzielen, bedeutet auch, möglichst hohen Profit aus jeder Arbeitskraft zu erzielen oder andersherum den gesamten Profit aus möglichst wenig Arbeitskräften zu erzielen. Die Entwicklung der Produktivkräfte verringert tendenziell ständig die Zahl der Arbeitsplätze, macht häufigere, größere und tiefgreifendere Manipulationen nötig, um die Zahl der Beschäftigungslosen in erträglichen Grenzen zu halten. Die Zahlen der Sozialhilfe zeigen ganz allgemein, daß die Zahl der verdeckt Arbeitslosen allmählich eine Größenordnung erreicht, in der das Problem im guten, d. h. mit den Mitteln des Sozialstaats, nicht mehr zu lösen ist.

Arbeit ist heute nur das, wofür man Geld bekommt; Geld bekommt man für das, womit Profit gemacht werden kann. Um leben zu können, muß man Geld haben. Also versuchen alle, solche bezahlten Arbeiten zu machen. Die Frau verläßt ihre Kinder, und geht in die Fabrik, denn fürs Kindererziehen kriegt sie kein Geld. Alle Teile des menschlichen Lebens, alle Tätigkeiten, für die es keinen Markt gibt, und keinen Preis, werden abgeschnitten, weggedrängt, weggeschoben. Sie sind nicht mehr Gegenstand der Gesellschaft, sie sind Gegenstand seiner »Freizeit«. Sich ernähren, seine Kinder erziehen, Alte pflegen, Ratschläge geben, Trösten, Helfen, alles das wird nicht bezahlt, gehört nicht zum Markt. Weil es nicht zum Markt gehört, ist es auch kein anerkanntes Bedürfnis. Am deutlichsten ist das bei der Wohnung. Der Alte, der die Kinder hütete, findet in der neuen Wohnung keinen Platz mehr. Er kommt ins Altersheim. Mit ihm verschwinden Trost, Rat, ein Gefühl von Zuhause. Auch die Kinder finden keinen Platz mehr in der Wohnung, nur eine Abstellkammer, sie verkümmern, werden verhaltensgestört.

Die Zerteilung des Menschen in verwertbare Arbeitskraft und privaten Menschen zerstört die menschlichen Beziehungen. Man gibt vor, daß das ausgeglichen werden könnte durch wachsende Freizeit und höheren Verdienst; aber die Möglichkeit, sich Trost und Rat zu kaufen, Erziehung für die Kinder, Verständnis für die Frau, gibt es nicht. Sie sind als Ware nicht zu haben. Nur die Reichen können menschliche Ersatzprodukte bezahlen: den Privatlehrer, den Therapeuten, das sensitivity training; die Gutverdienenden greifen zu materiellen Ersatzprodukten: Geld für die Kinder, Schmuck für die Frau, Urlaubsreisen für alle, »Senioren«wohnungen und -Veranstaltungen für den Opa. Aber auch ihnen muß der Staat schon unter die Arme greifen mit Therapien auf Krankenkassenkosten, Erziehungsberatungsstellen, Subventionen für Altersheime. Die Arbeiter haben kein Geld für teure Reisen und Geschenke, mit den Erziehungsberatungsstellen und Therapien können sie nichts anfangen, weil die auf die Mittelschicht zugeschnitten sind und ihre Probleme nicht akzeptiert werden, weil man sie nicht kennt. Wo es ihnen möglich ist, versuchen sie die alte Struktur des Dorfes aufrechtzuerhalten. In den Arbeitersiedlungen oder auf dem Land wohnen sie zu-

sammen wie früher, sie sondern sich nicht ab, sie bauen das Häuschen groß genug für die ganze Familie. Sie verteidigen ihre Lebensform mit Zähnen und Klauen.
In der Stadt haben sie diese Möglichkeit nicht mehr. Für sie existiert der Sozialstaat im Grunde nur als Gefängnis, Irrenanstalt, Altenheim, Erziehungsheim. Sie sinken ab in die Sphäre des Elends. Dort werden ihre abgetrennten und unterdrückten menschlichen Bedürfnisse wieder zur Ware. Der Staat bezahlt für Pfleger, Sozialarbeiter, Ärzte. Ihr Elend schafft wieder Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten für die, die ohnehin in den höheren Etagen leben.
Das Elend fließt aus vielen Quellen und durch die ganze Gesellschaft. Es ist das Elend der Arbeitsteilung, das Elend des Profits, das Elend der Entfremdung. Es fließt durch die ganze Gesellschaft und sammelt sich unten, in der arbeitenden Klasse. Von dort kann es nicht mehr weiter. Es wächst und steigt, wie die Arbeitsteilung wächst, wie der Profit steigt, wie die Entfremdung steigt. Es steigt und ersäuft immer größere Teile des Volkes.
Am Elend wird die Struktur der Klassengesellschaft besonders deutlich. Alle Entfremdung, alle seelischen Probleme werden nach unten weitergegeben. Unten, auf der Ebene der Arbeiter, schlagen sie dann um in offene, materielle Not. Die höheren Klassen stabilisieren ihr eigenes Elend mit dem der untersten Klasse, indem sie ihre Ärzte werden, ihre Therapeuten, ihre Richter, ihre Sozialarbeiter, Rechtsanwälte, Lehrer.
Das Elend schafft ihnen eine Menge Posten, ganze Berufszweige, die »menschenbezogenen« Arbeiten, in denen man es besser aushalten kann, die ihnen die Möglichkeit geben, die Opfer des allgemeinen Prozesses der Verelendung auch noch seelisch auszubeuten, sich an ihrem Elend aufzubauen.
Auf der unteren Ebene der Beschäftigung mit dem Elend werden ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen, dort entstehen ganze Industrien. Gefängnisse, Altenheime, Landeskrankenhäuser und Erziehungsheime werden gebaut, beliefert. Wärter, Erzieher, Verwaltungsbeamte werden beschäftigt. Eine eigene Industrie ist die Kriminalität und ihre Verfolgung. Milliarden werden durch Kriminelle an Schäden angerichtet,

die ersetzt werden müssen. Die Verfolgung der Kriminalität und die Verhütung verlangen noch erheblich höhere Ausgaben, verbrauchen noch mehr Güter, Waffen, Funk, Computer, schaffen einige hunderttausend Arbeitsplätze bei der Polizei. Die Elendsindustrien schaffen Arbeitsplätze, schaffen Absatz für neue Produkte, stabilisieren das ökonomische System. Im Falle von Krisen funktionieren sie selbständig antizyklisch: die Arbeitslosenzahlen steigen, die Straftaten steigen, große Werte werden durch die Straftaten vernichtet – man braucht mehr Polizisten, mehr Versicherungssachbearbeiter, mehr Waffen, mehr Polizeistationen, mehr Autos, mehr Gefängnisse, mehr Wärter, mehr Heime für die Kinder der Kriminellen usw.

Alle diese »Systemstabilisierungen« vermehren aber endlich nur wieder die Last auf dem Rücken des Volkes. Alle diese Kosten müssen aus Steuern aufgebracht werden, und das sind in erster Linie die Steuern der Arbeiter. Sie verwerten das Elend zu einem Produkt, das selbst am stärksten Ausdruck der Verelendung der Gesellschaft ist und direkt neues Elend produziert.

Je weiter das wirtschaftliche System sich fortentwickelt, je stärker der Kapitalismus sich entfaltet, desto stärker wird der Druck, der die unteren Volksschichten zusammenbrechen läßt. Es wird immer deutlicher, daß die Mechanismen ausgeschöpft sind, die diesen Druck auffangen und in ein weiteres Wachstum des Systems umsetzen können. Der Sozialstaat kann nicht unbegrenzt weiter arbeitslose Gruppen als Sozialfälle versorgen. Das System ist aber auch nicht mehr in der Lage, auch nur 10% offene Arbeitslosigkeit zu verkraften, ohne daß die politischen Strukturen ins Wanken kommen.

Daher erklären sich die verzweifelten Anstrengungen, das offene Elend verschwinden zu lassen, daher die Manipulation der Arbeitslosenzahlen, daher die hemmungslose Propaganda für unser soziales System, »in dem es keine offene Not mehr gibt«. Daher auch muß mit Verleumdung, Hetze und schließlich mit offener Gewalt gegen alle Gruppen vorgegangen werden, die vom offenen Elend mehr zutage fördern, als die staatlichen Einrichtungen bewältigen können. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem die Arbeitslosenzahlen und die Zahlen der Obdachlosen zu Staatsgeheimnis erklärt werden müssen.

Immer leichter und immer willkürlicher bricht das innere Elend, die Entfremdung, um in das offene Elend, die materielle Not. Je mehr die soziale Sicherheit derer, die einen Arbeitsplatz haben, wächst, je mehr sich ihre materielle Lage verbessert, desto erschütternder und unbegreiflicher wirkt der Sturz in die Rechtlosigkeit und die körperliche Not des Überflüssigen und Arbeitslosen.
Die Herkunft der Jugendlichen beim SSK zeigt, daß es eine feste Elendsschicht heute nicht mehr gibt. Gleichmäßig trifft es die Arbeiterfamilien, alle zahlen ihr Soll an die große Armee des Elends, wie in einem endlosen Krieg. Immer schwieriger und kostspieliger wird es, die Verelendeten als Aussätzige oder als Opfer ihrer eigenen Unzulänglichkeit darzustellen. Immer mehr drängt sich das Elend vom Rande der Gesellschaft in ihr Zentrum.
Im Schicksal der Arbeiter, die unter dem sozialen Druck zusammenbrechen und in die materielle Not geraten, wird die Lage aller Arbeiter als Klasse offenbar. Das Elend wird offen, greifbar, angreifbar. Offene Not treibt zur Empörung. Das offene Elend eines Teils der Arbeiterschaft liegt wie die Lunte an der Bombe der Unterdrückung der gesamten Arbeiterschaft. Im Kampf gegen das offene Elend werden die Anfänge gesetzt für die Überwindung von Elend und Unterdrückung überhaupt.

Aufbruch

In der Bundesrepublik ist allgemein bis heute verdrängt und verleugnet worden, daß es soziales Elend gibt. Die erfolgreich verbreitete Illusion, der Sozialstaat käme für alle auf, führte zu dem allgemeinen Bewußtsein, Armut und Elend seien längst bewältigte Probleme aus finsterer Vergangenheit. Deshalb wurden die Sozialhilfeempfänger als »Randgruppe« begriffen: Ein Sammelsurium absonderlicher Menschen, die durch außergewöhnliches Schicksal oder außergewöhnlich schlechten Charakter hilfsbedürftig sind. Ihre Existenz hatte daher keinerlei Aussagekraft für unsere gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Lediglich an der Behandlung dieser Menschen gab es Kritik, und verschiedene Richtungen verlangten mehr oder weniger »Humanität«.

Die Klein-Ganoven kommen

Polizeistatistik 1974: Eigentumsdelikte nehmen stark zu

Viele Diebstähle auf dem Kerbholz

Angeklagter legte volles Geständnis ab

Gummersbach (gb) — Weil er arbeitslos war und eine Familie mit zwei Kindern zu versorgen hatte, war ein 23jähriger Mann auf Diebestour gegangen. Rund 20 Fälle warf ihm die Anklage vor; er räumte sie vor dem Schöffengericht unumwunden ein.

Am Verlust seines Arbeitsplatzes war der junge Transportarbeiter nicht unschuldig. Als er mehrere Tage der Arbeit fernblieb, um mit Freunden eine Vergütungstour zu machen, war er von seinem Arbeitgeber entlassen worden.

Seine vielfältigen Bemühungen, einen neuen Arbeitplatz zu finden, waren fehlgeschlagen. In einem Fall war er bereits nach einen Tag wieder entlassen worden, da die betriebsärztliche Untersuchung seine Untauglichkeit für diesen Arbeitsplatz ergeben hatte.

Geld und Lebensmittel

Gemeinsam mit einem ebenfalls arbeitslosen Bekannten, dem er noch Unterkunft gewährte, hatte der Angeklagte dann mehrere Einbrüche verübt. Sie hatten es auf Geld und Lebensmittel abgesehen, nahmen aber alles mit, was ihnen in die Hände kam. So geht ein Einbruch in den Schwimmeisterraum des Freibads in Wiehl, in den Kiosk am Minigolfplatz, in Wochenendhäuser und die Sporthalle in Schnellenbach, in eine Gaststätte und viele kleine Automatenüberfälle im oberbergischen Kreis auf ihr Konto.

In einem Fall nahmen die beiden jungen Leute — das Verfahren gegen den Mittäter war bereits vor dem Jugendschöffengericht abgeschlossen — die Lebensmittel mit, die ein Lieferant morgens vor einem Geschäft in Ründeroth abgestellt hatte. Im Wohnwagen und einer Imbißstube suchten sie nach Lebensmitteln und Geld.

Der bisher unbestrafte junge Mann, dessen Frau sich inzwischen von ihm getrennt und mit den Kindern zu ihren Eltern gezogen ist, gab als Begründung für seine vielen Straftaten an, er habe etwas zu essen für seine Familie haben müssen. Arbeit habe er trotz großer Bemühungen nicht finden können.

19 Diebstähle und auch mehrere Versuche lastete der Staatsanwalt dem Angeklagten an und stellte fest, daß eine solche Vielzahl von Straftaten für einen bisher nicht vorbestraften Mann ganz ungewöhnlich sei. Besonders schwer wurde dem Angeklagten der Einbruch in einen Opferstock einer Kirche vom Staatsanwalt angekreidet. Er forderte als Gesamtstrafe ein Jahr und sechs Monate Freiheitsstrafe unter Anrechnung der fünfmonatigen Untersuchungshaft, lehnte die Aussetzung der Strafe zur Bewährung ab, regte aber an, nach Verbüßung 12 Monaten der Strafe den Rest zur Bewährung auszusetzen.

Bewährungsfrist

Das Schöffengericht bestätigte das beantragte Strafmaß setzte die Strafe jedoch zur Bewährung aus. Es wertete zugunsten des Angeklagten das volle Geständnis, die schwierige persönliche Lage, die vielfachen Bemühungen bei der Arbeitssuche und die Tatsache, daß er sich bei dem Angeklagten um einen Ersttäter handelt. Die Bewährungszeit beträgt fünf Jahre, zur Bewährungsauflage gehört unter anderem, daß der Angeklagte den Umgang mit dem Mittäter meidet. Es wurde ihm darüber hinaus empfohlen, den Versuch zu unternehmen, seine Familienverhältnisse noch einmal in Ordnung zu bringen.

Trotz Handschellen lief er der Polizei davon

Später gestellt — jetzt verurteilt

Gummersbach (gb) — Vor einem halben Jahr wurde ein 22jähriger Kraftfahrer bei einem Einbruch in Wiedenest auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Trotz Handschellen war es ihm gelungen, davonzulaufen und unterzutauchen. Einen Tag vor der Verhandlung gegen seinen Mittäter stellte er sich jetzt. Die Anklage warf beiden mehrere Diebstähle vor.

Der junge Mann hatte gerade seine Stelle gekündigt, um eine besser bezahlte anzunehmen, als seine Einbruchsneigung zum Wehrdienst gekommen war. So brauchte ihn sein ehemaliger Arbeitsnehmer wegen seiner Entlassung nicht wieder einzustellen. Auch der Gang zum Arbeitsamt sei vergeblich gewesen, Arbeitslosenunterstützung habe er auch nicht bekommen, so sei er in großer Geldverlegenheit gewesen, sagte der Angeklagte bei seiner Vernehmung.

Bei einem Bekannten, einem 30jährigen Kraftfahrer, Vater von drei Kindern, hatte er Unterschlupf gefunden, Finanziell hatte ihm dieser jedoch nicht helfen können, da er mit Abzahlungen für sein Haus ohnehin sehr belastet war. So hatten beide beschlossen, sich Geld zu verschaffen und mehrere Versuche bei Automaten unternommen. Zum Teil war es ihnen nicht gelungen, die Automaten zu knacken, zum Teil war die Beute sehr gering. Als sie dann in Wiedenest einen Kiosk aufbrechen wollten, das Vorhängeschloß bereits geöffnet hatten und sich nach willkommener Beute umsahen, wurden sie von einer Polizeistreife überrascht.

Unter Zurücklassung seines Wagens war der ältere der beiden geflohen, der jüngere wurde zunächst festgenommen, konnte aber in einem unbewachten Augenblick mitsamt der Handschellen entkommen.

Zu Hause angelangt, hatte der ältere Angeklagte sich umgezogen und war dann zur Polizei nach Olpe gegangen, um seinen Wagen als gestohlen zu melden. Der Trick hatte jedoch nicht funktioniert, vielmehr war die Polizei durch die im Wagen befindlichen Papiere auf ihn aufmerksam geworden. Er wurde verhaftet.

Sieben Monate Freiheitsstrafe forderte der Staatsanwalt für jeweils einen vollendeten und zwei versuchte gemeinschaftliche Diebstähle für den Angeklagte, dazu für den Älteren, der seinen Wagen als gestohlen gemeldet hatte, wegen Vortäuschung einer Straftat noch zusätzlich zwei Wochen. Er bescheinigte beiden Angeklagten eine erhebliche kriminelle Energie, da die Straftaten zu einer Zeit begangen worden seien, als sie bereits gewußt hätten, daß ein Strafverfahren beim Amtsgericht in Hagen anhängig sei.

Das Schöffengericht blieb jeweils einen Monat unter dem beantragten Strafmaß und verhängte für die Vortäuschung der Straftat eine Freiheitsstrafe von einer Woche. Für beide Angeklagte wurde als Ersttäter — wenn auch mit Bedenken — die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Mehr Täter auf der Straße

Polizeichef Hosse: „Ich fürchte, daß diese Formen der Kriminalität sogar noch zunehmen — bedingt durch ein großes Maß an Freizeit und durch die Arbeitslosigkeit." Hier könnte sich die Vorhersage von Fachleuten bestätigen, daß gerade bei der Straßenkriminalität die Zahl der Täter und der Delikte weiterhin zunehmen wird. Hosse: „New Yorker Verhältnisse haben wir bei uns zum Glück noch nicht, und wir sind weit davon entfernt. Dennoch müssen wir diese Dinge im Auge behalten."

Die augenblickliche Wirtschafts- und Gesellschaftskrise droht jedoch auch hier zu einem tiefen Einbruch in die herrschenden Verhältnisse zu führen. Bereits jetzt, im Januar 75, hat sie ein Ausmaß erreicht, die diesen Staat als Sozialstaat aus sich selbst heraus zum Platzen bringt. Die Zahl der Arbeitslosen hat die »bedrohliche« Millionengrenze überschritten, 700 000 Kurzarbeiter, 300 000 Umschüler und 900 000 Schulabgänger, die weder Lehrstelle noch Arbeitsplatz finden, bilden eine gewaltige Lawine, die unaufhaltsam hinunterstürzt ins offene Elend. Mag der Aufschwung auch kommen, von dem jetzt Politiker und Wirtschaftsleute so beschwörend reden; viele spüren jedoch, daß diese Krise bleibende Folgen hinterläßt, daß wir einen grundlegenden Umbruch im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erleben. Auch die Politiker gehen dazu über, zunehmend von »Strukturkrisen« zu sprechen. Eine der bleibenden Folgen wird es sein, daß wir uns fortan daran gewöhnen müssen, mit Massen von verelendeten Menschen zu leben, die nicht mehr versorgt werden und weder Wohnung und Essen noch ärztliche Versorgung erhalten. Der Staat ist längst dabei, sich umzustellen, von Reformen spricht keiner mehr, und ständig wird neuer Ballast über Bord geworfen: Gerade jetzt verteuern sich die öffentlichen Dienste gewaltig, Arbeitslosenversicherung und Sozialmieten werden kräftig erhöht, die Kosten der Krankenversorgung können trotz der Beitragserhöhungen bald nicht mehr aufgebracht werden.

Die Arbeitslosigkeit ist das heiße Thema. BILD-Zeitung und CDU weisen lauthals auf die »frisierten« Bonner Zahlen hin. Aber die tatsächlichen Folgen der Arbeitslosigkeit spricht niemand an: Die Zahl der Arbeitslosen, die bereits jetzt endgültig im Elend gelandet sind, wird wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Dabei ist gerade der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Verelendung in den Machtzentralen sehr bewußt. Das zeigt der geradezu hektische Ausbau von Polizei und Bundesgrenzschutz in den letzten Jahren. Deren gewaltige, hochgerüstete Armeen treten hinter der abbröckelnden Fassade des Sozialstaats hervor.

In Gerichtsreportagen tritt dann und wann die verdunkelte Wirklichkeit hervor, wie die nebenstehenden Artikel zeigen. Sie machen auch deutlich, mit welcher Brutalität der Justizapparat auf die Verzweif-

lungstaten der jungen Arbeitslosen reagiert. Wen es so erwischt hat wie die jungen Arbeiter aus Gummersbach, für den gibt es kaum noch einen Weg zurück. Niemand ist mehr für sie da, wenn sie einmal als kriminell und asozial eingeordnet sind, keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Interessenverband. Sie sind genauso erniedrigt, geächtet und rechtlos wie es die Menschen im Elend immer und überall waren. Wie immer und überall hält man sie mit Polizisten und Soldaten in Schach. Ihr Schicksal und ihre Antwort darauf werden genauso wie früher oder anderswo zum entscheidenden Faktor der allgemeinen politischen Entwicklung.

Soziales Zentrum

Im SSK haben wir jahrelange Erfahrungen gesammelt im Kampf gegen Verhältnisse, die sowohl auf der einen Seite (Armut und Elend) als auch auf der anderen Seite (Polizeistaat) der dritten Welt entsprechen. Die Lebensbedingungen der obdachlosen Jugendlichen aber waren bisher eine gesellschaftliche Randerscheinung. Jetzt breiten sie sich wie ein Flächenbrand auf große Teile des Volkes aus. In der Selbsthilfeorganisation »Wir packen an« haben wir einen Weg gefunden, der jungen Arbeitern eine Alternative zum Untergang im Elend bietet. Wir spüren aber auch immer deutlicher, daß wir als Organisation für obdachlose Jugendliche in einem zu begrenzten Rahmen stehenbleiben und daß die Gefahr droht, daß wir – zu familiär und isoliert – von der allgemeinen Entwicklung getrennt werden.
Deshalb sind wir entschlossen, uns zu öffnen für alle Bereiche des Elends und gemeinsam mit allen Gruppen von Betroffenen den Kampf aufzunehmen, sowohl für die materielle Existenzsicherung als auch für die Menschenrechte. So wie wir es im SSK gemeinsam mit den Jugendlichen gelernt haben. Im Augenblick gehen wir daran, die Idee zu verwirklichen, die wir »Soziales Zentrum« genannt haben. In einem von Heinrich Böll gekauften Haus im Kölner Arbeiterviertel Ehrenfeld versuchen wir eine Einrichtung aufzubauen, die sich in vielfältiger Weise in den Dienst der Bevölkerung stellt, außerhalb des »Sozialstaats«, in

Selbsthilfe wie »Wir packen an«. Jugendliche, Betreuer und Praktikanten der Fachhochschule errichten eine Reihe von sozialen Diensten: Der SSK stellt seine bestehenden Einrichtungen nach Kräften den Bedürftigen zur Verfügung; die LKWs, die gebrauchten Möbel, Kleidung, Kinderspielzeug, verschiedene Reparaturdienste. Jugendliche, die ins Haus einziehen, bieten einen Kinderverwahrdienst an. Studenten und Betreuer helfen bei Behörden, bei Schriftverkehr und vertreten die Bedürftigen bei Gerichten und allen entsprechenden Behörden. Die »Ambulanz im SSK« ist von ihrer Grundidee ohnehin als Volksambulanz angelegt. Diese Dienste sind grundsätzlich kostenlos, das »Soziale Zentrum« soll eine Stelle für alle diejenigen werden, die in Not und Verzweiflung unterzugehen drohen; Alte, Kranke, Arbeitslose, ausländische Arbeiter oder Jugendliche. Es soll eine Insel werden im Meer der Verzweiflung, wie es der SSK für obdachlose Arbeiterkinder geworden ist, direkte Hilfe für viele, Hoffnung für alle. Wie im SSK soll keiner beschenkt werden; jeder, der Hilfe erhält, soll die Möglichkeit finden, auch welche zu geben. Ob es die Sozialrentnerin ist, die Kinder verwahrt, der erwerbslose Arbeiter, der Reparaturen anleitet oder berät, ob einer in seiner Wohnung einen Schlafplatz anbietet oder ein warmes Essen oder auch nur einem anderen Trost zuspricht, Fähigkeiten und Möglichkeiten zu helfen hat jeder. Niemand muß gedemütigt werden, weil er hilfsbedürftig ist.

Wir spüren, daß eine Gemeinschaft, die alle Gruppen des sozialen Elends umfaßt, über gewaltige Kraft verfügt. Wir haben ja erfahren, welche Kraft die kleine Gemeinschaft des SSK entfalten konnte.

Dieser Kraft Bahn zu brechen, wird die Aufgabe der Zukunft sein. Auf der Basis der materiellen Selbsthilfe kann so eine Organisation der verelendeten Arbeiter entstehen, die selbstbewußt und bestimmt den Kampf für ihre sozialen und politischen Rechte aufnimmt. Eine Organisation, in der sie als politische Kraft in die Geschichte eintreten und nicht länger der Spielball sind für alle, die hier oder dort Politik machen. Für uns, die »Betreuer«, Sozialarbeiter und Studenten, für uns Bürger bedeutet das eine klare Unterordnung in unseren Zielen, eine gewisse Bescheidenheit in unseren theoretischen Ansprüchen, einen Verzicht auf die persönliche Ausnutzung eines Großteils unserer bürgerlichen

Privilegien, einen Bruch mit unserer bürgerlichen Welt. Doch das fällt nicht so schwer, wenn man wie wir erlebt hat, daß dieser »Verzicht« Hand in Hand geht mit einem unbezahlbaren inneren, persönlichen Gewinn.

Das »Soziale Zentrum« weist die Richtung für eine grundlegende revolutionäre Veränderung dieser gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Eine politische Strategie oder ein Parteiprogramm ist es nicht. Für uns Bürger ist es ein Weg zu einer Arbeit im Dienste des Volkes.

Kölner VolksBlatt:

Bürgerinitiativen informieren

ist eine von Parteien- und Geldinteressen unabhängige Publikation basisdemokratischer Initiativen in Köln.

VolksBlatt erscheint monatlich und kostet je Ausgabe 5o Pfennig, das Jahresabonnement 12 Mark einschließlich Porto und Versandkosten.

Schreiben Sie an die Redaktion oder rufen Sie an, wenn Sie Ideen, Fragen, Vorschläge, Kritik, Nachrichten oder sonst was haben. Vor allem aber, wenn Sie Zeit zum Mitmachen haben.

Hohenzollernring 97 5 Köln 1 Telefon 52 97 94

BÜCHER VOM SSK

SSK Sozialistische Selbsthilfe Köln 5 Köln 1
Salierring 41 tel 0221 213175

1. Dokumentationen sind vergriffen!!

2. **SSK-Schallplatte**

"He wir sitzen auf der Straße" mit Klaus dem Fiedler. 18 Min. mit Texten und Bildern nur 4,5o + 1,-- Porto.

3. **AUSSCHUSS**

197o Gothe/Kippe Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen 228 S. nur 5,- + 1,-Porto

4. **AUFBRUCH**

1975 Gothe/Kippe 5 Jahre Kampf des SSK : von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter. 16o Seiten mit vielen Dokumenten. Eigener Nachdruck, daher statt 14,- nur 5,- + 1,- Porto.

5. "DIE AUSSONDERUNG DER ENTARTETEN"

Dokumentation des SSK über den Landschaftsverband Rheinland - Ein erschreckendes Beispiel für die totale Herrschaft der Bürokratie über Menschen. 1975 64 S. nur 1,- + 1,- Porto. Nur noch begrenzt lieferbar!!

6. SOZIALER WOHNUNGSBAU oder

Die Zerstörung der Aachenerstr.67 und seiner Bewohner durch die Stadt Köln.
Dokumentation über die Geschichte des Hauses und die Hausbesetzung durch den SSK. 1976 1,-+1,- Porto

Bestellungen nur (nur) gegen Vorauszahlung auf Postscheck Köln Nr. 292339 - 5o9
Bitte entsprechende Stückzahl und Bestellnr. auf der Überweisung angeben! Ab 14 Mark ist die Bestellung Portofrei!

POLIZEI
PD
PD